



62. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Dezember 2015, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 5260

Würdigung des zehnjährigen Bestehens des neuen Plenarsaals..... 5260

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum GRÜNEN-Antrag 17/6817 (s. a. Anlage 1) (Aussprache siehe Plenarprotokoll 17/61 vom 09.12.2015)..... 5260

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schaffung neuer Erstaufnahmeplätze, Rückführungseinrichtungen umwandeln (Drs. 17/9372)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Ausreichende Kapazitäten für Erstaufnahme- einrichtungen sicherstellen, unnötige Umverteilungen vermeiden (Drs. 17/9394)

Christine Kamm (GRÜNE).... 5260 5262 5264 5267
5269

Arif Taşdelen (SPD)..... 5261 5262 5265

Thomas Huber (CSU)..... 5262 5264 5265

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 5266 5267

Staatsministerin Emilia Müller..... 5267 5269

Beschluss
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/9372..... 5270

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/9394..... 5270

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. und Fraktion (CSU)

Einigung der Länder zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Drs. 17/9373)

Karl Freller (CSU)..... 5270 5271 5272

Thomas Mütze (GRÜNE)..... 5271

Volkmar Halbleib (SPD)..... 5272 5274 5282

Sandro Kirchner (CSU)..... 5274 5285

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 5274

Claudia Stamm (GRÜNE)..... 5275 5283

Ministerpräsident Horst Seehofer... 5276 5282 5283

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 5284

Beschluss..... 5285

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern! (Drs. 17/9374)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)
Bayern-Ei: Bericht des Sonderermittlers (Drs. 17/9395)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayern-Ei - lückenlose Aufklärung

(Drs. 17/9396)

Florian von Brunn (SPD)..... 5285 5292 5301
Eric Beißwenger (CSU)..... 5287
Rosi Steinberger (GRÜNE)... 5288 5292 5293 5299

Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 5290
Staatsministerin Ulrike Scharf..... 5291 5292 5297
5299

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)..... 5294 5296 5297
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 5295
Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 5296
Markus Rinderspacher (SPD)..... 5298 5300
Staatsminister Dr. Marcel Huber..... 5300 5301
Gisela Sengl (GRÜNE)..... 5301
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 5302

Beschluss
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/9396..... 5304

Beschluss
zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/9395..... 5304

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/9374..... 5304

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/9374 (s. a. Anlage 2)..... 5310

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wertstoffgesetz ablehnen (Drs. 17/9375)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)

Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz! (Drs. 17/9397)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Wertstoffverwertung wirksam mitgestalten - Stellung der Kommunen stärken! (Drs. 17/9398)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 5304
5309 5310

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)..... 5306

Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 5308
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 5309

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/9375..... 5310

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/9398..... 5310

Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/9397..... 5310

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/9397 (s. a. Anlage 3)..... 5316

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Nein zu einem europäischen Einlagensicherungssystem! (Drs. 17/9376)

Verweisung in den Bundesangelegenheitenausschuss..... 5310

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Polizei an der Schmerzgrenze - Sofortmaßnahmen zur Entlastung ergreifen (Drs. 17/9377)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Polizei am Limit - Bayerische Polizeibeamte schnellstmöglich entlasten (Drs. 17/9399)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe schaffen (Drs. 17/9400)

Verweisung in den Innenausschuss..... 5310

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Nachtragshaushalt - und nun? (Drs. 17/9378)

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 5310

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Absenkung des Wahlalters auf 16

(Drs. 17/9379)

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 5310

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bürgerwunsch ernst nehmen - Polizeiinspektion Selb erhalten (Drs. 17/9380)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

PI Selb: Sicherheit vor Ort gewährleisten - dauerhafte Polizeipräsenz aufrechterhalten

(Drs. 17/9401)

Verweisung in den Innenausschuss..... 5310

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Präsidentin Barbara Stamm..... 5311

Inge Aures (SPD)..... 5312

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 5314

Schluss der Sitzung..... 5316

(Beginn: 09.05 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 62. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich heute daran erinnern, dass wir vor fast genau zehn Jahren, am 13. Dezember 2005, nach einer feierlichen Eröffnung die erste Arbeitssitzung im neuen Plenarsaal abgehalten haben. Das war übrigens auch die erste Sitzung, die live im Internet übertragen wurde. Viele von Ihnen haben noch unseren ursprünglichen, unseren alten Sitzungssaal erlebt; die jüngeren Kolleginnen und Kollegen werden ihn wohl nur von Bildern kennen.

Wir haben in der vergangenen Dekade in diesem Saal intensiv und engagiert gearbeitet, manchmal bis tief in die Nacht hinein. Wir haben bei Abwägung aller vorgebrachten Argumente um die bestmöglichen Lösungen gerungen. Nicht zuletzt dank der guten baulichen und technischen Rahmenbedingungen wird in diesem Raum eine lebendige und auch nach außen transparente Debattenkultur praktiziert.

Anlässlich der Eröffnung beschrieb der damalige Landtagspräsident Alois Glück unsere neue Wirkungsstätte so, ich zitiere: "Das Ergebnis ist ein Raum, der demokratische Grundstrukturen widerspiegelt und ihre Vermittlung unterstützt: Offenheit und Transparenz, das Aufgreifen neuer Impulse, die Bereitschaft zu Kommunikation und Verständigung." Ich denke, es muss unser Bestreben sein, diesen Ansprüchen in diesem Hause auch weiterhin gerecht zu werden.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, darf ich noch das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung von gestern bekannt geben, das gestern nicht mehr bekannt gegeben werden konnte.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Claudia Stamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Implementierung einer Koordinierungsstelle ‚Queer‘ in Bayern", Drucksache 17/6817, bekannt. Mit Ja haben 45 und mit Nein 94 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schaffung neuer Erstaufnahmeplätze,
Rückführungseinrichtungen umwandeln
(Drs. 17/9372)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Ausreichende Kapazitäten für
Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen,
unnötige Umverteilungen vermeiden
(Drs. 17/9394)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schon lange bei uns lebende Menschen, ja ganze Familien, die seit vier oder fünf Jahren oder noch länger bei uns leben und die von den Ausländerbehörden aus guten Gründen immer wieder eine verlängerte Duldung bekommen haben, die sich integriert haben und Deutsch sprechen, bekommen plötzlich Bescheide der Regierungspräsidenten, mit denen sie verpflichtet werden, innerhalb von zwei bis drei Tagen, quasi von heute auf morgen, in eine Rückführungseinrichtung umzusiedeln. Diejenigen, die diese Bescheide ausstellen, nehmen keine Rücksicht auf den Schulbesuch der Kinder, auf die Weihnachtsfeier in der Schulklasse, auf Freundschaften, die in der Klasse entstanden sind, mit der diese Kinder jahrelang gemeinsam gelernt haben, auf die von den Kindern und den Eltern erbachten Integrationsleistungen, auf Ausbildung, Arbeit und besondere Lebensumstände.

In Regensburg ist zum Beispiel eine siebenköpfige Familie von der Umsiedlung betroffen. Die Mutter hat wegen einer Krebserkrankung gerade eine Krankenhausbehandlung hinter sich. Auch eine seit 19 Jahren bei uns lebende Serbin erhielt einen entsprechenden Umsiedlungsbescheid.

Anderen wird die Arbeitserlaubnis mit dem Hinweis entzogen, dass sie demnächst ohnehin nach Bamberg oder Manching umziehen müssten. Durch diese

Umsiedlungsaktionen werden schon lange bei uns lebende Menschen aus ihrem gewohnten Lebensumfeld gerissen. Dadurch wird diesen Menschen die Lebensperspektive genommen, und ihre Freundschaften werden auseinandergerissen. Diese Umsiedlungsaktionen sind ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die gehofft haben, sich durch Integrationsbemühungen eine Lebensperspektive in diesem Land schaffen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf diese Menschen müssen solche Bescheide verheerend wirken. Diese Menschen haben gehofft, indem sie genau das tun, was die CSU in ihren Integrations-Eckpunkten fordert, sich in diesem Land eine Lebensperspektive schaffen zu können. Sie erhalten aber, kurz bevor sie aufgrund der Dauer ihres Aufenthalts den Anspruch auf eine Anerkennung des Bleiberechts bekommen, eine solche Umsiedlungsaufforderung. Diejenigen, die sich stets um Integration bemüht haben, sollten unserer Meinung nach diese Bemühungen auch honoriert bekommen. Sie sollten nicht von heute auf morgen aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bescheide zu dieser Umsiedlung führen bei den Betroffenen zu Panik, Angst und Entsetzen. Fünfköpfige Familien tauchen über Nacht unter. Sogenannte sichere Herkunftsstaaten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nämlich nicht für alle Menschen sicher. Sie sind vor allem nicht für alleinerziehende Romamütter sicher. Wir meinen, wer hier jahrelang mit einem Duldungsstatus und mit positiven Integrationsbemühungen gelebt hat, der muss ein Recht darauf haben, dass seine Aufenthaltsfragen auf ordentliche Art und Weise geklärt werden. In einem Rechtsstaat erwarten wir Klarheit und Verlässlichkeit und keine Panikmache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verlagerung von Gemeinschaftssystemen in Aufnahme- und Rückkehrseinrichtungen, die zum Erstaufnahmesystem gehören, ist außerdem rechtlich mehr als fragwürdig. Die Verwaltungsgerichte signalisieren bereits einstweiligen Rechtsschutz. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Woher kommt denn jetzt auf einmal, kurz vor Weihnachten, dieser Eifer, Menschen, die sich jahrelang hier integriert haben, die geduldet wurden, aufgrund von fachlichen Entscheidungen der Ausländerbehörden von heute auf morgen aus ihren Lebenszusammenhängen herauszureißen? – Meine Kolleginnen und Kollegen, im Sommer dieses Jahres haben Sie die Ankunfts- und Rückkehrzentren in Bamberg und Manching eröffnet,

zu einem Zeitpunkt, als fast keine Flüchtlinge mehr aus den Balkanstaaten zu uns kamen. Hier zählt nicht die Asylstatistik, weil man oft erst Wochen nach der Ankunft einen Asylantrag stellen kann. Hier müsste auf eine BüMA-Statistik zurückgegriffen werden, um die Frage zu prüfen. Aber auch die Asylstatistik zeigt einen deutlichen Rückgang von Flüchtlingen dieser Herkunft. Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, haben Einrichtungen geschaffen, die offenbar nun, nachdem viele der zur Jahreswende zu uns gekommenen Flüchtlinge schon freiwillig heimgereist sind oder zu einem geringeren Teil abgeschoben wurden, nicht mehr benötigt werden. Wir fordern Sie auf: Stoppen Sie das unwürdige Spiel des Verteilens lange bei uns geduldeter Flüchtlinge in diese Einrichtungen; schaffen Sie rechtsstaatliche Verfahren und Verlässlichkeit; korrigieren Sie die Fehlentscheidungen der Vergangenheit; wandeln Sie die Einrichtungen in Bamberg und Manching in geordnete Erstaufnahmeeinrichtungen um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese werden nämlich anstelle der Rückkehrreinrichtungen wirklich gebraucht. 22 % der Flüchtlinge in Bayern - und somit 22.600 Flüchtlinge - waren am 31.10. in dem Erstaufnahmesystem. Plätze gab es damals aber nur für 17.000. Das belegt eine Statistik aus Ihrem Hause. Es fehlten jede Menge Plätze. Seither hat sich daran nicht viel geändert. Am 22.10.2015 haben Sie im Ministerrat beschlossen, die Plätze im Erstaufnahmesystem auf 33.000 aufzustocken. Wir sagen: Stocken Sie die Plätze sofort auf; wandeln Sie die beiden Einrichtungen in Erstaufnahmeeinrichtungen um. Dann schaffen Sie viel Platz, auch in den Kommunen. Sie ermöglichen nämlich dann die Beendigung problematischer Turnhallen- und Zeltunterbringungen. Sie würden einen positiven Beitrag für ein geordnetes Asylverfahren leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Taşdelen von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Arif Taşdelen (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einrichtung von Rückführungseinrichtungen ist ein Beschluss der Großen Koalition, und daran fühlen wir uns gebunden. Die SPD-Fraktion wird deshalb dem Antrag der GRÜNEN nicht zustimmen können. Da wir aber den Weihnachtsfrieden wahren wollen und der Antrag der GRÜNEN auch Aspekte enthält, die wir

durchaus mittragen können, wird sich die SPD-Fraktion bei diesem Antrag enthalten.

Wir haben einen Antrag formuliert, bei dem wir meinen, dass ihm alle Fraktionen des Landtags zustimmen können. Wir wollen, dass ungenutzte Kapazitäten in Rückführungseinrichtungen für Flüchtlinge genutzt werden, die eine Bleibeperspektive haben. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind nämlich überfüllt. Wir wollen dadurch sicherstellen, dass in Bayern genügend Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen werden. Wir wollen, dass aus den Gemeinschaftsunterkünften und den Erstaufnahmeeinrichtungen nur diejenigen Flüchtlinge aus dem Westbalkan in die Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching verlegt werden, die nicht länger als einen Monat in der Erstaufnahmeeinrichtung verweilt haben und dort noch untergebracht sind. Meine Damen und Herren, Flüchtlinge aber, für die bereits umfassende Integrationsmaßnahmen stattfinden, sollen nicht in die Rückführungseinrichtungen in Manching oder Bamberg verlegt werden. Der Grund dafür ist - Frau Kollegin Kamm, Sie haben es ausgeführt -, dass nicht nur die erwachsenen Flüchtlinge Integrationsmaßnahmen besuchen, sondern auch ihre Kinder. In den freien Kapazitäten in Manching und Bamberg - vor allem in Bamberg haben wir freie Kapazitäten - könnten Flüchtlinge mit Bleibeperspektive untergebracht werden. Außerdem geht die Zahl der Flüchtlinge aus dem Westbalkan sehr stark zurück. Irgendwann werden folglich kaum mehr Flüchtlinge aus dem Westbalkan zu uns kommen, und die Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching würden als Rückführungseinrichtungen überflüssig. Wir könnten deshalb schon jetzt einen Testbetrieb durchführen, indem wir dort schon einmal Flüchtlinge aus den Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften unterbringen. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Taşdelen, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege, es geht uns darum, dass Menschen, die sich integriert haben, durch die Rückführung nicht aus ihrem Lebenszusammenhang gerissen werden. Sie verweisen in Ihrem Antrag auf Menschen, die nach einem Monat vom Erstaufnahmesystem ins Gemeinschaftsunterkunftssystem gewechselt sind. Die Fallzahlen dürften aber minimal bis null sein, weil in der jetzigen Situation so

etwas kaum vorgekommen ist. Da kann doch kein Dissens zwischen uns bestehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Kamm, wir haben immer noch Flüchtlinge aus dem Westbalkan bei uns. Deshalb werden die Zahlen nicht bei null liegen. Wir kennen uns aus dem Sozialausschuss und wissen auch, wie wir ticken. Daher können Sie mir abnehmen, dass ich der Letzte bin, der Menschen, die sich hier über viele Jahre integriert haben, zurückführen möchte. Allerdings haben wir auf Bundesebene in der Großen Koalition einen Beschluss gefasst, der im Übrigen teilweise auch von den GRÜNEN im Bundesrat mitgetragen wurde. An diesen Beschluss fühlen wir uns gebunden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat der Kollege Thomas Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestern wurde in Deutschland die Schallmauer von einer Million Flüchtlingen durchbrochen. 153.000 davon sind in Bayern. Diese einmalige humanitäre Leistung, liebe Kolleginnen und Kollegen, war vor Kurzem noch nicht vorstellbar. Einmalig ist sie deshalb, weil alle anderen europäischen Länder wesentlich weniger Flüchtlinge aufnehmen als wir. Frankreich wird nach den EU-Quoten in den nächsten beiden Jahren 30.000 Flüchtlinge aufnehmen. Großbritannien hat sich bereit erklärt, 20.000 Flüchtlinge aufzunehmen, allerdings innerhalb von vier Jahren. Das bedeutet, dass Deutschland heuer ungefähr 200-mal so viele Flüchtlinge aufnimmt wie Großbritannien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Vorwürfe der Opposition, Deutschland und besonders Bayern würden immer noch zu wenige Flüchtlinge aufnehmen oder diese nicht human genug behandeln, gehen deshalb an der Realität in Europa vorbei.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer sagt das? Wer behauptet das?)

- Lesen Sie die Begründung! - Hinzu kommt, dass wir die Flüchtlingskrise nur deshalb bewältigen, weil in unserem Land eine grenzenlose Hilfsbereitschaft besteht und weil sowohl hauptamtliche Kräfte als auch ehrenamtliche Helfer Tag und Nacht arbeiten. An dieser Stelle möchte ich auch von diesem Platz aus allen Beteiligten danken. Herzliches "Vergelts Gott"!

(Beifall bei der CSU)

Wir bewältigen diese Flüchtlingskrise auch deshalb, weil wir es in den letzten Monaten geschafft haben, die Zahl der Flüchtlinge aus den sicheren Herkunftsstaaten deutlich zu reduzieren. Gegen die Festlegung dieser sicheren Herkunftsstaaten sind vor allem die GRÜNEN und lange auch die SPD Sturm gelaufen und haben uns, die CSU, dafür heftig kritisiert. Wie würden wir heute dastehen, wenn wir damals nicht standhaft geblieben wären und nicht sichere Herkunftsstaaten festgelegt hätten?

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN betrifft die beiden besonderen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und in Bamberg, die für Asylbegehrende aus den Westbalkanstaaten mit geringer Bleibeperspektive eingerichtet wurden. Auch diese beiden Einrichtungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Kamm, sind Erstaufnahmeeinrichtungen, allerdings mit dem Unterschied, dass dort die Verfahren beschleunigt durchgeführt werden. Das Ziel ist eine Verfahrensdauer von bis zu vier Wochen, damit Asylbegehrende aus den Westbalkanstaaten mit geringer Bleibeperspektive schnell in ihre Heimat zurückgeführt werden können und die betroffenen Familien auch Gewissheit über ihre Zukunft erhalten. Dabei reden wir aktuell noch immer von einer Größenordnung von 13.000 Menschen bei uns in Bayern. Über die Asylanträge dieser 13.000 Menschen aus den Westbalkanstaaten muss nun in den besonderen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und in Bamberg schnell entschieden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, an den sich die SPD mit ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag angehängt hat, enthält vier Forderungen an die Bayerische Staatsregierung. Die erste Forderung lautet, die Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching in Erstaufnahmeeinrichtungen umzuwandeln. Dazu habe ich bereits Einiges gesagt. Ich möchte aber nochmals betonen, dass es sich bei diesen Einrichtungen um spezielle Aufnahmeeinrichtungen handelt, die ganz bewusst eingerichtet wurden, damit die Asylverfahren von Staatsangehörigen aus den Westbalkanstaaten gezielt und beschleunigt bearbeitet werden können. Deshalb sind dort auch speziell für Asylverfahren von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten geschulte Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge tätig.

Darüber hinaus sind in Bamberg und in Manching alle weiteren notwendigen Behörden präsent, um eine effektive Verfahrensbeschleunigung zu erreichen. 13.000 Asylsuchende aus den Westbalkanstaaten

sind ungefähr so viele, wie Großbritannien heuer laut seinen Ankündigungen aufnehmen will. Ich bin jetzt schon auf die offiziellen Aufnahmezahlen der britischen Regierung für 2015 gespannt. Deswegen brauchen wir die Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und in Bamberg nach wie vor dringend. Es gibt keinerlei Veranlassung, sie in reguläre Aufnahmeeinrichtungen umzuwandeln.

Die zweite Forderung des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN lautet, die Umverteilung aus Gemeinschaftsunterkünften nach Bamberg und Manching unverzüglich zu stoppen. Für diese Forderung habe ich überhaupt kein Verständnis. Sie hätte zur Folge, dass die gewünschte Beschleunigung von Verfahren von Asylbewerbern aus den Westbalkanstaaten nicht mehr möglich wäre. Das wäre ein vollkommen falsches Signal; denn auch für die betroffenen Menschen aus den Westbalkanstaaten ist es doch wichtig, dass sie so schnell wie möglich erfahren, ob sie eine Bleibeperspektive haben.

(Beifall bei der CSU)

Diese Bleibeperspektive gibt es eben für die überwältigende Mehrzahl dieser Menschen nicht. Die SPD-Landtagsfraktion fordert in ihrem Dringlichkeitsantrag, die Staatsregierung habe dafür Sorge zu tragen, dass Umverteilungen aus anderen Einrichtungen in die beiden Aufnahmeeinrichtungen in Bamberg und in Manching nur in Ausnahmefällen stattfinden. Damit unterläuft sie aber ganz gezielt die Beschlüsse der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten zu den sicheren Herkunftsländern. Ich frage mich, liebe SPD, ob Sie überhaupt noch wissen, was Sie tun und tun wollen und ob Sie sich auch an Koalitionsvereinbarungen halten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Doch!)

Ziel dieser Festlegung ist es gerade, Menschen aus diesen Ländern so rasch wie möglich wieder in ihre Heimat zurückzuführen.

Die dritte Forderung des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN lautet, Integrationsbemühungen von Asylsuchenden nicht weiter durch vermeidbare Umverteilungen zu verhindern. Ich bitte um Verständnis, liebe Kolleginnen und Kollegen; vermeidbar sind Umverteilungen von Asylbewerbern aus den Westbalkanstaaten, wie eben geschildert, leider eben nicht. Im Gegenteil, sie sind entscheidend, um schnell über deren Asylanträge entscheiden zu können und sie nach einer Ablehnung wieder schnell in ihre Heimat zurückführen zu können.

Die vierte und letzte Forderung der GRÜNEN lautet schließlich, darauf hinzuwirken, dass bei Aufenthalts-

entscheidungen Integrationsleistungen berücksichtigt werden. Diese Forderung widerspricht klar dem geltenden Asylrecht; denn bei Asylbewerbern erfolgt eine Aufenthaltsentscheidung nur dann, wenn dem Asylantrag stattgegeben wird. Auf Integrationsleistungen kommt es hier gerade nicht an. Bei Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten kommt es überdies nur in seltenen Ausnahmefällen zu stattgebenden Entscheidungen des BAMF. Der Aufenthalt aller übrigen Asylbewerber ist so schnell wie möglich zu beenden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Forderung der SPD, sicherzustellen, dass ausreichend Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat vorhanden sind, ist berechtigt. Aber genau das tun wir hier in Bayern; die bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen sind bereits massiv ausgebaut worden. An dieser Stelle ein herzliches "Vergelts Gott!" an unsere zuständige Ministerin Emilia Müller. Vielen Dank, liebe Frau Ministerin! Morgen werden die Erstaufnahmeeinrichtungen in Regensburg und Augsburg eröffnet. Nächste Woche erfolgt die Eröffnung der Aufnahmeeinrichtung in Bayreuth. Damit stehen in allen Bezirken voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen mit entsprechenden Dependancen zur Verfügung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwei Jahre zu spät, Herr Kollege!)

Außerdem werden die bestehenden Erstaufnahmekapazitäten bereits bis Jahresende, also in den nächsten drei Wochen, von 18.000 Plätzen auf insgesamt 27.000 Plätze erhöht.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kamm, da Sie uns vorwerfen, es habe sich nicht viel getan, fordere ich Sie auf, sich einmal mit der Realität zu befassen. Schauen Sie in das Land! Dann werden Sie sehen, wie gut hier gearbeitet und was hier alles geleistet wird. Ziel ist es, die Kapazitäten auf bis zu 45.000 Plätze aufzustocken.

Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen, die vorliegenden Anträge der GRÜNEN und der SPD widersprechen unserem Ziel, die Asylverfahren von Menschen mit geringer Bleibeperspektive aus sicheren Ländern zu beschleunigen. Frau Kollegin Kamm, die Beschleunigung liegt sowohl in unserem Interesse als auch im Interesse der Asylbewerber; denn lange Asylverfahren sind für alle Familien eine große Belastung. Deshalb werden wir die beiden Dringlichkeitsanträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Ich bitte, am Rednerpult zu

bleiben. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, anschließend Herr Kollege Taşdelen. Zunächst einmal Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Huber, eine Vorbemerkung: Ich schaue sehr wohl in das Land und sehe Turnhallen, die voll sind mit Flüchtlingen im Erstaufnahmesystem.

Sie haben ferner gesagt, aus den Beschlüssen zu den sicheren Herkunftsstaaten folge zwingend, die Menschen, die schon jahrelang hier lebten, in eine der beiden Einrichtungen, Bamberg oder Manching, zu überführen. Das ist definitiv nicht der Fall. Ordentliche Asylverfahren können durch die Ausländerbehörden auch in den Landkreisen durchgeführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort.

Thomas Huber (CSU): Frau Kollegin Kamm, Sie wissen genauso gut wie wir, dass die Turnhallen deswegen überfüllt sind, weil die Anzahl der Menschen es einfach nicht mehr erlaubt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Asylverfahren zügig und ordentlich abarbeitet. Die Entscheidung, Menschen mit geringer Bleibeperspektive nach Bamberg oder Manching zu überführen, haben wir getroffen, damit dort die Asylverfahren schnell durchgeführt werden können.

Was war Ihre zweite Frage, Frau Kamm? Ich habe es leider vergessen.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Die Entscheidung über sichere Herkunftsstaaten erfordert keineswegs die Umverteilung von Menschen, die schon jahrelang bei uns leben, in die Einrichtungen in Bamberg und Manching.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die hier seit Jahren zu Unrecht leben!)

Geordnete Asylverfahren können auch in jedem Landkreis durch die Ausländerbehörden durchgeführt werden.

Thomas Huber (CSU): Frau Kamm, dazu sage ich Ihnen nur eines: Es geht um Personen, von denen einige seit Jahren zu Unrecht in unserem Land sind. Jetzt wird dazu beigetragen, dass die Verfahren schnell abgearbeitet und die Personen nach einer ablehnenden Entscheidung zurückgeführt werden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Jetzt ist Kollegşdelen mit seiner Zwischenbemerkung dran.

Arif Taşdelen (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Huber, Sie haben die SPD-Fraktion direkt angesprochen. Sie haben gefragt, ob wir noch wüssten, was wir tun. Glauben Sie mir: Wir wissen sehr wohl, was wir tun.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann halten Sie sich an den Koalitionsvertrag!)

Wenn Sie uns im Bayerischen Landtag nicht hätten, dann hätten Sie ein ganz großes Problem.

(Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Wenn Sie die GRÜNEN nicht hätten, dann wüssten Sie nicht einmal, was die zweite Frage war.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Huber, was spricht denn dagegen, dass auch schon für Asylbewerber, die noch in einer Erstaufnahmeeinrichtung sind, Integrationsmaßnahmen beginnen? Dazu zählen beispielsweise Integrationskurse. Die Menschen können dort belassen und das Asylverfahren kann dort abgewickelt werden.

Jetzt schaue ich zu unserem Finanzminister hinüber: Es kostet doch auch Geld, den Transport der Asylbewerber und ihrer Familien in die Rückführungseinrichtungen Manching oder Bamberg zu organisieren. Wir wollen das nicht zur Regel machen, aber in den Fällen, in denen Menschen schon an Integrationskursen teilnehmen oder sonstige Integrationsleistungen erbringen, sollten sie nicht nach Manching oder Bamberg gebracht werden, insbesondere dann nicht, wenn dadurch Kinder aus ihrem Umfeld, an das sie sich mühsam gewöhnt haben, herausgerissen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, wie gesagt, dadurch auch Geld sparen; denn das Ganze zu organisieren, kostet etwas. Daher spricht überhaupt nichts gegen unseren Vorschlag.

Wenn ich es richtig weiß, liegt die Kapazität in Bamberg im Moment bei über 1.500 Plätzen. Im Moment sind dort – wenn die Informationen, die ich habe, richtig sind – über 800 Flüchtlinge aus dem Westbalkan untergebracht. Es spricht nichts dagegen, Asylbewerber, die in Erstaufnahmeeinrichtungen keinen Platz

haben, dort unterzubringen. Deswegen verstehe ich Ihre Argumentation nicht ganz.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Taşdelen. – Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Huber (CSU): Herr Kollege Taşdelen, zu dem Punkt "Einhaltung des Koalitionsvertrages" brauche ich nicht viel zu sagen, sondern nur an Ihre einleitenden Worte von heute Morgen zu erinnern. Sie behaupten, Sie hielten sich an den Koalitionsvertrag. Andererseits wollen Sie sich zu dem Antrag der GRÜNEN der Stimme enthalten. Dieses Verständnis von der Einhaltung von Koalitionsverträgen kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. Das machen wir in Zukunft auch so.

(Beifall bei der CSU)

Um auf Ihre Kernfrage zurückzukommen – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Flexibilität im Umgang mit Koalitionsverträgen ist die Spezialdisziplin der CSU!)

– Hören Sie bitte zu. – Herr Taşdelen, wir sind uns sicherlich alle einig, dass es in Einzelfällen hart ist, Entscheidungen in der Situation, in der wir uns befinden, zu treffen. Für einzelne Familien, die jetzt möglicherweise aus ihrem gewohnten Lebensumfeld herausgerissen werden, ist es besonders hart. Aber in Bamberg und in Ingolstadt sind nun einmal schnellere Verfahren gewährleistet, weil die dortigen Behörden mit dem entsprechenden Personal ausgestattet sind und mit den zuständigen Bundeseinrichtungen in engem Kontakt stehen. Auch gibt es dort eine ausreichende Zahl an Verwaltungsrichtern. Damit wird gewährleistet, dass die Verfahren beschleunigt durchgeführt werden können. Die Menschen erlangen schnellstens Gewissheit, wie es mit ihnen und ihren Familien weitergeht. Aus den genannten Gründen halte ich es für sinnvoll, diese Entscheidungen – und seien sie noch so hart; wir wissen, dass es, menschlich gesehen, in Einzelfällen nicht einfach ist – so zu treffen.

Zu Ihrem Vorwurf, dort fehle die Beschulung, sage ich: Auch in diesen beiden Einrichtungen sind Schulklassen eingerichtet worden. Beschulung und Betreuung finden in beiden Einrichtungen statt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Nein! Das ist überhaupt nicht wahr!)

Ich denke, das ist der Beitrag, den wir an dieser Stelle leisten können und leisten sollten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kamm hat vorhin viele berührende Beispiele genannt und die Situation sicherlich richtig geschildert. Aber die vielen Zahlen, die Herr Kollege Huber soeben genannt hat, stimmen natürlich auch.

Auch ich möchte die Chance nutzen und an dieser Stelle allen danken, die in den vergangenen Monaten bis an ihre Belastungsgrenze und darüber hinaus gegangen sind und sich dafür eingesetzt haben, dass alle hier ankommenden Asylbewerber ein Dach über dem Kopf erhalten, einen Schlafplatz bekommen und, wenn auch manchmal notdürftig, versorgt werden. Ein herzliches Dankeschön; denn das ist bei uns in Bayern geschehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mein Dank an dieser Stelle gilt ein weiteres Mal der bayerischen Polizei, der Bundespolizei, der Verwaltung, den Kommunen und natürlich – das muss man immer wieder betonen – den vielen Ehrenamtlichen, ohne die die Lage noch so erträglich wäre, wie sie trotz der hohen Zahlen ist.

Wir wissen aber alle, dass besonders in diesem Bereich nicht alles, was wünschenswert ist, auch umsetzbar ist. Natürlich wünschen wir alle uns theoretisch, dass jeder in Deutschland, in Bayern sein Glück finden könnte, aber – und auch das wissen wir doch – das geht nicht. Wir sind in der Realität angekommen. Innerhalb eines Jahres sind eine Million Menschen angekommen. Wir alle – wenn wir ehrlich sind – wissen nicht, wie es weitergeht. Das bedeutet, dass wir alle Bereiche, die von der Asylproblematik betroffen sind, einem Realitätscheck unterziehen müssen. Liebe Kollegen, vor allem liebe Kollegen von den GRÜNEN, wir haben den Eindruck: Sie sind noch nicht in der Realität angekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU – Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir alle haben schnellere Verfahren gefordert. Wir alle haben vor Wochen, vor Monaten gewusst: Etwas muss sich ändern. Wir haben Einrichtungen geschaffen. Bamberg und Manching bewähren sich. Man wollte den Anreiz etwas verringern. Dies hat gefruchtet. Es ist auch ein klares Signal gesetzt worden. Sie alle haben doch daran mitgewirkt, dass die Zahl der sicheren Herkunftsländer vergrößert wurde. Sie alle wollten doch dazu beitragen, dass entsprechend gehandelt wird, damit wir Möglichkeiten haben, die Flüchtlingsströme, die wir auf Dauer in diesem Umfang nicht bewältigen können, einzudämmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daher muss man eben auch diesen Schritt gehen. Dieser Weg – auch Kollege Huber hat es gerade gesagt – ist im Einzelfall sicher hart, aber er ist notwendig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frau Kamm, von Ihnen wurde vorher gesagt, wie schlimm es sei, wenn Asylbewerber aus ihrem Umfeld herausgerissen werden, weil sie teilweise schon beschuldigt werden usw. Sie machen sich doch etwas vor. Es wird doch noch schlimmer, wenn sie abgeschoben werden. Wenn die Verfahren abgeschlossen sind, müssen sie ausreisen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es ist einfacher, ihnen vorher gar keine Hoffnungen zu machen. Das ist einfach besser.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Sehr richtig!)

Es ist unehrlich, ihnen etwas vorzugaukeln, was man nicht durchhalten kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Sehr richtig!)

Zu der Forderung im Antrag der SPD, Umverteilungen aus Gemeinschaftsunterkünften innerhalb eines Monats vorzunehmen: Das ist in unseren Augen unrealistisch. Deswegen müssen wir auch diesen Antrag ablehnen.

Sowohl beim Antrag der GRÜNEN als auch beim Antrag der SPD fällt uns auf, dass Sie auf einmal anfangen, Integrationsleistungen zu honorieren. Damit begehen Sie einen Systembruch. Nach dem Asylrecht ist die Lage in den Herkunftsländern zu beurteilen, aber nicht die geleistete Integration in unserem Land.

Das ist nicht der Sinn des Asylrechts und würde das gesamte System aushöhlen. Wir reden immer davon, wie wichtig es ist, die Regeln unseres Rechtsstaates einzuhalten. Dann dürfen Sie aber nicht durch die Hintertür neue Regelungen einführen, die dem Asylrecht nicht entsprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Uns allen ist bewusst, dass die Situation im Einzelfall bitter und schmerzlich ist, und natürlich ist es in einer gewissen Weise unfair, dass Leute, die zum Beispiel schon sehr lange geduldet wurden, ausbaden müssen, dass man die Regelungen nicht rechtzeitig umgesetzt hat, dass die Bundesregierung viel zu spät erkannt hat, dass dieses Problem auf uns zukommt, und dass man letztendlich auch in Bayern zwar reagiert hat, allerdings sehr langsam. Dies müssen nun viele Familien ausbaden. Das ist menschlich-humanitär unfair. Wir müssen aber bei unseren Regeln bleiben. Wir tragen eine nachhaltige Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Dies müssen wir auch in manchen relativ bitteren Einzelfällen durchstehen. Ich meine, dieser Weg bleibt uns nicht erspart. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke. Frau Gottstein, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Kollegin Gottstein, wir tragen selbstverständlich auch Verantwortung für Menschen, die schon jahrelang hier leben und sich integriert haben. Ich möchte Ihnen etwas zu unserer Forderung sagen, Integrationsleistungen anzuerkennen. Wir meinen damit nicht das Asylrecht. Wir haben gefordert, Integrationsleistungen im Zusammenhang mit Fragen des Aufenthalts anzuerkennen. Natürlich gibt es ein Bleiberechtsgesetz, von dem Sie vermutlich auch schon einmal gehört haben, das derzeit beispielsweise besagt, dass Familien nach sechs Jahren bei guter Integrationsprognose ein Bleiberecht erhalten können. Deshalb ist es mehr als ärgerlich, wenn Familien, die schon fünfeneinhalb Jahre hier leben, jetzt noch schnell nach Manching oder Bamberg geschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Frau Kollegin Gottstein, Sie haben das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe jetzt mehrmals betont, dass uns bewusst ist, dass dies im Einzelfall für diese Familien sehr bitter ist. Es ist aber trotzdem so, dass wir in diesem - -

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Gottstein, ich bitte um mehr Ruhe

(Allgemeine Heiterkeit)

auf der einen Seite des Hauses, damit Sie in aller Ruhe reden können und verstanden werden.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Jetzt bin ich schon erschrocken. –

(Allgemeine Heiterkeit)

Danke, Herr Vizepräsident. Wir hatten hier ja schon manchmal – wobei Sie natürlich im Recht waren – verschiedene Meinungen. Dies heißt also, dass ich mich weiter äußern darf.

(Allgemeine Heiterkeit)

Natürlich ist uns auch das Bleiberecht bewusst. Wir sprechen heute aber konkret über zwei Anträge mit anderen Zielvorstellungen. Diese Ziele tragen wir nicht mit. Deswegen lehnen wir diese Anträge ab.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich zum Beispiel großen Respekt vor jedem Polizisten habe, der am Abschiebeprozess beteiligt ist. Es macht einen Riesenunterschied aus, ob man Regeln beschließt oder ob man dafür sorgt, dass Regeln, die wir für notwendig halten, durchgesetzt werden, und damit in der Praxis konfrontiert ist. Gerade die Leute, die auch jetzt, auch in der Weihnachtszeit Abschiebungen vornehmen, verdienen Respekt. Es geht nämlich leider nicht anders. Ich meine, es gibt immer wieder Lebensbereiche, in denen wir erkennen müssen, dass das Leben hart ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Sozialministerin bin ich es gewohnt, dass der Tag mit Asyl beginnt und am Abend mit Asyl endet. Das ist auch im Plenum der Fall. Ich möchte Ihnen auch sagen: Für die Staatsregierung gibt es klare Prinzipien der Unter-

bringung der Asylbewerber. An erster Stelle steht nämlich die Humanität. Dies ist selbstverständlich auch in den Einrichtungen in Bamberg und in der Max-Immelmann-Kaserne in Manching gewährleistet. In Bamberg haben wir derzeit eine Kapazität von 1.200 Personen. In der Max-Immelmann-Kaserne haben wir ebenfalls eine Kapazität von 1.200 Personen. In der Max-Immelmann-Kaserne befinden sich 1.000 Asylbewerber, und in Bamberg sind derzeit 800 Asylbewerber untergebracht. Es handelt sich um ein System mit Zugang und Abgang, Rückführung und freiwilliger Rückkehr.

Wir haben es in der letzten Zeit geschafft, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen bei uns in Bayern keine Asylbewerber aus dem Westbalkan mehr sind. Umso wichtiger ist, dass wir jetzt alle die Menschen, die in der Fläche verteilt sind, nach Bamberg und nach Manching holen. Bei diesen Einrichtungen handelt es sich um Erstaufnahmeeinrichtungen im Sinne des Gesetzes, auch wenn sie einen anderen Namen haben.

Die Staatsregierung stellt in diesen Einrichtungen eine Beschulung sowie eine Kinderbetreuung sicher. Dort sind Lehrkräfte, und wir beschulen die Kinder. Wir haben dort auch eine ärztliche Versorgung; das ist vollumfänglich gewährleistet. Es sind also alle Funktionen einer normalen Erstaufnahmeeinrichtung vorhanden. Es gelten auch dieselben Standards; ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen.

Die Einrichtungen haben allerdings den normalen Erstaufnahmeeinrichtungen einiges voraus. In diesen Einrichtungen arbeiten auf Drängen der Staatsregierung spezialisierte Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, auch geschulte Entscheider. Diese wurden speziell für die Asylverfahren von Personen aus sicheren Herkunftsländern, insbesondere natürlich aus dem Westbalkan, geschult. Dort sind auch die benötigten Dolmetscher tätig. Ebenso sind alle weiteren Behörden vor Ort, und alle Behörden arbeiten Hand in Hand, um ein beschleunigtes Verfahren zu gewährleisten. Dort ist die Ausländerbehörde,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und dort ist auch das Verwaltungsgericht, um effektive Beschleunigungen herbeizuführen.

Die Koalitionsspitzen von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene haben sich auf die Einrichtung von drei bis fünf solcher besonderen Einrichtungen in Deutschland verständigt. So kann dem Begehren aller nach schnellen Asylverfahren Rechnung getragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, humanitäre Asylverfahren bedeuten für mich auch, dass die Asylbewer-

ber schnell Klarheit darüber bekommen, ob sie in Deutschland bleiben können oder ob sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt möchte ich schon ganz klar und deutlich sagen: Das gilt nicht nur für Neuankömmlinge aus sicheren Herkunftsländern, sondern gerade auch für diejenigen, die zwischenzeitlich in die Anschlussunterbringungen verbracht wurden, und zwar auch dann, wenn die Asylbewerber schon länger als einen Monat dort sind. Wegen der Vielzahl der Asylbewerber in diesem Jahr und der bereits mehrfach breit diskutierten Probleme beim BAMF haben sich viele Asylverfahren erheblich verzögert. Die Staatsregierung hat seit Jahren auf eine ausreichende Personalausstattung des BAMF gedrängt; denn nur schnelle Verfahren helfen den Asylbewerbern, geben Auskunft über ihren Status und sind auch ganz in unserem ureigensten bayerischen Interesse.

Parteiübergreifend waren sich alle Ministerpräsidenten einig, dass die Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer eingestuft worden sind. Für Personen aus dem Westbalkan bestehen daher weiterhin nur äußerst geringe Chancen, eine Anerkennung und ein Bleiberecht zu erhalten. Mittlerweile hat es sich auch im Balkan, in allen Balkanländern, herumgesprochen, dass es sich nicht lohnt, nach Deutschland zu gehen, weil man hier keine Bleibeperspektive zu erwarten hat. Wir können auch verzeichnen, dass sich die Zahl der freiwilligen Rückreisen enorm gesteigert hat. Das ist auch ein Ergebnis von Bamberg und von Manching, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen den Menschen aus dem Balkan keine falschen Hoffnungen machen und ihnen suggerieren, sie könnten hier ihr Leben gestalten und eine Zukunftsperspektive für sich aufbauen. Wir sollten die Verfahren beschleunigen, und wir sollten den Asylbewerbern klar sagen, dass sie hier keine Bleibeperspektive haben werden.

Dieses Vorgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, beeinträchtigt die Integration nicht; denn ein Anspruch auf Integration besteht für die Personen aus dem Westbalkan nicht. Die Asylbewerber aus dem Westbalkan werden mit höchster Wahrscheinlichkeit hier keinen Bleibestatus bekommen und unser Land verlassen müssen.

Durch die Umverteilung wird die Integration derjenigen, die eine gute Bleibeperspektive haben, die aus Krisengebieten kommen, die aus Kriegsgebieten kommen oder vor der Gewalt des IS geflohen sind, abso-

lut verbessert, weil damit Plätze freigemacht werden. Schon deshalb müssen wir diejenigen, die kein Asylrecht haben und ihr Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben, konsequent und schnell zurückführen. Ich möchte auch klar betonen, dass wir allen, die nach Bamberg oder Manching kommen, sofort raten, das Land freiwillig zu verlassen und freiwillig zurückzukehren. Das unterstützen wir absolut.

Seit dem Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes am 24. Oktober wird nun auch bundesgesetzlich zwischen Personen mit guter Bleibeperspektive und Personen mit geringer Bleibeperspektive unterschieden. Dafür bin ich sehr dankbar, weil wir hier eine klare Trennung bei allen Integrationsleistungen haben. Personen mit geringer Bleibeperspektive sollen in einem schnellen Asylverfahren behandelt werden, um eine zügige Rückführung sicherzustellen. Diese Gruppe soll zur Verfahrensbeschleunigung bis zum Abschluss des Asylverfahrens in den Aufnahmeeinrichtungen verbleiben. Nichts anderes setzt Bayern hier um. Wir setzen das um, was auf Bundesebene mitgetragen und beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Generell gilt: Kein Asylbewerber hat von Gesetzes wegen einen Anspruch darauf, sich in einem bestimmten Land oder an einem bestimmten Ort aufzuhalten. Ich betone hier auch noch einmal: In Bayern kann man an jedem Ort leben.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen – das wird immer bestritten –, unabhängig von den beiden Aufnahmeeinrichtungen Bamberg und Manching unsere bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen bereits massiv ausgebaut. In allen sieben Regierungsbezirken stehen voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen mit entsprechenden Dependancen zur Verfügung. Sie alle haben ab dieser Woche eine Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Herr Weise hat sofort nachbestückt und Regensburg, Bayreuth und Augsburg auf seine Liste genommen. Dafür bin ich dankbar. Wir haben unser Ziel, sieben voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen in unseren Regierungsbezirken, erreicht.

Ich darf betonen, wo wir begonnen haben. Wir haben in den Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer Kapazität von 1.850 Plätzen, 1.200 reguläre Plätze in München und 650 reguläre Plätze in Zirndorf, begonnen und können bis zum Jahresende 27.000 Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen verzeichnen. Wir bauen weiter auf 45.000 Plätze aus. Ich finde, das ist eine gewaltige Anstrengung und eine gewaltige Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Nebenbei haben wir für extreme Zugänge und für Extremfälle nach wie vor unseren Notfallplan mit 20.000 Plätzen, den wir aktivieren können. Die Staatsregierung hat diesbezüglich ein Gesamtkonzept für den Bereich der Unterbringung entwickelt und setzt es konsequent um. Den Anträgen der Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD kann deshalb nicht gefolgt werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, die Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. - Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Ministerin, Sie haben die beiden Einrichtungen Bamberg und Manching gelobt. Können Sie mir sagen, wie viele Asylsozialberatungsstellen tatsächlich geschaffen worden sind und wie viele Asylsozialberater mittlerweile in beiden Einrichtungen tätig sind?

Können Sie mir auch sagen, warum es den Menschen in diesen Einrichtungen verwehrt ist, normale Rückkehrberatungsstellen der freien Träger in Anspruch zu nehmen, warum sie ausschließlich auf die Rückkehrberatungsangebote der dortigen Ausländerbehörde angewiesen sind?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Kamm, Menschen, die auf dem Gelände sind, haben es doch einfacher, wenn sie sich vor Ort beraten lassen. Ich bitte Sie: Da muss man keinen eigenen Tourismus aufbauen und sie irgendwo hinfahren, damit sie sich bei bestimmten NGOs beraten lassen können.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen stehen wir mit der Arbeiterwohlfahrt in Bamberg auch im Hinblick auf die Asylsozialberatung in Kontakt. Dort sind zurzeit zwei Personen aktiv. Ich kann nur sagen, dass wir damit eine niederschwellige Asylsozialberatung haben. Wir sind der Auffassung: Die Menschen sollten so schnell wie möglich, möglichst innerhalb von vier Wochen wieder zurückgeführt werden können.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9372, dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den nächsten Dringlichkeitsantrag, Drucksache 17/9394. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU und die FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. und Fraktion (CSU)
Einigung der Länder zur Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen (Drs. 17/9373)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Freller von der CSU.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Die Einigung der Ministerpräsidenten der Länder am 3. Dezember ist ein großer und historischer Schritt im Hinblick auf die Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen. Ein ungerechtes System geht zu Ende. Dieser Schritt war und ist auch dringend notwendig. Nach der November-Steuerschätzung mussten wir den Haushaltsansatz 2016 für die Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich um weitere 200 Millionen Euro auf nunmehr 5,4 Milliarden Euro erhöhen.

Meine Damen und Herren, das ist ein bitterer Rekord, auf den wir gern verzichtet hätten. Es ist auch deshalb ein bitterer Rekord, weil wir mit diesen Geldern Länder finanziert haben und es immer noch tun, die meines Erachtens nicht in ausreichendem Maße verantwortungsvoll mit den eigenen Mitteln umgehen. Mit diesen Mitteln in Höhe von 5,4 Milliarden Euro finanzieren wir Berlin und Nordrhein-Westfalen gleichermaßen. Das ist ungefähr die Summe, die die beiden Länder aus dem Länderfinanzausgleich kassieren. Es ist

wahnsinnig schwierig, den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlern klarzumachen, dass wir so viel Geld abgeben müssen, damit anderswo investiert wird. Ich denke nur an den Berliner Flughafen. Der ist das Geld nicht wert, das dorthin fließt.

Angesichts dieses Missverhältnisses ist das, was am 3. Dezember erreicht wurde, ein großer Erfolg für unser Land, Herr Ministerpräsident. Wir haben die Chance, dass sich endlich eine gerechtere Verteilung der Gelder ergibt. Kern des Reformkonzepts ist eine Abschaffung des Länderfinanzausgleichs in seiner heutigen Form. Künftig wird der Ausgleich der Finanzkraft im Wesentlichen über die Umsatzsteuerverteilung erfolgen. Die Gelder werden derzeit verteilt, bevor es zum eigentlichen Finanzausgleich kommt. Das soll sich nun ändern.

Im Ergebnis würde eine Umsetzung des Reformkonzepts für Bayern insgesamt, also einschließlich GVFG-Bundesmittel und der in Umsatzsteuerpunkte umgewandelten Entflechtungsmittel ab 2020 einen Bruttogewinn von rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Das ist eine Entlastung der bayerischen Einwohner von 105 Euro jährlich. Das ist eine außerordentlich gute Summe. Es ist übrigens die höchste Entlastung bei den Flächenländern.

Ich verstehe nicht – das möchte ich an dieser Stelle sagen –, wie die bayerischen GRÜNEN und die bayerische SPD in den letzten Wochen und Tagen dieses wirklich gute Verhandlungsergebnis so negativ kommentieren konnten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben wir Ihnen doch erklärt! – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Frau Stamm, gerade Sie spreche ich an. Sie sagen in Ihrer Presseerklärung vom 04.12., die CSU-Neidkampagnen müssten jetzt endlich ein Ende haben. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer von Neidkampagnen spricht, wenn es um Gerechtigkeit geht,

(Jürgen W. Heike (CSU): Ist sehr verdächtig!)

der begeht meines Erachtens Verrat am bayerischen Steuerzahler.

(Beifall bei der CSU)

Das, was ich gesagt habe, geht leider auch an die SPD. Über die Jahre hatte ich den Eindruck – ich bin sicher, viele meiner Kollegen hatten einen ähnlichen Eindruck –, dass Ihre Solidarität mit den rot-grünen Pleiteländern größer war als die Solidarität mit der bayerischen Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Müde Gags!)

Wie sehr haben wir doch von Ihnen eine Unterstützung massiver Art gewünscht, um diese Ungerechtigkeit abzuschaffen. Und was sagen Sie? - Sie sprechen von Neidkampagne.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir waren die Ersten, die Ja sagten!)

Sie sprechen von Neidkampagne, wenn wir sagen, dass so große Beträge wie jetzt die 5,4 Milliarden nicht ständig woanders hinfließen können. Was hat das mit Neid zu tun? Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Stamm, Ihre Aussage möchte ich so nicht stehen lassen, dass es mit Neid zu tun hat, wenn unser Ministerpräsident, unser Finanzminister und meine Fraktion für Gerechtigkeit bei der Verteilung der Steuermittel in Deutschland kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Es waren schwierige Verhandlungen, die da geführt werden mussten. Es gab viel Widerstand. Es ist alles andere als leicht, darüber zu verhandeln, wenn die Gefahr besteht, dass sich andere wehren, weil sie nicht mehr so bequem leben können, wie es bisher der Fall war.

Gott sei Dank – wir hoffen es – haben wir gute Aussagen von Bundesfinanzminister Schäuble, dass sich der Bund mit entsprechenden Beträgen einbringt, damit etwas geschaffen werden kann, wofür auch wir stehen. Wir sind nicht generell gegen einen Ausgleich; denn es gibt auch Länder, die wirklich so schwach sind, dass man ihnen unter die Arme greifen muss, sonst würden sie in der Tat in große Schwierigkeiten geraten.

Eines sage ich aber schon: Wir erwarten von allen Ländern, die Finanzausgleichsmittel beziehen, dass sie sehr verantwortungsbewusst mit diesen Geldern umgehen. Es kann nicht angehen, dass sie Leistungen schaffen und bezahlen, bei denen wir als Geberland einsparen, weil wir sagen, diese Dinge sind nicht unbedingt nötig und wir möchten den Steuerzahler nicht unnötig belasten.

Leider gibt es zigfach Beispiele, dass rot-grün regierte Länder aus Staatsmitteln Dinge finanzieren, wovon wir in Bayern absehen. Das muss man auch ansprechen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist Gott sei Dank alles gut gelaufen. Die bayerische Strategie aus Klage und gleichzeitiger Verhandlung hat sich bewährt. Es war eine Strategie, die sich an den bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern orientiert hat. Wir können uns mit dem Ergebnis sehen lassen. Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, auch namens der CSU-Fraktion danke ich Ihnen, dass Sie so erfolgreich verhandelt haben. Was das bedeutet, kann sich jeder ausrechnen. Wenn wir ab dem Jahr 2020 jedes Jahr 1,2 Milliarden sparen, sind das ungefähr 12 Milliarden in zehn Jahren bis zum Jahr 2030. Das ist Gold wert für unseren Schuldenabbau im Lande. Damit sind wir einen wichtigen Schritt weiter und einem großen Ziel nähergekommen. Diese Mittel können wir in Zukunft einsparen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind dankbar und sehen diese Ergebnisse als großen Erfolg für den Freistaat Bayern an. Wir wünschen, dass alles zügig umgesetzt und in verbindliche Formen gebracht wird. Ich bin sehr zuversichtlich. Der 3. Dezember 2015 war ein guter Tag für Bayern und seine Finanzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Herr Freller. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Freller, ich gebe Ihnen gerne Nachhilfe; das bin ich gewöhnt.

(Widerspruch bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nicht erforderlich!)

Karl Freller (CSU): Was kostet die Stunde?

Thomas Mütze (GRÜNE): – Ich bin gar nicht so teuer, Herr Kollege Freller. Ich bin Deutschlehrer.

Wer liest, ist im Vorteil. Herr Freller, auch der grüne Ministerpräsident Kretschmann hat diesem Kompromiss zugestimmt. Wenn Sie die Pressemitteilung unserer Kollegin Stamm gelesen hätten, hätten Sie erfahren, dass wir die Einigung sehr wohl begrüßen. Wir begrüßen sehr wohl, dass jetzt mehr Geld im bayerischen Haushalt bleibt.

(Peter Winter (CSU): Aber!)

– Kein Aber. – Wir begrüßen auch, dass Ihre Klage, die Sie immer mantraartig vor sich hergetragen

haben, keinerlei Einfluss auf diese Einigung gehabt hat. Die Klage ist noch nicht einmal beraten worden. Wir erwarten, dass Sie diese dumme Klage sofort zurückziehen. Ansonsten ist die Einigung in Gefahr. Das ist ganz klar. Diese Klage war schädlich und nicht nützlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Herr Kollege Freller, Sie haben schon wieder Berlin genannt. Sie sollten wissen, dass der Länderfinanzausgleich ein Einnahmen- und kein Ausgabenausgleich ist. Die Berliner Beamtinnen und Beamten sind die am schlechtesten bezahlten in ganz Deutschland.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- So ist das.

(Widerspruch bei der CSU)

In diesem Haus wird immer wieder behauptet, dass die Berliner mit dem Geld aasen. Fragen Sie einmal die Berliner Beamtinnen und Beamten, wie da geast wird!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Karl Freller (CSU): Sie geben mir die Chance, klar zu sagen, dass es den Beamten im Freistaat Bayern gut geht. Wir achten darauf, dass unsere Staatsdiener ausreichend besoldet werden. Wir geben das Geld nicht für irgendwelche Flughäfen aus, die vielleicht irgendwann im nächsten Jahrtausend eröffnet werden. Wir finanzieren das Richtige, das ist entscheidend.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Freller, wir haben schon verstanden. Heute erleben wir ein Déjà-vu. Das ist ein psychologisches Phänomen – das habe ich nachgeschaut –, das sich in dem Gefühl äußert, eine Situation schon einmal erlebt, aber nicht geträumt zu haben. So steht es in der Definition. Genau das erleben wir heute; denn der aktuelle Länderfinanzausgleich, der im Jahr 2019 zu Ende gehen wird, wurde mit noch viel schöneren Worten in diesem Bayerischen Landtag gefeiert. Ich darf an die Regierungserklärung vom 20. Juni 2001 erinnern. Das Originalmanuskript der Rede von Herrn Dr. Edmund Stoiber, dem damaligen Ministerpräsidenten, habe ich dabei. Ich darf daraus zusammenge-

fasst vortragen, was zum aktuellen Länderfinanzausgleich, der noch bis zum Jahr 2019 gilt, gesagt wurde:

Bayern, aber auch alle Länder können mit dem Ergebnis hoch zufrieden sein. Seit Jahren hat die Staatsregierung mit Nachdruck die Einführung von mehr Leistungsanreiz und Leistungsgerechtigkeit in den Länderfinanzausgleich gefordert. Das Tor dazu wurde jetzt aufgestoßen. Wir werden

– Originalzitat Dr. Stoiber –

mehr Wettbewerb, mehr Gerechtigkeit und mehr Verantwortung der Länder im Finanzausgleich festschreiben.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr mit euren Doktoren!)

Der Sieger ist der deutsche Föderalismus. Wir haben etwas bewegt.

Das ist die Aussage der CSU, des Ministerpräsidenten, im Bayerischen Landtag zum derzeit gültigen Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Der amtierende Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer müsste auch ein Déjà-vu-Erlebnis haben. Am 7. Juli des gleichen Jahres, im Jahr 2001, hat er in namentlicher Abstimmung diesem neuen Länderfinanzausgleich, der von Ihnen, Herr Freller, kritisiert wird, im Bundestag zugestimmt. Später sah dann alles ganz anders aus; dieser gefeierte Länderfinanzausgleich war plötzlich zutiefst ungerecht. Es wurde maßlos gegen andere Bundesländer geschimpft. Im Bierzelt, am Stammtisch und im Bayerischen Landtag wurde gegen die eigene Politik polemisiert. Der Länderfinanzausgleich wurde als bayernfeindlich und als verfassungswidrig bezeichnet. Das war aber Ihr Länderfinanzausgleich, den Sie im Jahr 2001 gefeiert haben. Dieser Ministerpräsident hat ihm in namentlicher Abstimmung im Deutschen Bundestag zugestimmt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, jetzt wollen Sie einen Vertrauensvorschuss. Wer garantiert uns nach dieser Lobesorgie zum geltenden Länderfinanzausgleich, dass nicht Ähnliches wieder passiert? Unsere Einschätzung ist angesichts des Verhaltens der CSU durchaus angebracht. Wer die CSU kennt, der weiß, dass wir

heute lobende Worte von Herrn Freller, vom Herrn Ministerpräsidenten, vom Herrn Finanzminister und der CSU-Fraktion hören werden. Wir garantieren Ihnen, dass Sie spätestens vor der nächsten bayerischen Landtagswahl beginnen werden, den heute von Ihnen begrüßten Kompromiss der 16 Bundesländer auf Bundesebene wieder in der gleichen Art und Weise zu kritisieren. Sie werden Ihr eigenes Ergebnis angreifen. Die CSU wird noch vor Inkrafttreten des Länderfinanzausgleichs gegen die Lösung, die Sie hier begrüßen, polemisieren. Das gebe ich zu Protokoll. Im Jahr 2018 können wir gerne nachschauen, wer recht hatte.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Deswegen sollten Sie verstehen – ich bitte um Verständnis –, dass wir dieses Spiel der CSU kein weiteres Mal mitmachen. Das haben wir einmal mitgemacht, aber das machen wir kein zweites Mal mit.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut!)

Inhaltlich sind die wesentlichen Punkte bekannt. Wir begrüßen auch, dass der Länderfinanzausgleich in ein einfaches System zum Ausgleich der Finanzkraft umgewandelt wird. Dies erfolgt über die Umsatzsteuer. Die bayerische Finanzkraft wird jedoch höher berechnet. Die Finanzkraft der bayerischen Kommunen wird nicht zu 64 %, sondern künftig zu 75 % eingerechnet. Das müssen wir uns noch einmal genau anschauen. Das Problem des derzeit gültigen Länderfinanzausgleichs besteht darin, dass die Schere der Finanzkraft auseinandergeht. Das müssen wir zumindest im Blick behalten.

Wir erkennen an, dass in einer komplizierten Gemengelage überhaupt ein gemeinsamer Vorschlag der Länder vorliegt. Wir erkennen außerdem an, dass die Staatsregierung lösungsorientiert mitgewirkt hat. Ich bin ebenfalls dankbar, dass die Situation der anderen Bundesländer einbezogen wurde und wir die Chance auf ein vernünftiges System haben.

Es gibt noch offene Fragen. Ich freue mich darüber, dass die Fortfinanzierung der Gemeindeverkehrsfinanzierung mit insgesamt immerhin 330 Millionen Euro geregelt ist. Allerdings – das muss an dieser Stelle ganz deutlich gemacht werden – haben die Staatsregierung und die CSU ihre Ziele bei dieser Lösung definitiv nicht erreicht. Das muss an dieser Stelle festgehalten werden. Was wollten Sie denn? – Finanzminister Söder hat von einer Halbierung des Länderfinanzausgleichs gesprochen. Das wären 2,7 Milliarden Euro. Jetzt sind wir bei 1,2 Milliarden Euro. Defacto wird der Beitrag noch nicht einmal reduziert, weil in Zukunft die Entflechtungsmittel wegfallen. Bay-

ern wird 250 Millionen Euro, analog zu den anderen Bundesländern, weniger erhalten. Deshalb liegt der finanzielle Effekt der Entlastung im Vergleich nicht bei 50 %, wie es martialisch versprochen wurde, nicht bei 30 %, sondern voraussichtlich bei 20 % im Jahr 2020.

Eine Entlastung vor dem Jahr 2020 wird es nicht geben. Das hatten Sie auch versprochen und mit der Klage in die Welt gebracht. Herr Freller, Sie haben jetzt gegen Berlin polemisiert, da verstehe ich Sie überhaupt nicht. Das ist Ihr gutes Recht. Das können Sie machen, wie Sie wollen. In diesem Papier stehen zwei Dinge drin. Nordrhein-Westfalen war bisher schon Geberland und wird auch in Zukunft Geberland bleiben. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt. Sie haben über Berlin geschimpft. Nur: Bei diesem Kompromiss, dem der Ministerpräsident zugestimmt hat, wird der Effekt so sein, dass Berlin bei der zukünftigen Lösung pro Kopf und Einwohner mehr entlastet wird als Bayern. Berlin wird mit 141 Euro pro Kopf entlastet,

(Zuruf von der CSU)

Bayern mit 105 Euro pro Kopf. Das ist doch die Wahrheit, die Sie hier hätten aussprechen müssen. Dass Sie das nicht tun, spricht Bände.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben keine Deckelung erreicht und werden bei der Finanzkraft noch Diskussionen erleben. Dass man in solchen Verhandlungen nicht alles erreichen kann, ist klar.

(Markus Rinderspacher (SPD): Obergrenze!)

Dass Forderungen der CSU und der Staatsregierung einerseits und das Ergebnis andererseits auf zwei völlig unterschiedlichen Planeten stattfinden, haben Sie zu verantworten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das passt überhaupt nicht zusammen. Ihre Polemik und die Lösung, über die wir jetzt reden, sind zwei verschiedene Dinge.

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): So ist es! Genau so ist es!)

Ich glaube, es ist wichtig, dass sich die 16 Bundesländer geeinigt haben. Man sollte mit Blick auf die Gesamtverantwortung aber auch sagen, dass es eine Einigung auf Kosten des Bundes ist. Ich denke, sie ist durchaus im Länderinteresse. Aber da gehört auch dazu, dass sich die CSU und die Staatsregierung bei ihrer Mitwirkung in Berlin keinen schlanken Fuß ma-

chen, wenn es um die Finanzierung dieser zusätzlichen Mittel auf Bundesebene geht. Da geht es um die Frage der Fortführung und der Abschmelzung des Solidaritätszuschlags. Da erwarten wir, dass Sie auf Bundesebene zu Ihrer Finanzierungsverantwortung für den Länderfinanzausgleich der Zukunft stehen; denn sich hier einen schlanken Fuß zu machen, wäre wirklich schlecht. Sie müssen sagen, wie das in Zukunft finanziert wird, weil zunehmende Herausforderungen auf Bundesebene auf uns zukommen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Ausgezeichnet! Sehr gute Rede!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. – Herr Halbleib, kommen Sie bitte zurück ans Rednerpult? Wir haben noch eine Zwischenbemerkung.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Halbleib, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe nur eine kurze Frage: Was haben Sie als Landtags-SPD oder SPD insgesamt dazu beigetragen, das Ungleichgewicht des Länderfinanzausgleichs zu korrigieren?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Unsere Anträge haben wir gestellt! Ungezählte Anträge haben wir gestellt!)

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Herr Kollege, es wäre vielleicht gut gewesen, wenn Sie sich bei den erfahrenen Kollegen erkundigt hätten. Die SPD-Landtagsfraktion war die erste, die im Bayerischen Landtag den gegenwärtigen Länderfinanzausgleich als korrekturbedürftig bezeichnet

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Die Klage habt ihr abgelehnt!)

und ganz klare Forderungen erhoben hat, das zu ändern. Da waren Sie bei der CSU noch auf Ablehnungskurs!

(Beifall bei der SPD)

Da haben Sie die Argumente noch vom Tisch gewischt. Erkundigen Sie sich mal, lesen Sie mal die Plenarprotokolle und unsere Anträge nach.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Viel Spaß bei der Lektüre! Dann würden Sie solche Fragen nicht stellen.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Schauen Sie sich mal Ihr Abstimmungsverhalten an! – Karl Freller (CSU): Zur Klage!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es an dieser Stelle für solche Aufregung ein bisschen zu früh. Das Paket ist noch gar nicht abschließend geschnürt, lieber Charly Freller. Wenn die Ächtung des bisherigen Finanzausgleichs in dieser Art notwendig wäre, dann hätte der Herr Ministerpräsident am Dienstag, als Sie die Altlasten Ihrer Vorgänger aufgezählt haben, den Länderfinanzausgleich nennen können oder müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf an die zuletzt formulierten Zielsetzungen gerade des Finanzministers erinnern: Halbierung der Lasten für Bayern. Jetzt haben wir mit 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2020 ein erstes Ergebnis nach der Länderrunde. Die Landesregierung wollte das Ergebnis eher. Sie wollte mehr. Wir sollen jetzt auf Antrag der CSU an dieser Stelle die vorliegenden Zahlen schon einmal feiern. Aber das ist uns zu früh.

Ich will anerkennen, dass die Gefechtslage bei diesen Verhandlungen ausgesprochen schwierig ist. Was der Finanzminister gestern weitestgehend zu Recht zur Finanzkraft und zur Leistungskraft des Freistaats Bayern gesagt hat, wird wohl auch in den anderen Ländern und in Berlin gehört. Dann stellt sich das Problem, die Belastungen wegzuverhandeln und zu reduzieren. Das ist gewiss schwierig. Ich finde es ein Stück weit ganz erstaunlich,

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das erzähle ich Ihnen gleich, wie das geht!)

dass hier überhaupt Bewegung erreicht wurde. Das wollen wir an dieser Stelle durchaus anerkennen. Aber eine abschließende Bewertung wäre angesichts der bisherigen Informationslage und der bisherigen Beteiligten sicherlich verfrüht und ist uns noch nicht möglich. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Wirkung erst ab 2020 eintritt, nicht, wie ursprünglich geplant, schon sehr viel früher. Es wurde mal gesagt, wir wollen auch mittels der Klage und mit unseren Verhandlungen eine frühere Entlastung erreichen. Das ist nun zunächst nicht der Fall. Außerdem fehlt abschließend noch die Bereitschaft des Bundes, den zusätzlichen Lastenbeitrag zu übernehmen. Zudem würden wir gerne wissen, was an sonstigen Absprachen und verhandlungsbegleitenden Themen geklärt oder nicht geklärt ist. Wir haben beim Thema des

Länderfinanzausgleichs das Erreichen von mehr Transparenz und vor allem Leistungsanreizen für diejenigen, die profitieren, immer für richtig gehalten. Ob und inwieweit das in diesem Zusammenhang der Fall ist, muss noch näher untersucht werden. Ich glaube, noch wichtiger als der Betrag im Detail ist vor allem eine deutliche Verstärkung der notwendigen Leistungsanreize in dem neuen System. Wir haben in den letzten Jahren immer beklagt, dass das deutlich zu wenig der Fall ist.

Dann gibt es aus kommunaler Sicht auch im Verhältnis zum Bund noch eine ganze Reihe anderer Erwartungen. Insbesondere unsere Kommunen haben immer gefordert, dass im Bereich der Eingliederungshilfe mehr Unterstützung seitens des Bundes notwendig ist, um finanzielle Gestaltungsfreiheiten zu erreichen. Ich nehme nicht an, dass das in diesem Paket ganz konkret mit verhandelt worden ist. Aber besteht denn die Gefahr, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass der Bund, um dieses Paket zum Abschluss zu bringen, angesichts der Zugeständnisse die Bereitschaft bezüglich erwarteter Leistungen in Richtung Bayern oder der Länder an anderer Stelle etwas zurückfahren wird?

Wir begrüßen es so kurz vor Weihnachten sehr, dass es überhaupt Bewegung gibt und eine Chance, eine neue Vereinbarung mit einer Entlastung Bayerns zu treffen, eröffnet worden ist. Das begrüßen wir. Aber eine Gesamtbewertung ist angesichts der vielen offenen Fragen und angesichts des Umstandes, dass sich der Bund noch nicht erklärt hat, einschließlich der Frage der Verstärkung der Leistungsanreize bei den Nehmerländern nicht möglich. Es gibt noch einiges zu tun. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei den noch notwendigen abschließenden Verhandlungen, werden das Ergebnis, sobald es unter Einigung aller Beteiligten vorliegt, bewerten und danach unser Votum abgeben. Bis dahin herzlichen Dank und viel Erfolg!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Frau Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich begrüßen wir es, dass sich alle 16 Ministerpräsidenten auf einen Kompromiss geeinigt haben. Das sage ich Ihnen gerne noch einmal, Kollege Freller. Es ist so, dass Bayern entlastet wird und trotzdem alle Länder bessergestellt werden. Das ist wegen der Schuldenbremse, die ab 2020 gelten soll, auch gar nicht anders machbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kompromiss basiert zurzeit auf der Hoffnung, dass der Bund mitspielt; denn er muss zahlen, er muss mehr drauflegen. Die Entlastung Bayerns um voraussichtlich rund eine Milliarde Euro ist wichtig. In diesem Landtag haben wir fraktionsübergreifend schon öfter betont und sind uns einig, dass Bayern entlastet werden muss. Wichtig ist, dass der Ausgleich jetzt nicht für eine neue Dynamik sorgt und die mögliche Entlastung wieder aufgesaugt wird; Kollege Halbleib hat das gut dargestellt und auch ein bisschen in die Vergangenheit geblickt.

Zur Erinnerung: Auch die Neuregelung vor 16 Jahren ist hier begrüßt, euphorisch gefeiert worden usw. Sie hat aber im Laufe der Jahre die steigenden Zahlungen Bayerns nicht aufhalten können. Eine Reform mit solchen Minimalwirkungen brauchen wir nicht noch einmal.

Ob es dazu kommt oder nicht, ist auch eine Frage im Detail des neuen Gesetzes. Dazu steht im Antrag der CSU leider nichts. Sehr aufklärend war der Antrag der CSU also nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Man kann von der CSU nichts Unmögliches verlangen!)

Das passt aber zu den früheren CSU-Anträgen zu diesem Thema, die konzeptionell nichts zu bieten hatten. Das neue Modell soll den Ländern jetzt mehr Anreize geben, die ihnen zustehende Steuer tatsächlich vollständig zu erheben. Damit ist zumindest für uns in der Opposition die wirklich große Hoffnung verbunden, dass die Steuerverwaltung in Bayern nicht weiterhin geschwächt, sondern endlich besser ausgestattet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kompromissvorschlag sieht einen reinen Umsatzsteuervorausgleich vor, und zwar, bevor das Geld im Länderhaushalt landet. Damit würden die Neiddebatten hoffentlich ein Ende haben, Kollege Freller, die nämlich immer zulasten anderer Bundesländer gehen.

Wir hatten vor fünf Jahren hier im Landtag mit einem Dringlichkeitsantrag einen Vorschlag für einen Grundpfeiler gemacht. Damals hieß der Finanzminister Fahrenschon. Er hat vor dem Modell gewarnt, den Umsatzsteuervorausgleich zu verändern. Er hat gesagt, die CSU solle bitte dagegen stimmen. – Jetzt stimmt die CSU genau so einem Modell zu, versucht, den Kompromiss als ihren Erfolg zu feiern, und sagt, sie wollte das eigentlich schon immer. – Ich finde das Ganze relativ schief, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich gab es überhaupt kein Konzept von der CSU, sondern lediglich das Formulieren von Zielen. Wir sollten fragen, ob von den formulierten Zielen – das ist in Ihrer Klage nachzulesen – etwas erreicht ist. In der Klageschrift für das Bundesverfassungsgericht heißt es: Die Bundeshauptstadt Berlin muss eine besondere Rolle bekommen – Ziel verfehlt; die Einwohnerwertung der Stadtstaaten muss weg – es ist nur eine minimale Absenkung erreicht; die Gemeindefinanzen sind mit 64 % zu hoch in den Ausgleich einbezogen – der Anteil steigt jetzt sogar noch, nämlich auf 75 %, also auch hier: Ziel verfehlt; mehr Steuerautonomie für die Länder – auch dieses Ziel ist nicht erreicht. Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hat sich damit als völlig irrelevant erwiesen. Sie hat erstens inhaltlich mit dem Kompromiss null zu tun, nichts, und zweitens haben die Verhandlungen vor dem Gericht noch nicht einmal begonnen. Die CSU ist also mit den Inhalten der Klage gescheitert, noch bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klage ist und war eine reine Verschwendung von Steuergeldern. Wenn das Ziel verfehlt ist, dann sollten Sie die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auch endlich zurückziehen. Es ist einfach im besten Interesse Bayerns, die Klage zurückzuziehen. Sie müssen sich nämlich schon entscheiden, ob Sie dem Kompromiss zustimmen oder die Klage weiterführen. Ziehen Sie die Klage nicht zurück, dann besteht die Gefahr, dass der gefundene Kompromiss gar nicht so umgesetzt werden kann. Und dann? Was geschieht, wenn das Bundesverfassungsgericht die Gemeindefinanzen noch stärker einbeziehen will? - Dann steht Bayern schlechter da; dann werden sämtliche Berechnungen in diesem Kompromiss obsolet, und es geht wieder von vorne los.

In der Begründung des Antrags heißt es: Schuldentilgung bis 2030. Immer wieder hieß es von Ihrer Seite, es gebe eine komplette Schuldentilgung bis 2030, und mit diesem Kompromiss sei das jetzt möglich. Aber auch dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Das war schon im Vorfeld klar; denn Finanzminister Söder hat seine finanziellen Ambitionen, seine Ziele, die er sich gesteckt hat, im Laufe der Jahre immer weiter nach unten geschraubt. Noch im Februar 2014 hieß es hier, und zwar wörtlich: Maximal eine Milliarde Euro in den Länderfinanzausgleich soll es geben. Dann wurde im gleichen Jahr die Forderung in "eine Milliarde Euro weniger in den Länderfinanzausgleich" geändert. Das ist ein ganz schöner Unterschied. Nur diese dramatisch abgemagerte Zahl ist möglicherweise erreicht worden. Zur Schuldentilgung reicht das allerdings ganz sicher nicht; denn wenn Bayern im aktuellen Tempo weiter tilgt, ist Bayern 2054 schuldenfrei.

Wenn nach den Vorstellungen der CSU tatsächlich die zusätzliche Milliarde aus dem Finanzausgleich ab 2020 in die Schuldentilgung gesteckt wird, dann dauert es immer noch ziemlich, bis zum Jahr 2038. Vor der letzten Landtagswahl klang das anders, Herr Ministerpräsident und liebe CSU-Fraktion. Da sagten Sie: Wir sind schuldenfrei bis 2030.

Dazu kommt, dass die CSU zur Erreichung dieses Ziels tatsächlich ihre Haushaltspolitik ändern müsste und nicht wie jetzt nach dem Motto "Mehreinnahmen ist gleich Mehrausgaben" handeln dürfte. Sonst gibt es weder beim Schuldenabbau noch bei der Pensionsvorsorge irgendeinen Fortschritt.

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Dann ist zu erwarten, dass das zusätzliche Geld in den Haushalt fließt und nicht in die Schuldentilgung. Jetzt davon zu sprechen, dass die CSU ihr Ziel erreicht habe, geht schlicht und ergreifend völlig an der Realität vorbei.

Das Fazit ist: Das Ergebnis des Kompromisses begrüßen wir, und es ist wohl auch realistisch. Aber gemessen an den Ankündigungen der CSU ist es absolut kein Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt ist die Staatsregierung aufgefordert, für die Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat zu sorgen. Das wäre im Interesse Bayerns. Einen Dringlichkeitsantrag braucht es dazu nicht, liebe CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächsten Redner bitte ich unseren Ministerpräsidenten, Herrn Seehofer, zum Rednerpult.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem Grundgesetz ist geregelt, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen auszugleichen ist. Dafür gibt es seit vielen Jahrzehnten den sogenannten Länderfinanzausgleich, der im Prinzip gerechtfertigt ist und von uns grundsätzlich auch immer unterstützt worden ist. Wir stehen in Bayern zu Solidarität. In dieser Debatte geht es nicht um die Frage, ob die Solidarität gegenüber anderen, strukturschwächeren Ländern geübt wird, sondern es geht allein um die Frage, ob der Länderfinanzausgleich gerecht gestaltet ist.

(Beifall bei der CSU)

Solidarität und Gerechtigkeit sind nicht nur im Länderfinanzausgleich, sondern in der ganzen Gesellschafts-

politik ein Geschwisterpaar; das eine kann es ohne das andere auf Dauer nicht geben. Deshalb sagen wir Ja zur Solidarität, aber Nein zu einem unfairen System des Länderfinanzausgleichs.

(Beifall bei der CSU)

Die derzeitigen Auswirkungen des Systems sind extrem ungerecht. Im Wesentlichen zahlen drei Länder für zwölf andere Länder – gelegentlich ist noch Hamburg mit dabei. Also finanzieren drei Länder das gesamte System von 16 Bundesländern.

Bayern zahlt mit aktuell circa 5 Milliarden Euro pro Jahr alleine weit mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs, und wir zahlen heute als Freistaat Bayern in einem Jahr mehr in den Länderfinanzausgleich, als wir in 40 Jahren bis zur Deutschen Einheit erhalten haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Der derzeitige Länderfinanzausgleich bestraft also Leistung: die Leistung unserer Mittelständler, unserer Handwerker, unserer Arbeitnehmer. Deshalb haben wir immer klar gesagt: Es muss gerecht zugehen. Der Solide, der Tüchtige darf am Ende nicht der Verlierer sein; was in Bayern erwirtschaftet wird, muss auch im Wesentlichen in Bayern bleiben. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, jetzt wird immer gesagt: Da gab's doch die Zustimmung im Jahre 2001. - Die gab's, und der Länderfinanzausgleich, wie er 2001 entwickelt und verabschiedet wurde,

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Stimmung war euphorisch!)

übrigens auch mit meiner Zustimmung, hat viele Jahre lang eine positive Wirkung entfaltet. Aber er hat nicht auf die Situation reagiert, dass sich die Realitäten zwischen strukturstarken Regionen – Bayern – und strukturschwächeren Regionen immer weiter auseinanderentwickelt haben. Im Freistaat Bayern und partiell auch in etlichen anderen Bundesländern sind große Anstrengungen unternommen worden, die Wirtschaftsstruktur, die Finanzkraft zu verbessern, mit großem Erfolg – wir sind wirtschaftlich heute die Nummer 1 in Deutschland; das war nicht immer so. Andere Länder haben ebenfalls Anstrengungen unternommen. Ursache der Probleme ist nicht der im Jahr 2001 verabschiedete Länderfinanzausgleich, sondern die Tatsache, dass Bayern eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben hat, während andere Länder das nicht gemacht haben, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Das wird übrigens von keinem der anderen Ministerpräsidenten bestritten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Auch von uns nicht!)

Ich wundere mich immer darüber, dass manche hier so tun, als wären sie mit in den Konferenzsälen gesessen, als hätten sie an den Kamingesprächen teilgenommen, als wüssten sie genau, wie andere reagiert und argumentiert haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hat keiner von uns gemacht! – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Liebe Frau Stamm, in Berlin geschieht viel. Ich habe das gerade wieder im Zusammenhang mit den Flüchtlingen erlebt. Wissen Sie: Wir schlagen die Transitzone vor; die SPD möchte besondere Aufnahmeeinrichtungen in Bamberg und in Manching, und die gleiche SPD, die dies in Berlin betrieben hat, teilt uns heute im Bayerischen Landtag mit, dass sie dem eigenen Vorschlag nicht zustimmen kann. – Meine Damen und Herren, das ist doch pervers!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unglaublich!)

So kann man nicht Politik machen. – Und jetzt, Frau Stamm, zur einfachen Realität! Sie können sich ja noch während der Sitzung erkundigen. Ich habe halt nun einmal den Vorteil, neben dem Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten auch eine Partei zu führen. Deshalb kann ich Ihnen sagen: Den Vorschlag, über den wir heute reden, haben wir einen Tag vor der Ministerpräsidentenkonferenz in der Landesvertretung von Sachsen - Sachsens Ministerpräsident amtiert momentan als Bundesratspräsident – ausgearbeitet. Das waren Stanislaw Tillich als amtierender Bundesratspräsident, Volker Bouffier aus Hessen und ich für die Union und Olaf Scholz als Erster Bürgermeister von Hamburg für die SPD. Dieser Vorschlag wurde am Mittwochabend in der Landesvertretung des Freistaats Sachsen in einer stundenlangen Debatte mit vielen Alternativen entwickelt. - So kommen solche Vereinbarungen zustande.

Vorweg darf ich aber noch erwähnen: Am nächsten Tag habe ich meinem Kollegen Kretschmann, der in der Ministerpräsidentenkonferenz nach dem Alphabet unmittelbar neben mir sitzt, gesagt: Winfried, ich hab auch für dich mitverhandelt! – Und er war mit dem Verhandlungsergebnis sehr zufrieden.

(Peter Winter (CSU): Da schau her! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Hört, hört!)

Er vertritt nämlich auch ein Zahlerland. - So läuft das in der Praxis.

(Beifall bei der CSU)

Und dann Ihre Pirouette: Wir sind zwar mit dem Ergebnis zufrieden – oder nein, es ist ein Erfolg, aber es ist kein Erfolg für euch! – Das ist schon ein bisschen eigenartig. Das ist eine große Pirouette.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die politische Realität im Unterschied zu den großen Tönen, die hier gespuckt werden!)

- Einige Realitäten, nur Realitäten: Wir haben für den Freistaat Bayern seit 2011 immer wieder versucht, eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Fast jedes der Kamingsgespräche, an denen nur die Ministerpräsidenten, aber nicht die Mitarbeiter teilnehmen, seit 2011 hat sich auch mit dem Länderfinanzausgleich beschäftigt – zwei Jahre lang. Und trotz aller Bemühungen hatten wir keinen Erfolg. Bayern hat gemeinsam mit Hessen im März 2013 Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht, weil wir die ungerechte Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs als Ultima Ratio gerichtlich überprüfen lassen wollten und wollen, solange keine Verhandlungslösung zustande kommt. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat in den letzten Monaten mehrfach erklärt: Wenn es keine Verhandlungslösung gibt, wird sich auch Baden-Württemberg beim Bundesverfassungsgericht um eine Klärung bemühen. Wieso man etwas als negativ einschätzt, wenn es der Freistaat Bayern tut, aber plötzlich als positiv, wenn es Baden-Württemberg ankündigt, ist eine weitere Eigenartigkeit in dieser Debatte.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind im Jahr 2013 für diese Klageerhebung heftig kritisiert und gescholten worden, auch hier, von der Opposition. Herr Rinderspacher, Sie werden sich erinnern; Sie sprachen vom Bumerang, vom Rohrkrepiere. Das war Ihre Analyse. Und jetzt erleben wir nicht einen Bumerang, nicht einen Rohrkrepiere, sondern unser Vorgehen erweist sich als Volltreffer. Da wurde ein großer Erfolg erreicht, und zwar durch den richtigen Druck und den Einsatz, den wir in den letzten vier Jahren in Verhandlungen und ab 2013 durch eine Klage gezeigt haben. Das ist ohne Zweifel von Erfolg gekrönt.

(Beifall bei der CSU)

Nun ist es gelungen, dass sich die Ministerpräsidentenkonferenz – nur die Ministerpräsidenten haben sich in den letzten Jahren mit diesem Thema beschäftigt, weil es für jedes Land besonders wichtig war – am 3. Dezember verständigt hat. Am 2. Dezember war diese Vorbereitung. Ich spreche nicht jeden Tag, aber in diesem Fall bewusst von einer historischen Lösung. Alle 16 Ministerpräsidenten haben zugestimmt. Wenn nur ein einziger Nein gesagt hätte, hätte es keine Vereinbarung gegeben; denn es gehört zum Kern einer Ministerpräsidentenkonferenz, dass sie nur einstimmig entscheiden kann.

Herr Halbleib, Sie haben von zwei Planeten gesprochen, auf denen wir angeblich leben. Dazu darf ich Ihnen nur sagen: Die SPD stellt neun von diesen 16 Ministerpräsidenten – zu meinem Bedauern, aber sie stellt neun. – Hier wird dann gelegentlich mit lauter so Zwischentönen – irgendwie muss ja am Lack gekratzt werden – das, was neun Ministerpräsidenten zusammen mit den anderen Ministerpräsidenten, auch mit mir, vereinbart haben, plötzlich mit einigen Fragezeichen versehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das eine ist Rhetorik, das andere ist das Ergebnis!)

Ich werde einige Ihrer Fragen beantworten. Wir stellen fünf Ministerpräsidenten, die GRÜNEN stellen einen; auch Herr Ramelow hat zugestimmt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Rhetorik und Ergebnis passen halt nicht zusammen!)

Ich darf Ihnen nur sagen: Solche einstimmigen Beschlüsse kommen nicht so zustande, wie es jetzt kurzatmig behauptet wird: Das ist ein Vertrag zulasten des Bundes; darauf kann man sich leicht verständigen. – Nein, es ist ein Ausgleich der Interessen aller 16 Bundesländer – ein, wie ich finde, sehr gelungener Interessenausgleich.

(Beifall bei der CSU)

Schauen Sie, ich habe von Anfang an großes Interesse daran gehabt, dass auch die neuen Bundesländer mit ihren Anliegen berücksichtigt werden – einfach deshalb, weil die neuen Bundesländer im Durchschnitt zurzeit etwa 50 % der Finanzkraft der westlichen Bundesländer haben. Es liegt auch im Interesse des Freistaats Bayern, dass sich die neuen Bundesländer strukturell verbessern; denn je mehr sie sich verbessern, desto weniger müssen wir zahlen. Deshalb muss man Bündnisse schließen; deshalb muss man miteinander reden: Welche Interessen habt ihr? Welche Interessen haben wir? Welche Interessen haben zum Beispiel das Saarland und Bremen? – Sie wurden von einer harten Strukturkrise bei Kohle, Stahl

und Werften heimgesucht und haben deshalb ein Einnahmeproblem. Welche Interessen haben wir Zahrländer? – Das persönliche Verhältnis zwischen den Ministerpräsidenten ist ein außerordentlich gutes. Deshalb muss man zunächst einmal die Interessen definieren und ausloten: Kann man sich aufeinander verlassen? Gibt es auch eine gegenseitige Unterstützung, dass nicht einer aufgeben muss, während der andere seine Wünsche erfüllt bekommt? - So sind wir zu diesem Ausgleich gekommen. Das gab es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie. Jetzt schauen wir mal in die Zeitungsarchive; denn das hätte bis vor Kurzem auch niemand für möglich gehalten. "SPIEGEL ONLINE" schreibt am 4. Dezember: "Bayern und der Osten gewinnen". Stimmt. Die "ZEIT" ergänzt in ihrer Online-Ausgabe: "Der Vorschlag der Länder zur Reform des Länderfinanzausgleichs würde ... vor allem Bayern, den fünf neuen Ländern und den Stadtstaaten zu Gute kommen." Nichts anderes habe ich gerade gesagt. Das ist der Interessenausgleich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb kriegt Berlin ja auch mehr!)

Die "ZEIT" ist nicht unbedingt ein Blatt, von dem ich erwarten kann, dass es jede Woche eine Hofberichterstattung über Bayern und den Bayerischen Ministerpräsidenten abgibt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dazu gibt es auch keinen Anlass!)

Die "ZEIT" schreibt: "Das ohnehin finanzstarke Bayern erhalte 103 Euro je Einwohner zusätzlich." Richtig. Ich beglückwünsche die "ZEIT" zu dieser Erkenntnis. Diese Aussage ist eine ganz andere als die, die wir in den letzten Tagen und Wochen von der Landtagsopposition gehört haben. Diese Länderverständigung ist ein ganz großer Schritt. Die nun gefundene Neuordnung ist der Interessenausgleich, der allen Beteiligten hilft. Nur wird künftig das Motto aus bayerischer Sicht lauten: Solidarisch und fair. Die bisherige Regelung war weder solidarisch noch fair. Deshalb ist das eine gute Entwicklung. Wir profitieren in besonderem Maße: gut 1,3 Milliarden Euro ab 2020. Als Bayerischer Ministerpräsident habe ich nie von etwas anderem als der versprochenen Bayern-Milliarde gesprochen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie nicht, aber andere schon!)

Diese Bayern-Milliarde haben wir erreicht. Versprochen - gehalten. Jetzt wird aber gesagt: Wir haben noch zwei Punkte. Ihr habt doch gesagt, das wird früher eintreten. - Lieber Herr Halbleib, der gleiche Ministerpräsident, der vor Ihnen steht, hat schon vor ei-

niger Zeit erreicht, dass der Bund ab dem Jahr 2018 zusätzlich fünf Milliarden Euro für die deutschen Kommunen bezahlt, um ihre Finanzkraft zu stärken.

(Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Das war nur mit der SPD möglich! Ohne die SPD hätten Sie das gegen die FDP nie erreicht!)

- Ich weiß, wer das vereinbart hat. Herr Halbleib, setzen Sie sich einmal der Kanzlerin gegenüber und handeln Sie so etwas aus. Da müssen Sie sich aber vorher noch stärken, das kann ich Ihnen sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Noch mehr? - Ich bemühe mich schon!)

Schon vor diesem Ergebnis hat Bayern erreicht, dass die soziale Grundsicherung, die Gerhard Schröder und die GRÜNEN zu einem erheblichen Teil den Kommunen aufoktroiert haben, nicht mehr von den Kommunen bezahlt werden muss, sondern wieder vom Bund. Auch das war ein Vorziehen der Reform des Länderfinanzausgleichs.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt, der angeführt wurde, war: Ja, die Entflechtungsmittel sind da doch jetzt drin. - Lieber Herr Halbleib, im Gesetz stehen zwei Punkte: Die Entflechtungsmittel sind Mittel für den Wohnungsbau, für die Hochschulen und zum Teil auch für die Verkehrsfinanzierung. Deshalb heißen sie auch Entflechtungsmittel. Dazu wurde einmal vereinbart, dass die Aufgabe auf die Länder übergeht und dass die Länder noch für eine Übergangszeit die sogenannten Entflechtungsmittel bekommen. Die Aufgaben werden also entflichtet, und die Aufgabe und die Finanzierung gehen auf die Länder über. Lieber Herr Halbleib, Sie wissen das, deshalb sollten Sie das nicht unterschlagen.

Im Gesetz steht, dass diese Entflechtungsmittel, wenn am 3. Dezember nichts geschehen wäre, im Jahr 2019 auslaufen würden. Das hätte für Bayern null bedeutet. Nachdem wir am 3. Dezember eine Einigung erzielt haben, wird das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, das für den Bau und die Finanzierung der Zweiten Stammstrecke existenziell ist, weiterlaufen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich erwähnt!)

So steht es im Gesetz. Meine Damen und Herren, die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Entflechtungsmittel ergeben zusammen einen Betrag von 440 Millionen Euro. Diesen Betrag

bekommen wir heute noch, aber ab dem Jahr 2020 nicht mehr. Das kann niemand ernsthaft bestreiten.

Im Zuge dieser Verhandlungen ist es uns gelungen, nicht nur den Länderfinanzausgleich zu reformieren, sondern auch die weitere Finanzierung der Entflechtungsmittel und des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes durch den Bund zu erreichen. Das ist ein Riesenerfolg, den wir auch brauchten, um der Öffentlichkeit sagen zu können: Wir bauen nicht nur die Zweite Stammstrecke im Großraum München, sondern wir können sie auch über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanzieren. Das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich hätten wir diese 440 Millionen Euro auch auslaufen lassen können. Dann hätten wir jedoch beim Länderfinanzausgleich 100 Millionen oder 200 Millionen Euro mehr herausverhandeln müssen. Wir können jetzt entscheiden, ob wir uns darüber noch zehn Jahre lang streiten wollen. Für mich ist wichtig, dass unter dem Strich für Bayern 1,3 Milliarden Euro herausgekommen sind. Das ist eine Riesensumme, brutto wie netto. Daran kann niemand herudeuteln.

Jetzt komme ich zu dem Argument: Es könnte ja wieder die gleiche Entwicklung wie nach dem Jahr 2001 geben. Am Anfang wird der Länderfinanzausgleich gefeiert, und im Laufe der Zeit wird sich Bayern noch besser und werden sich die anderen Länder noch schlechter entwickeln. Dann gibt es wieder eine Dynamik. – Wir haben aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus anstelle des heute noch gültigen linearprogressiven Tarifs im Länderfinanzausgleich einen linearen Tarif eingeführt, damit es nicht zu sprunghaften Bewegungen nach oben kommt. Dieser lineare Tarif wirkt wie eine Deckelung. Ich muss dem Parlament jetzt eine etwas komplizierte Erklärung zumuten; denn das ist ein bisschen schwierig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind gefasst!)

Der Länderfinanzausgleich wird künftig über die Umsatzsteuer erfolgen, die nach der Einwohnerzahl, also pro Kopf, verteilt wird. Für bestimmte Gesichtspunkte gibt es Zu- oder Abschläge. Zugrunde gelegt wird der Durchschnitt der Finanzkraft in den Ländern. Überdurchschnittliche Gesichtspunkte werden künftig nur bis zu einem Deckel von 63 % ausgeglichen. War das verständlich? – Wir müssen wegen des linearen Tarifs künftig, ausgehend von einem deutlich niedrigeren Niveau, nicht mehr einen solchen Sprung wie in der Vergangenheit befürchten.

Ich nehme daher für die 16 Ministerpräsidenten, darunter neun von der SPD, in Anspruch, dass sie sich nicht nur mit der Frage beschäftigt haben: Wie starten wir? – Das waren die bekannten Zahlen und die Entlastungen. Die Ministerpräsidenten haben sich auch mit der Frage beschäftigt: Wie geht die Entwicklung nach dem Start weiter? – Sie können über die Ministerpräsidenten sagen, was Sie wollen. Ich möchte aber die SPD-Ministerpräsidenten vor dem Urteil schützen, sie hätten sich bei ihrer Entscheidung gar nichts gedacht. Ich möchte sie einfach schützen.

(Beifall bei der CSU)

All diese Erfahrungswerte sind in die Debatte eingegangen. Sie ist kompliziert. Deshalb eignet sie sich nicht unbedingt für Überschriften. Das Ergebnis ist jedoch historisch, weil alle mitgemacht haben. Zum ersten Mal hat der Föderalismus einen Interessenausgleich über 16 Länder hinweg geschafft. Allen Beteiligten mit ihren Interessen wurde geholfen.

Die genannten 12 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 werden ein Bestandteil unserer Schuldentilgung. Wir haben von Anfang an immer gesagt: Wir werden im Jahr 2030 schuldenfrei sein. Wir haben von Anfang an auch gesagt, dafür brauchen wir am Ende dieses Jahrzehnts eine Entlastung beim Länderfinanzausgleich. Jetzt kann man aber nicht den einfachen Schluss ziehen, dass es nur bei den 12 Milliarden Euro bleibt. Ziehen wir doch einmal von den Gesamtschulden die 12 Milliarden Euro ab. Dann bleiben nämlich noch Schulden übrig, wenn auch nicht allzu viele. Daraus kann man aber nicht den Schluss ziehen, wir würden unser Ziel nicht erreichen. Die einfache Rechnung, dass es dann bis zum Jahr 2040 dauert oder gar bis 2050, ist falsch. Es bleibt nämlich dabei: Der Freistaat Bayern wird jenseits dieser 12 Milliarden Euro schuldenfrei. Bayern wird bis zum Jahr 2030 aus den Haushalten der kommenden Jahre Geld zur Schuldentilgung heraussparen. Das tun wir auch schon bei dem jetzt verabschiedeten Doppelhaushalt 2015/2016. Man muss deshalb beide Zahlen zusammenrechnen. Im Übrigen gehört zum ganzen Finanztableau auch die glänzende Lösung unseres Finanzministers bei der Landesbank, die nämlich zurückzahlt. Wenn Sie also beides addieren – das, was wir laufend aus den Haushalten an Schulden bezahlen, und die Entlastung des Länderfinanzausgleichs –, dann ist der Freistaat schuldenfrei. Ich bekräftige heute mein Versprechen und mein Ziel, dass Bayern bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Ein Wort zur Klage: Die Klage bleibt so lange aufrechterhalten, bis die Vereinbarungen im Gesetzblatt stehen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das im Gesetzblatt steht, wird die Klage zurückgezogen. Das ist der normale Ablauf. Das ist doch ganz logisch.

(Beifall bei der CSU)

Ein Wort zum Bund; das müssten Sie von der SPD doch wissen: Wir haben mit Gabriel, mit Schäuble und mit der Kanzlerin vereinbart, dass sich der Bund an der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen finanziell beteiligt. Das hat der Bund akzeptiert. Das ist schließlich auch eine primäre Aufgabe des Bundes. So wie wir in Bayern das Ziel haben, in allen Regierungsbezirken gleichwertige Lebenschancen zu schaffen, so besteht ein solches Ziel auch für Deutschland. Es kann nicht der Auftrag nur des Freistaates Bayern sein, über den Länderfinanzausgleich die Strukturverbesserung in den neuen Ländern zu erreichen. Übrigens gehörte auch die Hälfte von Berlin ursprünglich zu den neuen Ländern. Der Bund hat deshalb gesagt: Jawohl, wir beteiligen uns.

Das ist auch notwendig; denn sonst wäre es eine unehrliche Vereinbarung. Die Zahlerländer sind im Wesentlichen Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Sie werden weniger bezahlen. Die neuen Länder haben objektiv Strukturprobleme, die nicht bis Ende des Jahrzehnts gelöst sein können. Deshalb muss der Bund helfen. Die neuen Länder haben viele Fortschritte gemacht, bei der Finanzkraft haben sie im Verhältnis zu uns aber gerade erst einmal die Hälfte erreicht. Folglich kann nicht ab dem Jahr 2020, auch nicht von Bayern, eine Politik vertreten werden, die dazu führt, dass diese Länder auf null fallen. Also muss jemand die Lücke füllen, die dadurch entsteht, dass die Zahlerländer weniger bezahlen. Diese Lücke füllt der Bund. Wir haben dafür 8,5 Milliarden Euro vereinbart.

Dazu möchte ich noch etwas sagen. Wir haben in unserem Ländervorschlag 9,6 Milliarden Euro stehen. Die 8,5 Milliarden Euro beziehen sich auf die Preise des Jahres 2014. Die von uns vereinbarten 9,6 Milliarden Euro beziehen sich hingegen auf die Preise des Jahres 2019. Hätten wir für 2019 die 8,5 Milliarden Euro von jetzt akzeptiert, dann hätte das dazu geführt, dass das Ganze eingefroren worden wäre. Das ist aber nicht unsere Vorstellung. Das ist auch nicht meine Vorstellung.

Ich kann Ihnen deshalb mitteilen, dass mir die Bundeskanzlerin am Wochenende gesagt hat, der Bund, beziehungsweise die Bundesregierung, ist bereit,

über das Paket der Länder zu verhandeln. Eine kleine Gruppe von Ministerpräsidenten – das sind die schon genannten – wird jetzt Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister führen. Wenn diese Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister in dieser kleinen Gruppe geführt wurden, dann werden wir mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Koalition über das Ergebnis reden. Jenseits aller Schmalmeienklänge, die man von diesem oder jenem hört, besteht folgende Vereinbarung, die ich hier öffentlich mitteilen möchte: Die Bundesregierung ist bereit, in Gespräche darüber einzutreten, was die Länder vereinbart haben. Auch das ist ein großer Erfolg, meine Damen und Herren. Wenn man in Verhandlungen eintritt, dann ist es in dieser Koalition üblich, dass man sie mit Erfolg abschließt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte also sagen: Wir haben es geschafft. Wir haben ein einfacheres und deutlich transparenteres und gerechteres System geschaffen. Alle Länder finden darin ihre Interessen berücksichtigt. Der deutsche Föderalismus funktioniert, er ist ein Segen für das Land. Gerade der Bayerische Landtag sollte Wert darauf legen, dass der Föderalismus funktioniert. Er sollte darauf achten, dass die ständigen Bestrebungen zu mehr Zentralismus zugunsten von Berlin oder Brüssel nicht fortgesetzt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das ist eine gute Sache. Wir haben jetzt eine gemeinsame Einigung unserer Finanzordnung im Geiste von Solidarität und Gerechtigkeit. Ich habe immer gesagt: Dieses Thema ist keine Frage der Parteipolitik. Es ist vielmehr eine Frage des bayerischen Interesses. Hier geht das Land vor Partei. Wenn die Einigung mit dem Bund stattgefunden hat, dann sind zur Verwirklichung dieses Finanzausgleichs Gesetze notwendig, partiell sogar Grundgesetzänderungen. Ich werde dann sehr genau darauf achten, wie die bayerischen Bundestagsabgeordneten im Deutschen Bundestag abstimmen werden. Ich werde darauf achten, wie sie abstimmen, wenn es darum geht, dass der Freistaat Bayern um 1,3 Milliarden Euro entlastet wird. Das wird eine sehr interessante Sache werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Bei meiner Fraktion bin ich mir da ziemlich sicher, aber ich bitte auch die Opposition darum - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber nur ziemlich! – Peter Winter (CSU): Ganz sicher! – Volkmar Halbleib (SPD): Mit dieser Fraktion kann man nie wirklich sicher sein, Herr Ministerpräsident!)

- Ich bin mir da ganz sicher. Ich danke dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses für seinen Zuruf. Ich bin mir da ganz sicher. Ich wäre froh, wenn ihr mich so fordern würdet wie meine eigene Fraktion.

(Allgemeine Heiterkeit – Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich bitte aber alle Fraktionen des Bayerischen Landtags, auf Bundesebene dazu beizutragen, dass das, was für uns gut wäre, Realität wird. Sie alle haben Ihre Möglichkeiten, da einzuwirken. Ich glaube, die bayerische Bevölkerung wird sehr genau darauf achten, wie sich die politischen Parteien in Berlin bei diesem Thema verhalten. Ich danke heute schon für die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung, wenn es um die Umsetzung geht.

Wir werden uns heute bei den Schlussworten noch einmal hören. Ich danke Ihnen jetzt für die Aufmerksamkeit bei diesem schwierigen Thema, das weit wichtiger ist als so manches, was wir hier behandeln. Dieses Thema ist sehr wichtig für unseren Freistaat Bayern; denn es geht um seine Finanzen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Ministerpräsident, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Ministerpräsident, drei Bemerkungen seien mir zu Ihrer Rede gestattet, die für uns nicht viel Neues gebracht hat.

(Zurufe von der CSU – Peter Winter (CSU): Habt ihr schon wieder nicht zugehört?)

- Der Erregungszustand Ihrer Fraktion ist anscheinend permanent hoch. Das nehme ich jetzt einmal zur Kenntnis.

Eine Bemerkung sei mir schon gestattet, nämlich zu der von Ihnen angesprochenen Entlastung für die Kommunen in den zwei großen Blöcken, die Sie zu Recht angesprochen haben: Ich würde mich schon über eine Bemerkung von Ihnen freuen, dass diese Entlastung nur mit und auch auf Druck der sozialdemokratischen Seite erreicht worden ist.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist doch unglaublich, was der erzählt!)

Herr Ministerpräsident, vielleicht können wir gemeinsam feststellen, dass der CSU-Fraktion schon Selbstverständlichkeiten komisch vorkommen. Es ist mir

aber ein Bedürfnis, das noch einmal zum Ausdruck zu bringen.

(Markus Blume (CSU): Märchenstunde!)

Sie haben von Behauptungen berichtet, die in der Debatte keiner erwähnt hat. Sie haben die Komplexität erwähnt. Ich habe auch in meiner Rede zu Recht darauf hingewiesen, dass die Situation schwierig und komplex ist. Ich darf schon einmal daran erinnern, dass von dieser Seite wie eben zuvor nur Gelächter und komische Zwischenrufe kamen, wenn wir auf diese komplexe Situation hingewiesen haben. Das darf ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es darf schon erlaubt sein, dass wir zwischen den Forderungen, die Sie hier im Hohen Haus – nicht nur Sie, sondern auch viele andere – in dieser Tonlage erhoben haben, und dem Ergebnis, das Sie jetzt erzielt haben, Vergleiche anstellen. Das sind nach wie vor zwei verschiedene Planeten in der politischen Landschaft. Diese Bemerkung ist zutreffend, und die konnten Sie auch nicht entkräften.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Nichts verstanden, gar nichts!)

Eine abschließende Bemerkung: Ich möchte von Ihnen schon eine Erklärung dazu haben, dass die bayerische Seite - -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssten Sie einmal auf die Kollegen hier achten.

(Lachen bei der CSU)

Ich möchte von Ihnen schon eine Erklärung dazu haben, dass die bayerische Seite mit 105 Euro pro Kopf der Bevölkerung profitiert.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Dagegen profitiert aber Berlin mit 141 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Das ist eine Feststellung, zu der Sie einmal Stellung nehmen sollten.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Weil die SPD Berlin an die Wand gefahren hat!)

Ministerpräsident Horst Seehofer: War's das?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das war's. Sie sind dran.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Auch drei Bemerkungen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zwei Minuten. Sie dürfen auch überziehen.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Die brauche ich gar nicht. – Zu Berlin: Ich habe vorsichtshalber schon während meiner Rede gesagt, dass Berlin zur Hälfte etwa so wie die neuen Bundesländer zu behandeln ist.

(Peter Winter (CSU): Doch nicht zugehört!)

Wenn Sie für die neuen Länder Entscheidungen treffen, ist in der Folge zwangsläufig Berlin davon betroffen. Es ist so. Ich kann auch sagen, dass ich das nicht will. Dann gibt es aber keine Entlastung für uns. Politik ist das nicht. Das ist Rechthaberei auf Druck der SPD. Liebe Leute, auch Sie bitte ich, mit Ihrem Verhandlungsführer, dem Ersten Bürgermeister Scholz, zu sprechen. Er hat mich angerufen, und ich habe ihm am 2. Dezember schlicht und einfach meine Positionen genannt, die für uns unverrückbar sind. Ich habe sie an diesem Abend wiederholt, und ich habe gesagt: Wir machen es jetzt so, oder es gibt keine Vereinbarung. Und es kam so. Jetzt frage ich Sie: Wer hat da Druck ausgeübt?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe zur kommunalen Entlastung gesprochen! Sie haben mir nicht zugehört!)

Ich habe schlicht und einfach gesagt: Bayern will nicht weiter gehen; denn sonst lassen wir es durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts klären. So war die Lage.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe nach der kommunalen Entlastung gefragt!)

Sie haben vom Druck der Ministerpräsidenten der SPD gesprochen. Ich habe jedenfalls an den zwei Tagen keinen Druck erlebt. Wir haben das vereinbart. Ich habe dem Herrn Scholz gesagt, da ist meine Grenze, die werde ich nicht überschreiten. Die B-Ministerpräsidenten waren sich innerhalb einer halben Stunde einig. B-Ministerpräsidenten sind die Ministerpräsidenten der von der Union geführten Länder. Zu fünft haben wir dann auf die Ministerpräsidenten der SPD und der GRÜNEN gewartet. Es hat dreieinhalb Stunden gedauert, bis sie sich einig waren. Nur so viel zu der Frage, wer auf wen Druck ausgeübt hat. Ich habe überhaupt nichts vom Druck gemerkt. Ich

habe nur laute Stimmen in dem Konferenzraum gehört.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben mich bewusst nicht verstanden!)

Sie wissen, dass Frau Kraft die Hauptgegnerin dieses Kompromisses war, weil sie der Meinung war, Bayern würde zu gut behandelt. Das war der Druck, der entstanden ist. Der Druck kam nicht von uns, sondern ihr hattet große Schwierigkeiten untereinander.

Jetzt sage ich Ihnen ein für allemal, und das kann ich Ihnen nach acht Jahren Erfahrung mit meiner Fraktion sagen: Das, was Sie an Erregung beschreiben, ist nach meiner täglichen Erfahrung in meiner Fraktion Dynamik und Frische.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist die Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auf Ihre fraktionsinternen Geschichten will ich jetzt nicht weiter eingehen. - Ich wollte aber noch einmal mit einem großen Seufzer sagen: Ach, niemand hat hier bestritten, dass der Kompromiss ein guter Vorschlag ist. Sie hätten es aber schon einfacher haben können. Wir haben vor fünf Jahren zu diesem Punkt einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Danach war es auch noch oft in der Presse zu lesen. Von Frau Professor Behnke wurde ein Konzept mit drei Punkten vorgeschlagen. Der zweite Punkt war eine komplett neue Regelung der Umsatzsteuerverteilung durch den Bund. Das war das Konzept, das wir GRÜNE vorgelegt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

- 2010 war das, lieber Kollege. Doch! Ich streite mich jetzt nicht weiter mit Ihnen deswegen herum. Ich habe es im Protokoll nachgelesen.

Sie haben gerade die Klage als Ultima Ratio bezeichnet. Das war sie eben nicht, Herr Ministerpräsident. Sie haben eine Klage eingereicht, ohne vorher verhandelt zu haben. Sie haben kein Konzept gehabt, über das verhandelt werden sollte. Sie sind nach Karlsruhe gegangen und haben mit dem Säbel geraselt. Das ist der Punkt.

(Widerspruch bei der CSU)

Noch einmal ganz kurz zu Ihren Punkten in der Klage. Ich habe sie vorhin schon genannt, aber offenbar muss man sie noch einmal nennen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist doch falsch!)

Es heißt, dass Berlin aus dem Länderfinanzausgleich herausgenommen werden soll. Dieses Ziel ist verfehlt. Sie wollten, dass die Einwohnerwertung der Stadtstaaten herausgenommen wird, weil die Gemeindefinanzen in den Ausgleich zu hoch einbezogen würden. Es ist sogar noch höher geworden. Es gab mehr Steuerautonomie. Das Ziel ist nicht erreicht.

(Peter Winter (CSU): Durch ständiges Wiederholen wird es auch nicht besser!)

Nichts von den Klagepunkten ist erreicht. Dieser Kompromiss hat nichts mit Ihrer Klage zu tun. Das musste noch einmal ganz kurz klargestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben den Föderalismus und die Stärkung der Parlamente angesprochen. Ich glaube jedenfalls, das meinten Sie damit. Auch da gibt es feine Unterschiede. Während Ihre Kollegin in Nordrhein-Westfalen - egal, wie sie zu dem Kompromiss steht – am nächsten Tag den Landtag ausführlich unterrichtet und dort ausführlich darüber debattiert, unterrichten Sie die Presse. Am Schluss des Ganzen gibt es dann einen nichtssagenden Dringlichkeitsantrag der CSU, dem man, weil er so nichtssagend ist, nicht zustimmen kann.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, wir wollen es gerne glauben, dass Sie alles getan haben, um im Sinne Bayerns zu verhandeln. Es beruhigt mich aber nicht, wenn Sie in Berlin eine Einigung mit neun roten Ministerpräsidenten erzielen. Das dient vielleicht dazu, den Angriff der SPD auf Sie etwas abzumildern. Ich bin mir aber nicht so sicher, ob der bayerische Steuerzahler gut schlafen kann, wenn Sie sagen, Sie seien sich mit den SPD-Ministerpräsidenten einig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vorsicht, Hubert!)

Ein ganz großes Problem bleibt weiterhin bestehen. Es wird in Wirtschaftskreisen auch kritisiert. Auch im neuen System wird es für die schwachen Länder kaum Leistungsanreize geben, damit sie wirklich aus ihrer Talsohle herauskommen. Wenn ein Land wie Brandenburg von einem eingenommenen Steuer-Euro heute 7,7 Cent, im neuen System aber auch nur 9,1 Cent behalten darf, wird es sich weiterhin nicht auf die Hinterbeine stellen, um die Steuereinnahmen wirk-

lich zu erhöhen. Länder wie Brandenburg werden sich weiterhin – systembedingt – zurückhalten.

Gleiches gilt für die leistungsstarken Länder: Wenn ein Land wie Baden-Württemberg anstatt 25,5 Cent künftig 28 Cent jedes zusätzlich eingenommenen Euros behalten darf, dann wird dies nicht dazu führen, dass die Geberländer massiver – –

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Dafür gibt es die Schuldenbremse auf der Ausgabenseite!)

– Die mögen Sie haben. Aber in meinen Augen ist an der sehr wichtigen Stellschraube der Leistungsanreize überhaupt nicht gedreht worden. Wie bei einem Wackelpudding werden nur die Defizite hin- und hergeschoben: Die Geberländer zahlen ein bisschen weniger; dafür muss der Bund mehr zahlen. Wir Bayern werden uns weiterhin überdurchschnittlich daran beteiligen müssen, den Bund über Wasser zu halten.

Um aus der Defizitspirale herauszukommen, muss die Eigeninitiative angekurbelt werden. Den schwachen Ländern ist zu sagen: Für euch rentiert es sich tatsächlich, die Wirtschaft in euren Ländern nach vorn zu bringen. – Dieser Ansatz fehlt leider weiterhin völlig.

Herr Ministerpräsident, Sie verweisen darauf, dass Bayern ab 2020 eine Milliarde Euro weniger zahlen müsse. Diese Milliarde tut uns wohl gut, aber ich glaube nicht, dass sie Bayern rettet. Wenn Sie auf dieser Grundlage die Voraussage wagen, Bayern werde ab 2030 schuldenfreie Haushalte aufstellen können, dann haben Sie schon viel Gottvertrauen. Das lobe ich mir. Auch ich wünsche mir, dass wir irgendwann dieses Ziel erreichen. Ihre Aussage aber, wir müssten nur noch fünf Jahre durchhalten, und danach werde für Bayern alles besser, bleibt leider deutlich hinter dem zurück, was wir in den vergangenen Jahren von Ihnen gehört haben und was wir als Ergebnis der Verhandlungen erwarten konnten.

Ich glaube auch nicht an Ihre Aussage, ab 2030 werde es für Bayern noch viel besser. Das ist Illusionsmarketing.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie es noch nicht gehört haben, dann sage ich Ihnen noch einmal, was ich eigentlich will: Ich will mehr Leistungsanreize für alle Länder, damit sie von zusätzlichen Steuereinnahmen mehr behalten dürfen. Es reicht nicht aus, Defizite hin- und herzuschieben, sondern es muss darum gehen, die Wirtschaftskraft zu stärken. Auch durch das neue System wird die Wirtschaftskraft leider nicht gestärkt. Deshalb sage ich: Der ganz große Wurf ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, würden Sie bitte noch einmal an das Rednerpult zurückkommen? – Für eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Kirchner, bitte.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Aiwanger, Sie haben zu Recht festgestellt, dass keine Ministerpräsidenten der FREIEN WÄHLER an der Runde beteiligt waren. Sie sind auch Bundesvorsitzender der FREIEN WÄHLER. Wie waren Ihre Lösungsansätze? Wie war Ihr Beitrag dazu?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegt keine – –

(Anhaltende Heiterkeit bei der CSU)

– Darf ich fortfahren? Danke.

Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/9373 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD, der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Dringlichkeitsantrag angenommen. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern! (Drs. 17/9374)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)
Bayern-Ei: Bericht des Sonderermittlers (Drs. 17/9395)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern-Ei - lückenlose Aufklärung (Drs. 17/9396)

Ich eröffne die Aussprache. – Der erste Redner hat sich schon am Rednerpult eingefunden. Bitte schön, Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben heute davon gesprochen, dass Sie einen "Volltreffer" gelandet hätten. In der Angelegenheit, über die wir jetzt reden, sind bisher alle Schüsse der Staatsregierung nach hinten losgegangen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist zu überprüfen, ob, und wenn ja, wie bayerische Behörden ihren Aufsichts- und Kontrollpflichten umfassend nachgekommen sind. Es ist zu untersuchen, ob, und wenn ja, aus welchen Gründen Kontrollen nicht durchgeführt oder vorher angemeldet wurden. Aufgeklärt werden muss die Frage, ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen die Öffentlichkeit vom zuständigen Staatsministerium nicht unverzüglich informiert wurde und ob auf diese Weise die Gefährdung von Menschen in Kauf genommen wurde.

Das ist kein Fragenkatalog für einen neuen Untersuchungsausschuss; das stammt aus dem Auftrag des Untersuchungsausschusses zu Berger-Wild und Gammelfleisch aus dem Jahr 2006. Herr Kreuzer – er ist nicht mehr da – müsste das kennen; denn er war Vorsitzender des Untersuchungsausschusses. Das war vor fast zehn Jahren. Wenn wir heute, nach dem europaweiten Salmonellenskandal, Bilanz ziehen, dann können wir keinen großen Unterschied zu 2006 feststellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen folgern: Die Verbraucherschutzpolitik der Staatsregierung besteht aus leeren Versprechungen und ungedeckten Schecks.

Was die schon damals angesprochene Information der Öffentlichkeit angeht: Die Öffentlichkeit wurde von Ihnen nie aus eigenem Antrieb informiert. Es wurde auch nicht gewarnt. Wenn nicht der Bayerische Rundfunk und die "Süddeutsche Zeitung" diesen Skandal öffentlich gemacht hätten, dann hätten Sie alles unter den Teppich gekehrt.

Der damals verantwortliche Verbraucherschutzminister Marcel Huber – er war bis zum 15. September

2014 im Amt; Mitte Juli war die ganze Geschichte an das Tageslicht gekommen – wurde persönlich am 14. August 2014 über diese Sache informiert. Herr Huber, wir erwarten auch von Ihnen, dass Sie dem Bayerischen Landtag Ihr Verhalten in dieser Angelegenheit erklären.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren nicht nur der verantwortliche Minister; als ehemaliger Tierarzt beim Tiergesundheitsdienst Bayern sind Sie mit der Materie vertraut. Ich nehme an, dass Sie wussten, was los war und welche Maßnahmen von der Staatsregierung getroffen wurden und welche nicht.

Eine wichtige Frage für uns: Können wir davon ausgehen, dass Sie an der Entscheidung vom 2. August 2014 beteiligt waren, die Öffentlichkeit nicht zu informieren und auch keine Lebensmittelwarnung herauszugeben? Das hätten wir gern geklärt.

Seit die Causa Bayern-Ei im Mai 2015 aufgedeckt wurde, hat die Staatsregierung keinen besonderen Eifer an den Tag gelegt, aufzuklären und die Fehler in der Öffentlichkeit klar zu benennen. Das Gegenteil von dem, was der Herr Ministerpräsident am 10. Juni öffentlich erklärte, ist geschehen. Er sagte damals:

Ich möchte, dass die ganze Sache völlig vorurteilsfrei und im Sinne des Verbraucherschutzes angegangen wird.

Ein frommer Wunsch! Die Umsetzung hat zu wünschen übrig gelassen.

Bei der Erfüllung dieses Auftrags, Frau Staatsministerin Scharf, haben Sie nicht nur viel Zeit verloren, sondern noch mehr Porzellan zerschlagen. Das war nicht nur eine Serie von "Pleiten, Pech und Pannen"; nein, Sie konnten durch Ihr Tun das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern bis heute nicht zurückgewinnen,

(Beifall bei der SPD)

auch wenn Sie und Herr Dr. Zapf vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit versucht haben, der Öffentlichkeit eine heile Welt des Verbraucherschutzes in Bayern vorzugaukeln. So sagte Herr Dr. Zapf im Mai 2015 im Bayerischen Rundfunk:

Ich bin der Auffassung, dass damals sachgerecht und korrekt vorgegangen wurde.

Frau Ministerin Scharf, Sie selbst haben am 11. Juni bei Ihrem Bericht im Umweltausschuss gesagt, sie –

die Behörden – machten ihren Job, und sie machten ihn gut.

Am 24. Juni nahmen Sie wie folgt Stellung:

Die Behörden haben beim Salmonellenausbruch im Sommer 2014 für die Sicherheit der Verbraucher nach Recht und Gesetz gehandelt.

Im Sommer-Interview des Bayerischen Rundfunks haben Sie erst am 6. September gesagt:

Ich glaube, dass wir 2014 richtig gehandelt haben.

Frau Scharf, ich frage Sie jetzt: Haben Sie das eigentlich selbst geglaubt, was Sie da in der Öffentlichkeit gesagt haben?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Tatsache ist doch, dass es einmal mehr die Opposition, die SPD, die GRÜNEN waren, die sich seit vielen Monaten um Aufklärung bemühen, die Ihre Fehler aufdecken und die Sie zum Handeln zwingen. Zurzeit vergeht fast kein Tag ohne neue Hiobsbotschaften: Die Verhaftung eines Amtsveterinärs aus dem Landratsamt Straubing-Bogen, die Suspendierung eines Mitarbeiters der Regierung von Niederbayern.

Sie sprechen jetzt von individuellem Fehlverhalten. Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, dass wir davon überzeugt sind, dass die übergroße Mehrheit der Lebensmittelkontrolleure und Amtsveterinäre ihre Arbeit gut und gewissenhaft macht.

(Beifall bei der SPD)

Diese schützen die Verbraucher. Das tun Sie nicht. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle bei den Kontrolleuren bedanken, die oft unter widrigen Umständen kontrollieren, manchmal unter Personalknappheit leiden und manchmal auch einem mehr oder weniger starken Druck ausgesetzt sind, bei bestimmten Interessenlagen Problembereiche nicht so hart anzufassen.

Sicherlich nicht werden wir zulassen, dass Sie diesen Skandal auf individuelles Fehlverhalten reduzieren und sich durch solche Tricks selbst entlasten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen!)

In diesem Zusammenhang gibt es viele offene Fragen, zum Beispiel die Frage nach der Dienstaufsicht mit Blick auf das Landratsamt Straubing-Bogen und die Regierung von Niederbayern. Es gibt klare Fehler und ein Versagen der Staatsregierung. Das von uns in

Auftrag gegebene Rechtsgutachten von Professor Holle hat das deutlich gemacht.

Erstens. Sie hätten im August 2014 öffentlich warnen müssen, nachdem die Firma Bayern-Ei das selbst nicht getan hat.

Zweitens. Sie hätten nicht nur am Standort Ettling, sondern auch am Standort Niederharthausen im August 2014 weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ergreifen müssen – Stichwort: Beprobungspflicht auf Salmonellen und Auslieferung von Eiern nur noch für die industrielle Verarbeitung, also von B-Eiern.

Drittens. Der Gutachter attestiert Ihnen, dass die überlange Zeitdauer für die Probeauswertung gegen europäisches Recht, konkret gegen das Gebot einer effektiven und wirksamen Kontrolle verstößt.

In diesem Zusammenhang, Frau Scharf, wollen wir von Ihnen jetzt endlich wissen, was Sie tun werden, damit europäisches Verbraucherschutzrecht endlich auch in Bayern eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie müssen dem Hohen Haus zeitnah erläutern, was Sie tun wollen, damit die Lebensmittelkontrolleure und die Amtsveterinäre in ihrer Unabhängigkeit und damit in ihrer Möglichkeit gestärkt werden, effizient zu kontrollieren.

Leider hat die CSU gestern in der Haushaltsdebatte ein vollmundiges Versprechen wieder nicht eingelöst. Von den von Ihnen versprochen 40 neuen Stellen für die Spezialeinheit des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sind nur noch 20 übrig geblieben und aus unserer Sicht auch höchst wackelig gegenfinanziert.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie das Landesamt weiter personell stärken. Sie müssen auch der regionalen Konzentration der Massentierhaltung endlich Rechnung tragen und die Kontrollen dort gezielt stärken, wo die Großställe stehen. Das System der Selbstkontrollen gehört auf den Prüfstand, genauso – ganz ernst gemeint – wie die Ansiedelung von Kontrolleuren bei den Landratsämtern.

Sie müssen die unabhängigen Kontrollen vor Ort stärken. Die Einführung einer Rotation von Kontrollpersonen, das Vier-Augen-Prinzip in der Kontrolle – das sind für uns sinnvolle Vorschläge. Auch – das gestehen wir gerne zu – die Kontrolle der Kontrolleure durch die Spezialeinheit findet unsere Unterstützung.

Ich möchte Sie aber an dieser Stelle auffordern: Erarbeiten Sie die notwendigen Verbesserungen zusammen mit den erfahrenen Leuten, die Sie in der Kontrolle sitzen haben, die in der Praxis stehen, und auch mit den Personalräten Ihrer Behörden. Das wird nicht nur die Qualität, sondern sicher auch die Akzeptanz dieser Maßnahmen befördern.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen. Wir werden auch dem Berichtsantrag der CSU-Fraktion zustimmen. Wir geben aber ausdrücklich zu Protokoll: Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist sicherlich eine hoch anerkannte, unabhängige Instanz. Damit Sie uns aber wirklich überzeugen, möchten wir schon wissen: Welche Möglichkeiten wird er haben, Fachkompetenz hinzuzuziehen? Welches Budget wird er haben, um Gutachten und Ähnliches erstellen zu können? – All das sind Fragen, die wir beantwortet haben wollen. Wir wollen von Ihnen, Frau Scharf, bis spätestens Ende Januar einen substantziellen Bericht vorgelegt bekommen. Wir wollen einen konkreten Maßnahmenkatalog mit einem verbindlichen Zeitplan, wie Sie die von mir genannten Probleme angehen.

Zum Schluss: Wir glauben an Ihre Bonität in dieser Sache erst, wenn Ihre Schecks eingelöst und auf dem Konto des bayerischen Verbraucherschutzes tatsächlich gutgeschrieben sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung – er ist schon bereit –: Herr Kollege Beißwenger. Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kollegen! In Bayern arbeiten sehr viele Menschen in der Lebensmittelüberwachung als Amtstierärzte, als Lebensmittelkontrolleure. Diesen Menschen und damit auch der staatlichen Verwaltung ist zumindest bisher ein großer Vertrauensvorschuss entgegengebracht worden. Zum Teil hat sich dies leider geändert. Dafür sind die Vorfälle, die in der letzten Zeit bei Bayern-Ei aufgedeckt wurden, mit verantwortlich.

Die Frage, die sich uns allen stellen muss, lautet: Wie kann man sicherstellen, dass dieses Vertrauen gerechtfertigt wieder hergestellt wird? Lebensmittelsicherheit hat schließlich oberste Priorität. Die Verbraucher müssen sich auf die Kontrollen verlassen dürfen – darüber sind wir uns wohl alle einig.

Die Mitarbeiter, die in den Kontrollstellen tätig sind, bekleiden verantwortungsvolle staatliche Positionen, die auch entsprechend ausgestattet und in der Regel

Beamtenstellen sind. Falls es bei der Lebensmittelüberwachung bzw. bei den Kontrollen Schwächen gibt, sind diese unverzüglich abzustellen.

Kontrollbehörden, die bei der Kontrolle mit den zu kontrollierenden Betrieben Absprachen treffen, sind nicht tolerierbar. Dass die Staatsanwaltschaft Regensburg nach dem Stand der Ermittlungen einen Veterinär am Landratsamt Straubing-Bogen eines strafbaren Handelns beschuldigt, hat nicht nur Sie, Herr von Brunn, überrascht – das hat uns alle überrascht. Der Amtstierarzt sitzt deshalb in Untersuchungshaft. Weiterhin ist ein Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern von der Staatsanwaltschaft eines Fehlverhaltens beschuldigt worden.

Diese Vorfälle müssen aufgeklärt werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Lassen wir sie also bitte erst einmal ermitteln. Sie alle profitieren von den Ermittlungen dieser Staatsanwaltschaft. Darüber hinaus wird ein externer Sonderermittler eingesetzt. Die Ergebnisse – die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und den Bericht des Sonderermittlers – müssen wir zunächst einmal abwarten. Der Bericht soll bis spätestens Ende Januar vorgelegt werden. Wir werden uns die Erkenntnisse anhören, sie bewerten und unsere Konsequenzen daraus ziehen – Konsequenzen, wie man eventuell bei systemischen Fehlern Abhilfe schafft bzw. wie man eventuelle kriminelle Machenschaften frühzeitig aufdeckt, damit sich die Staatsanwaltschaft dann zeitnah solcher Elemente annehmen kann.

Wir müssen uns vielleicht auch über neue Strukturen unterhalten. Ich will hier kein Denkverbot. Das heißt, gegebenenfalls muss man auch über eine Umorganisation nachdenken, ein Vier-Augen-Prinzip, Sonderbehörden oder auch eine Innenrevision. Alles muss angedacht werden können, was im Namen des Verbraucherschutzes notwendig ist. Auch ein strikt angewandtes Rotationsprinzip könnte unter Umständen für Verbesserungen sorgen; denn man kann vielleicht eine gewisse Nähe zwischen Behörde und Kontrolleur auf der einen Seite und den zu Kontrollierenden auf der anderen Seite vermeiden, indem beispielsweise die Amtstierärzte nur für eine bestimmte Zeit für dieselben Betriebe zuständig sind.

Vor kriminellen Machenschaften schützt uns natürlich kein noch so ausgeklügeltes Kontrollsystem. Ob im vorliegenden Fall kriminelle Elemente am Werk waren, ob es Einzelne oder Mehrere waren, all dies wird die Justiz jetzt rückhaltlos aufklären. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der CSU)

100-prozentige Sicherheit wird es kaum geben können. Wir werden uns aber Gedanken machen, wie wir

einerseits kriminelles Fehlverhalten Einzelner besser vermeiden können und – mit Blick auf unsere Bürger ganz wichtig – wie wir andererseits verloren gegangenes Vertrauen wieder herstellen und auch aufbauen können. Hierzu müssen wir in jedem Fall rückhaltlos aufklären und hart durchgreifen. Eine einfache Rückkehr zur Tagesordnung darf es nicht geben. Aufklären, allerdings ohne Skandalisierung, ohne Schaum vor dem Mund. Schließlich arbeiten sehr viele Menschen in der Lebensmittelindustrie, die tagtäglich saubere Arbeit abliefern.

(Beifall bei der CSU)

Diese dürfen wir ebenso wenig unter Generalverdacht stellen wie all die redlichen Beamten, Landwirte und Bauern, die ihrer Arbeit rechtschaffen nachgehen.

Wir sind einerseits für eine sachliche Aufklärung. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir sind aber andererseits gegen eine Skandalisierung und Vorverurteilung. Deshalb lehnen wir die Anträge der GRÜNEN und der SPD ab. Ein unverzüglicher Bericht der Staatsregierung zu den im Dringlichkeitsantrag angesprochenen Punkten ist nicht sinnvoll. Den Ausgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren sowie das Ergebnis des externen Sonderermittlers müssen wir abwarten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Beißwenger. - Als Nächste spricht die Kollegin Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Frau Ministerin Scharf, ich begrüße es, dass Sie heute zu diesem Thema in den Landtag gekommen sind und dass Sie nicht nur dem Kabinett, sondern auch dem Landtag über die aktuellen Entwicklungen im Fall Bayern-Ei berichten. Das gehört sich einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir uns mit diesem Skandal – man kann auch sagen: mit diesem Saustall im Hühnerstall – beschäftigen. Lieber Kollege Beißwenger, wenn das ein Skandal ist, dann darf ich ihn auch so benennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist, wie gesagt, nicht das erste Mal, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Jedes Mal wird es schlimmer. Deshalb müssen wir und müssen Sie endlich an die Ursachen ran. Eine Wissenschaftlerin

wurde in der Presse so zitiert: Wenn man immer nur das Minimum macht, kumuliert das halt irgendwann in einer Katastrophe. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, beschreibt den Zustand der bayerischen Lebensmittelüberwachung recht gut.

Die Katastrophe ist im letzten Jahr passiert, und es wird sicher nicht die letzte sein, wenn wir nicht Wesentliches ändern. Über die Vorfälle im letzten Jahr brauche ich im Einzelnen nichts mehr zu sagen; Sie kennen sie. Aber eines ist klar: Die Hinweise auf die Firma Bayern-Ei waren erdrückend. Aber was haben unsere Aufsichtsbehörden gemacht? Wie bei einem kleinen Lebensmittelerzeuger haben Sie Proben genommen, der Unternehmer wurde beraten, ja, es wurde auch desinfiziert. Aber weiter ging es mit business as usual bis zum nächsten Salmonellenfund zwei Wochen später.

Die Öffentlichkeit wurde nicht informiert, obwohl Warnmeldungen aus vielen Teilen Europas da waren und obwohl es auch in Bayern vermehrte Krankmeldungen gegeben hat. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte man vermeiden können und auch vermeiden müssen. Man hätte die Öffentlichkeit informieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man hat einige Tageschargen zurückgeholt. Aber Millionen von Eiern blieben im Handel, obwohl sie vermutlich auch verseucht waren. Das war verantwortungslos und diente nur den Interessen des Unternehmers. Heute wissen wir auch, warum es so war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre Aufgabe des LGL gewesen, hier einzugreifen. Aber das ist nicht passiert. Die Frau Ministerin hat sich hier immer schützend vor ihre Vollzugsbeamten gestellt und behauptet, alle hätten immer nach Recht und Gesetz gehandelt. Dass das nicht gestimmt hat, wissen wir spätestens jetzt. Das gilt leider auch für vieles andere, was uns die Ministerin in diesem Jahr so erzählt hat.

Nun wissen wir dank der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Glück, dass es nicht nur beim Betreiber der Hühnerfabrik erhebliche kriminelle Energie gegeben hat, sondern auch bei Teilen der Aufsichtsbehörden. Da hilft es natürlich nichts, wenn die Kontrollen der Spezialeinheit, die es ja gegeben hat, gemeinsam mit den Kreisverwaltungsbehörden durchgeführt wurden. Wir sagen, hier muss eindeutig mehr Personal beim LGL und auch mehr Unabhängigkeit her. Unser Antrag auf 20 zusätzliche Stellen beim LGL ist gestern leider mit der CSU-Mehrheit ab-

gelehnt worden. Wann wachen Sie auf dieser Seite des Parlaments endlich auf?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen aber nicht nur mehr Personal bei den Kontrollbehörden. Wir brauchen – davon sind wir zutiefst überzeugt – auch eine Umstellung des Systems. Die Organisation der Kontrollen ist bei den Kreisverwaltungen nicht gut aufgehoben; denn es gibt eine zu große Nähe zwischen den Kontrolleuren und den immer gleichen Betrieben. Eine Kumpanei zwischen Kontrolleuren und Kontrollierten darf es nicht geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen auch eine eindeutige Gesetzeslage, was die Information der Bevölkerung angeht. Bisher gibt es dafür zu viele Ausnahmeregelungen und Kann-Bestimmungen, und darauf berufen Sie sich ja die ganze Zeit. Sie hätten gar nicht warnen müssen, sagen Sie immer. Aber, Frau Ministerin, das ist nun wahrlich keine große Leistung. Verantwortliches Handeln sieht anders aus. Wenn Menschenleben in Gefahr sind, muss alles getan werden, um das Risiko zu minimieren. Alles andere ist verantwortungslos und unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Vorwurf richte ich ausdrücklich auch an den damaligen Verbraucherschutzminister Marcel Huber; Herr Kollege von Brunn hat das ja auch schon erwähnt. Sehr geehrter Herr Huber, Sie halten sich bisher vornehm zurück, obwohl Sie damals verantwortlich waren. Sie sind vom Fach und mit der Branche bestens vertraut. Deshalb sind wir schon gespannt, ob wir von Ihnen einmal eine Aussage zu diesen Gegebenheiten bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind auch alle gespannt, was der Sonderermittler, der angekündigt worden ist, herausbekommt. Heute haben wir erfahren, es ist der Oberste Rechnungshof. Wir wollen hoffen, dass er wirklich alle Mittel und alle Unterstützung bekommt, die er für die Ermittlungen braucht. Wir erwarten endlich eine umfassende Aufklärung des Skandals. Wir werden auch ganz genau hinschauen, ob man uns nicht wieder mit Halbwahrheiten abspeist; denn für uns ist eines klar: Wir brauchen ein neues System der Lebensmittelkontrolle. Skandale hatten wir schon genug. Ziehen Sie endlich die richtigen Konsequenzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den beiden Berichtsanträgen, die uns vorliegen, stimmen wir selbstverständlich zu. Wir finden es sehr schade, dass die CSU-Fraktion unserem Antrag, der auch ein Berichtsantrag ist, nicht zustimmt; denn ich muss eines sagen: Wenn wir warten, bis die Staatsanwaltschaft zu Ende ermittelt hat, kann es Jahre dauern. Wir brauchen vorher bessere und eindeutige Ergebnisse.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Jetzt hat der Herr Kollege Zierer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die drängendste Frage, die jetzt beantwortet werden muss, ist sicher: Haben wir es mit einem Einzelfall zu tun, oder handelt es sich um strukturelle Probleme in der amtlichen Lebensmittelüberwachung? - Das Vertrauen der Ministerin zu den Beamten in ihren Behörden draußen muss doch unendlich erschüttert sein. Frau Ministerin, Sie haben gutgläubig darauf vertraut, dass die Leute ihren Job schon richtig machen werden. Waren Sie zu naiv, Frau Ministerin? Wurden Sie belogen? Wurde Ihnen Sand in die Augen gestreut, um Sie zum Erblinden zu bringen? - Diese Fragen stellen sich anlässlich dieses Skandals eindeutig.

Wo wird denn die Überwachung vollzogen? - In den Landratsämtern und in den Veterinärämtern. Dort sitzen die Verantwortlichen. Die Ersten, die hier verantwortlich sind, sind die Amtstierärzte, die in dem Betrieb waren, und die Sachgebietsleiter, die alle mit dem Betrieb zu tun hatten. Auch ein Abteilungsleiter kann nicht behaupten, er habe von nichts gewusst. Alle Beamten, die ihren Eid geleistet haben, dass sie die Gesetze wahren wollen und ihre Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, haben diese anscheinend nicht ernst genommen. Wenn ein Landrat sagt, sein Amt könne den Betrieb aufgrund dessen Größe nicht kontrollieren, ist das ein Offenbarungseid.

Welche Schuld trifft das LGL? - Hierzu gab es im Ausschuss bisher nur Gespräche und Ausreden: Alles passt, alles ist in Ordnung. - Leider hat sich herausgestellt, dass es nicht so ist.

Uns geht es darum, dass zukünftig bei den Kontrollen andere Prioritäten gesetzt werden und nicht wieder nach mehr Kontrolleuren geschrien wird. Wir können uns sehr gut vorstellen, was dabei herauskommt, wenn mehr Kontrolleure eingestellt werden. Dann nämlich wird die Bäuerin mit ihren 50 Hennen dreimal

im Jahr kontrolliert. Ob wir den Verbrauchern einen Gefallen tun, wenn wir die kleinen Betriebe, die wir eigentlich wollen, unnütz gängeln? Diese Frage müssen wir uns stellen.

Wir begrüßen die Initiative der Staatsregierung, die Lebensmittelüberwachung fachlich von einem Sonderermittler prüfen zu lassen. Aber fragen wir uns doch, was ein Ermittler vom Obersten Rechnungshof in der Sache Bayern-Ei ermitteln wird. Ist das wirklich der richtige Fachmann? Soll er nachsehen, ob und wie viele Schmiergelder geflossen sind? Ist dieser Sonderermittler ein Hygiene- und Tierschutzexperte? - Das wollen wir schon sehr genau wissen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir erwarten im Januar einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse dieser Ermittlungen. Wir wollen wissen, wie es zukünftig mit der Lebensmittelüberwachung aussieht. Wir wollen konstruktive, durchdachte Vorschläge, keine Schnellschüsse, damit möglichst rasch alles vom Tisch ist. Sonst haben wir in ein paar Monaten den nächsten Skandal. Es darf jetzt nichts mehr schöngeredet werden. Das können wir uns angesichts der eklatanten Vorfälle nicht leisten. Die Leidtragenden sind nicht nur die Verbraucher, sondern auch eine Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe, die sauber arbeiten und die Gesetze einhalten und dadurch einwandfreie Lebensmittel produzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Verband der Lebensmittelkontrolleure fordert schon seit einiger Zeit, dass Kontrolleure nicht mehr bei den Landratsämtern, sondern generell auf einer höheren Ebene, also bei den Bezirksregierungen, angesiedelt werden sollen. Es gibt sicherlich Gründe für diese Forderung. Sie sahen möglicherweise das Defizit und kamen dadurch zu dieser Anregung. Der Vorsitzende des Verbandes der Geflügelerzeuger meinte sinngemäß, in der Lebensmittelerzeugung steckt eine große kriminelle Energie - nicht nur bei den Erzeugern, sondern auch bei den Verarbeitern. Darum muss genau hingesehen werden.

Wir wollen jetzt eine schonungslose Aufklärung, und das so schnell wie möglich. Deswegen werden wir den Anträgen der SPD und der GRÜNEN zustimmen. Diese verlangen detaillierte Aufklärung in einer Sache, die uns alle interessiert. Leider vermissen wir diese Deutlichkeit und Klarheit im Antrag der CSU. Wir werden deren Antrag deshalb ablehnen. Er ist uns nicht konkret genug. Mit dem Einsatz eines Sonderermittlers des Rechnungshofs alleine kann man bei diesen Vorfällen nicht weiterkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss noch ein Wort an Sie, Frau Ministerin. Sie haben von Anfang an betont, Ihre Beamten hätten sich nichts zuschulden kommen lassen; sie hätten nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet. Sie, Frau Ministerin, und auch wir wissen, dass es leider nicht so gewesen ist. Deshalb fordere ich Sie auf: Schaffen Sie Klarheit! Die Zeit des Herumeierns ist vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Scharf um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Ministerium hat in den letzten Tagen umfassend zum Fall Bayern-Ei aufgeklärt, zuletzt am vergangenen Freitag in einer Pressekonferenz und diese Woche am Montag und am Dienstag mit einer Pressemitteilung.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Verbraucher in die Arbeit unserer Kontrollbehörden wiederherzustellen und zu stärken. Das ist mir ganz besonders wichtig.

Wir wissen auch ganz klar: Kriminelles Verhalten kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Ich betone deswegen auch: Wenn sich diese Beschuldigungen bewahrheiten, ist ein solches Verhalten nicht hinzunehmen. Schwarzen Schafen muss das Handwerk gelegt werden. Wir müssen hier mit allen Mitteln des Strafrechts und des Dienstrechts vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Ein Amtstierarzt vom Landratsamt Straubing-Bogen sitzt seit dem 4. Dezember in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Regensburg hat dazu mitgeteilt, dass er der folgenden Straftaten dringend verdächtig ist: der Beihilfe zum vorsätzlichen Inverkehrbringen von gesundheitsschädlichen Lebensmitteln in Tateinheit mit Beihilfe zur Körperverletzung mit Todesfolge, in Tateinheit mit Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung in 40 Fällen und in Tateinheit mit Beihilfe zu gewerbsmäßigem Betrug in 480 Fällen. Der Beschuldigte hat im Rahmen der Vernehmungen fehlerhaftes Verhalten eingeräumt.

In der Regierung von Niederbayern soll ein Mitarbeiter in einem Fall das Dienstgeheimnis verletzt haben. Das ist ein deutlich weniger gravierender Vorwurf. Der Mitarbeiter bestreitet diesen Vorwurf, aber auch hier gilt: Es muss vollumfänglich aufgeklärt werden.

Das Verbraucherschutzministerium unterstützt die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vollumfänglich und hat umgehend gehandelt. Das heißt: sofortige Suspendierung des Amtstierarztes am Landratsamt Straubing-Bogen durch die Regierung von Niederbayern auf Anweisung meines Hauses, und für den Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern gilt bis zur Klärung des Vorwurfs die vorläufige Entbindung von seinen Amtsgeschäften.

Ich habe höchstes Interesse an einer lückenlosen Aufklärung ohne jede Rücksicht. Deshalb haben wir über diese Vorwürfe und auch über die von uns getroffenen Maßnahmen sofort die Öffentlichkeit informiert. Jeder Fall kriminellen Handelns in einem solch sensiblen Bereich der Lebensmittelsicherheit ist einer zu viel. Das gilt für die Produzenten, das gilt aber auch ganz besonders für die Behörden.

Daher setze ich alles daran, unsere Kontrollen weiter zu verbessern, mögliche Lücken und Schwachstellen zu beseitigen, aber auch das Verbraucherbewusstsein zu unvermeidlichen Risiken im Umgang mit tierischen Produkten weiterhin zu verbessern. Deswegen meine Agenda zu sicheren Lebensmitteln, deswegen mein Drei-Säulen-Programm zu guten Lebensmitteln aus Bayern. Gute Lebensmittel aus Bayern heißt: mehr Kontrollen durch die Spezialeinheit des LGL sowohl bei den Geflügelgroßbetrieben als auch zur Qualitätssicherung der eigenen Kontrollen. Ich habe dem Hohen Haus darüber berichtet. Wir haben im Nachtragshaushalt 20 zusätzliche Stellen eingeplant und können diese ab dem 01.01.2016 besetzen.

Mehr Sicherheit durch begleitende Eigenkontrolle, ist eine weitere der drei Säulen im Drei-Säulen-Programm. Das bedeutet, zusätzlich zu den amtlichen Kontrollen überwachen die Behörden auch die Eigenkontrollen vor Ort, wenn sie dafür einen Anlass sehen.

Mehr Transparenz: Wir werden die Ergebnisse dieser Kontrollen bei den Großgeflügelbetrieben anonymisiert veröffentlichen, um mehr Vertrauensschutz für die Menschen zu schaffen. Ich nenne hier die künftige Vertrauensperson Lebensmittelsicherheit am LGL, bei der Verstöße anonym angezeigt werden können.

Weitere Bausteine dazu sind unsere Informationskampagne, aber auch unsere Forderung nach einem entsprechend der Verfassung schnellstmöglichen Ausstieg aus der Käfighaltung.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe letzten Montag angekündigt, ein externes Sondergutachten zu beauftragen. Dieses Sondergutachten soll die Strukturen der bayerischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung auf Herz und Nieren überprüfen. Sind wir bei der Lebensmittel-

überwachung richtig aufgestellt? Brauchen wir einzelne Änderungen oder brauchen wir eine Änderung in der Struktur?

Ich habe den Bayerischen Obersten Rechnungshof gebeten, diese wichtige Aufgabe für uns zu übernehmen. Der Bericht soll Ende Januar vorliegen. Wenn wir fundierte Schlussfolgerungen ziehen wollen, ist das der kürzestmögliche und ohnehin sehr ambitionierte Zeitraum; aber sobald diese Ausarbeitung vorliegt, können wir die Antworten auf Fragen nach strukturellen Verbesserungen geben.

Wichtig ist mir jetzt noch eine Feststellung: Das Verbot für Bayern-Ei gilt bis heute. Die Firma darf aktuell keine Eier als Lebensmittel in den Verkehr bringen. Das ist vom Verwaltungsgericht Regensburg so bestätigt. Das Urteil des VGH steht noch aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich drei Dinge zusammenfassen:

Erstens. Fehlverhalten muss rückhaltlos aufgeklärt werden. Ich danke hier ausdrücklich der Staatsanwaltschaft für ihre Arbeit. Ich unterstütze diese Arbeit vollumfänglich.

Zweitens. Wir analysieren die Ergebnisse des Sondergutachtens ganz genau.

Drittens. Wir nehmen auf der Basis des Sondergutachtens gezielt notwendige strukturelle Verbesserungen vor.

(Zuruf von der SPD: Eine stolze Leistung für etwas, was seit einem halben Jahr feststeht!)

Das allem übergeordnete Ziel muss sein, eine höchstmögliche Sicherheit für die Menschen in unserem Land und ein Mehr an Kontrollen, ein Mehr an Transparenz und eine umfassende Prüfung unseres Veterinär- und Lebensmittel-Überwachungssystems zu bekommen. Das ist aus meiner Sicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Steinberger. Bitte sehr.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben angekündigt, dass der Oberste Rechnungshof ein Gutachten erstellen wird. Sie haben aber überhaupt nichts dazu gesagt, wie viele Personen damit beauftragt werden, welches Budget dafür vorhanden ist und ob man sich externen Sachverständigen dazuholt. Es wäre schön, wenn Sie ein biss-

chen konkretisieren könnten, wie diese Sonderermittlung genau aussehen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Kollegin Steinberger, der Oberste Rechnungshof ist ein wirklich idealer Gutachter. Er ist eine unabhängige Kontrollinstanz der Staatsregierung. In unseren Augen ist der Oberste Rechnungshof ein ausgewiesener Fachmann für Behördenhandeln und Behördenorganisation. Lassen Sie uns diesen Auftrag klar formulieren. Wenn Sie daran Interesse haben, können wir Sie gerne darüber unterrichten. Der ORH wird im Rahmen seiner Möglichkeiten ein Gutachten für uns vorlegen.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Jetzt hat sich noch einmal Herr Kollege von Brunn zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Staatsministerin! Ein Satz mit x, das war wohl nix.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das hat unser Informationsbedürfnis überhaupt nicht befriedigt. Das, was Sie uns jetzt gesagt haben, haben wir schon x-mal in der Zeitung gelesen und aus den Medien erfahren. Dafür hätten Sie nicht extra aus Paris zurückkommen müssen. Das sage ich an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bisher haben wir es vermieden. Ich sage es jedoch jetzt ganz offen: Wir stellen Ihre Kompetenz und Eignung für dieses Amt an dieser Stelle infrage.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben kein Wort zu den Inhalten unseres Gutachtens gesagt. Sie haben nichts zu den Verstößen gegen das europäische Recht gesagt. Sie haben nichts Konkretes gesagt. Das, was Sie gesagt haben, hätten Sie sich sparen können.

Die CSU-Fraktion wirft uns Skandalisierung vor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht derjenige skandalisiert, der den Finger in die Wunde legt. Das ist doch ein völlig falsches Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Sie handeln nach dem Prinzip: Angriff ist die beste Verteidigung. Ich verstehe, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen können, auch wenn er richtig ist. Offensichtlich haben Sie diese Größe nicht. Trotzdem

werden wir Ihrem Antrag zustimmen, weil wir es für eine gute Tradition in diesem Hause halten, Berichtsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Huber, an dieser Stelle bitte ich Sie noch einmal, dem Bayerischen Landtag Rede und Antwort zu stehen. Es gibt einen Todesfall – unser Gutachter hat das erwähnt –, wegen dem die Staatsanwaltschaft Regensburg ermittelt. Der Todesfall am 3. September hätte möglicherweise vermieden werden können. Wir würden gerne von Ihnen wissen, wie Sie diese Sache beurteilen und uns das erklären wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt hat noch einmal Frau Kollegin Steinberger ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich muss ehrlich sagen, dass ich etwas enttäuscht bin. Gestern haben wir lange darüber gesprochen, ob Sie heute aus Paris kommen, um uns einen Bericht zu geben. Wir haben einen Bericht erwartet. Was wir bekommen haben, waren Informationen, die Sie im Rahmen der Pressekonferenz und der Pressemitteilung auch schon herausgegeben haben. Das war sehr dürftig. Damit können wir auf keinen Fall einverstanden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben zu Recht gesagt, dass das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher wieder zurückgewonnen werden müsse. Das bedeutet, dass das Vertrauen schon weg ist. Sie kommen jedoch mit Plattitüden: Das werden wir schon irgendwann aufklären. – Auf diese Weise holt man das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher auf keinen Fall zurück. So kommen wir auf keinen Fall weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Eines muss ich auch noch sagen: Wir beschäftigen uns mit diesem Thema schon sehr lange. Der Skandal hat sich bereits vor über einem Jahr in Bayern und vielen Ländern Europas ereignet. Sie behaupten, das Ministerium habe aufgeklärt, und verweisen als Beweis für die Aufklärung auf die Pressekonferenz und die Pressemitteilung. Was ist das bitte für eine Aufklärung? – Das ist gar nichts. Eine Aufklärung stellen wir uns ganz anders vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sagen, das Ministerium habe ausreichend aufgeklärt. Ich frage mich, was das Ministerium die letzten eineinhalb Jahre gemacht hat. Aus dem Ministerium wäre überhaupt nichts gekommen, wenn die Medien nicht darauf aufmerksam geworden wären. Wäre die Opposition mit ihren Nachfragen nicht so hartnäckig gewesen, wäre das Ganze im Sande verlaufen. Wir hätten heute überhaupt nichts gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch ein paar Punkte anmerken, die Sie als Verbesserung dargestellt haben. Sie führen immer das Verbraucherbewusstsein an. Ich denke da an Herrn Zapf, der in unserer Sondersitzung gesagt hat: Was ist das denn immer für ein Gewese mit diesen Eiern? Man weiß doch, dass man aufpassen muss. Ich werfe das Ei in heißes Wasser, und gut ist die Geschichte. – Wenn man als verantwortlicher Behördenmitarbeiter auf diese Weise die Probleme angeht, wundert mich, ehrlich gesagt, überhaupt nichts mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben angekündigt, dass die Eigenkontrollen besser überwacht werden müssen, und zwar nur, wenn es geboten erscheint. Ich bin der Auffassung, dass die Überwachung der Eigenkontrolle immer geboten ist. Das gilt vor allem für eine Firma wie Bayern-Ei. Wir haben uns darüber informiert, wo Bayern-Ei seine Produkte überprüfen lässt und wo die Labore sitzen. Ich habe mir zwei Standorte herausgesucht. Einer ist in Cuxhaven und ein anderer in Oldenburg. Als bayerische Behörde muss ich mich doch fragen, wieso Bayern-Ei seine Eier am anderen Ende der Republik testen lässt. Wieso wird das nicht in bayerischen Untersuchungsanstalten gemacht? Vielleicht müsste man sie darauf hinweisen, dass wir das verlangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen meiner Zwischenfrage wollte ich wissen, wie viele Leute hinsichtlich des Arbeitsauftrags an den Obersten Rechnungshof beschäftigt sind und wie hoch das Budget dafür ist. Dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt. Bei mir erweckt das den Eindruck, dass Sie es nicht wissen. Zuerst müsste ein Arbeitsauftrag formuliert werden. Mich wundert es schon, dass der Oberste Rechnungshof bereits arbeitet. Er hat die Protokolle des Umweltausschusses bereits angefordert. Das bedeutet, dass es bereits einen Arbeitsauftrag geben muss. Frau Ministerin, es kann jedoch sein, dass Sie den gar nicht kennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz und gut, ich komme zum Schluss. Wir bilanzieren: Frau Ministerin, die Informationen, die Sie uns

heute geliefert haben, waren mehr als dürftig. Das reicht uns auf keinen Fall. Ich bin gespannt, was uns noch alles aufgetischt wird. Wir sind auf alle Fälle gespannt, ob der Oberste Rechnungshof tatsächlich einen Arbeitsauftrag erhalten hat. Wir erwarten nicht, dass wir das von Ihnen erfahren. Ich hoffe, dass die Beschwichtigungen und Vertuschungen aus dem letzten Jahr nicht fortgeführt werden. Das wäre wirklich ein richtiger Skandal.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Einige Aussagen, die hier getroffen worden sind, kann ich so nicht stehen lassen. Zum Ersten: Die Lebensmittelkontrolle habe Vertrauen verloren. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in einem Fall, bei dem kriminelles Handeln im Spiel war, hat es nicht funktioniert. In diesem Fall kann es nicht funktionieren. In über 99 % aller Fälle gibt es jedoch keine Beanstandungen der Lebensmittelkontrollen. Ich finde, man kann nicht davon sprechen, dass das Vertrauen erschüttert ist. Das Vertrauen ist da.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Mit diesem einen Beispiel können Sie nicht skandalisieren.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Es hat einen Toten gegeben!)

– Ja, es hat einen Toten gegeben. In anderen Fällen, in denen menschliches Versagen im Spiel ist, gibt es auch mal Tote.

(Widerspruch bei der SPD – Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist ja skandalös!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch einmal: Wenn es in der Folge kriminellen Handelns zu einem Toten kommt, ist das zu bedauern.

(Florian von Brunn (SPD): Es wird immer besser!)

Das ist ganz klar. Das will niemand von uns. Das kann niemand wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen keine Aufklärung!)

Ich kann das nicht rückgängig und ungeschehen machen. Das wollte ich damit sagen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie wollen bagatellisieren. Das ist unglaublich!)

– Liebe Kollegin Bause, das wird nicht bagatellisiert. Sie dürfen davon ausgehen, dass wir diesen Anlass sehr ernst nehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Nicht die Ministerin!)

– Auch die Ministerin.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir stehen mit der Ministerin im Gedankenaustausch. Ich weiß, dass sie sich sehr ernsthaft Gedanken macht.

(Isabell Zacharias (SPD): Gedanken macht?)

Sie wollen etwas vorwegnehmen, was jetzt noch nicht möglich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eineinhalb Jahre!
– Florian von Brunn (SPD): Seit Monaten reden!)

Es ermittelt der Staatsanwalt. Ein Sonderermittler wird jetzt das Ganze ergänzen. Aber Sie möchten Dinge vorwegnehmen, die jetzt einfach noch nicht bekannt sind.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mein Gott! – Margarete Bause (GRÜNE): Anderthalb Jahre! – Unruhe)

Die Ministerin weiß auch erst seit einigen Tagen, dass hier kriminelles Handeln im Spiel war.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) – Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Einen Augenblick, bitte. – Herr Kollege, bitte einen Augenblick.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Wir müssen über ganz klare Fakten reden können, nämlich dass der Staatsanwalt mitgeteilt hat, dass sich hier ein Mitarbeiter des Landratsamts derart fehlverhalten hat. Das haben wir vorher nicht gewusst. Sie haben es auch nicht gewusst. Insofern müssen wir abwarten, was sonst noch ermittelt wird und welche Ergebnisse hier noch ans Tageslicht gebracht werden.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wir machen Druck hinter den Ermittlungen! – Gegenruf von der CSU: Wie bitte?)

- Wenn Sie als GRÜNE einem Staatsanwalt Druck machen, ist das für mich ein neues Verhalten.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Anderthalb Jahre ist da nichts geschehen!)

Ich will noch ein Weiteres sagen. Auch die Eigenkontrollen werden hier einfach abgetan und skandalisiert. Sie tun immer so, als ob jeder Unternehmer dem Verbraucher oder demjenigen, für den er etwas produziert, etwas vorenthalten und ihn hintergehen will.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Jeder Unternehmer ist erstmal bestrebt, durch Eigenkontrolle Probleme zu eliminieren und ihnen vorzubeugen, damit er nicht in eine solche Situation kommt. Das ist der normale Weg.

(Beifall bei der CSU)

Auch hier gilt: Wenn das bei einzelnen Ausnahmen anders gehandhabt wird, darf man das nicht verallgemeinern. Wir wissen sehr wohl - das ist eine leidvolle Erfahrung -, dass bei großen Betrieben mit 400.000 oder 500.000 Legehennen - in einem Stall waren es 400.000 oder 500.000 – ein besonderer Überwachungsbedürfnis besteht.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): 1,2 Millionen! Der Betrieb 1,2 Millionen!)

- Der Betrieb, genau. Hier besteht ein besonderes Überwachungsbedürfnis. Zum einen sind diese großen Ställe im Moment nicht in Betrieb, und ich hoffe, dass sie nicht wieder in Betrieb gehen. Zum anderen ist auch die Reaktion der Ministerin, künftig die Kontrolle mit 20 zusätzlichen Mitarbeitern vertieft im Blick zu behalten,

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das hätte man schon vorher wissen können! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

ein Ansatz, der mit Sicherheit erfolgreich sein wird.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Dieser Betrieb war bekannt! Pohlmann war bekannt!)

Andere Lösungen, wie sie der Kollege Beißwenger angesprochen hat, dass man vielleicht gerade in solchen Fällen die Kontrolleure in kürzeren Wechseln einsetzt, sind mit Sicherheit auch sinnvoll.

Meine Damen und Herren, wir sind uns ja einig. Ich denke, wir sollten bei all dem nicht vergessen, dass wir die Käfighaltung möglichst schnell beenden wollen, dass wir andere Formen der Legehennenhaltung wollen, dass wir dabei kleinere Strukturen erreichen wollen. Nur: Ich habe mir vor einigen Tagen – das

gebe ich wirklich zu bedenken – sagen lassen, dass beispielsweise in Hamburg jeden Tag 40.000 Hähnchen verzehrt werden. Das bedeutet: Wie erzeugen wir Hähnchen, wie erzeugen wir in Zukunft Eier in kleineren Einheiten? Das ist eine Herausforderung. Wir wissen, dass die großen Einheiten nicht funktionieren; aber wer sich vorzustellen versucht, wie wir mit kleinen Einheiten die Versorgung sichern sollen, braucht einiges an Fantasie.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Nochmals: Ich bitte wirklich darum, jetzt die Ermittlungen des Staatsanwalts und des Sonderermittlers zu unterstützen. Der Oberste Rechnungshof wird in vielen Fällen als sehr kompetent erachtet. Bitte vertrauen Sie darauf, dass er nicht einfach ins Blaue marschiert, sondern sehr wohl eine Struktur und Strategie hat, das Ganze anzugehen, damit wir im Januar die Ergebnisse erhalten können. Ich möchte meinen Kollegen aus dem Umweltausschuss Folgendes ans Herz legen: Wir können, wenn wir uns in den nächsten Tagen wieder treffen, nur mutmaßen. Insofern bitte ich darum: Lasst uns abwarten.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist ja das Schlimme! – Florian von Brunn (SPD): Woran liegt denn das?)

– Das ist das Schöne, ja.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das Schlimme! Nicht das Schöne!)

- Ich habe "das Schöne" verstanden. Das wäre dann vielleicht zu verstehen gewesen. – Ich bitte Sie abzuwarten. Ich versichere noch einmal vonseiten der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitiker in unserer Fraktion: Wir können kein Interesse daran haben, dass so etwas wieder vorkommt. Wir können es nicht ausschließen, aber wir wollen alles tun, um zusammen mit unserer Ministerin entsprechende Maßnahmen zu treffen. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. – Danke schön. Zwischenbemerkung: der Herr Kollege Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Kollege Hünnerkopf, Sie haben jetzt in einer für mich fast schon entsetzlichen Weise die ganze Angelegenheit bagatellisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

So kann man mit einem Skandal, bei dem es Tote gegeben hat – wir haben es jetzt mit einer anderen Dimension als seinerzeit bei Müller-Brot zu tun –, nicht umgehen, wo offensichtlich ein Amtsveterinär mit hoher krimineller Energie beteiligt war. Das kann man den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht antun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mich entsetzt heute wieder, und diese Frage stelle ich schon: Was hat denn das Ministerium und dabei in der meisten Zeit die Ministerin und davor der Staatsminister Huber zwischen dem Entdecken dieses Falls und dem 4. Dezember, als der Amtsveterinär aufgefliegen ist, getan? Offensichtlich den Herrgott einen frommen Mann sein lassen! Wenn ich mir das vorstelle: Dem Amtsveterinär werden 40 Fälle der Beihilfe zur Körperverletzung und 486 Fälle der Beihilfe zum gewerbsmäßigen Betrug vorgeworfen. Und das merkt niemand in den Behörden! Haben wir jetzt plötzlich rechtsfreie Räume in Bayern? Ich muss doch, wenn ich mit einer Firma wie Pohlmann zu tun habe, auch bei meinen eigenen Leuten schauen: Wie konnte es dazu kommen? Haben die wirklich kontrolliert? Denjenigen bestelle ich mal in das Ministerium oder in die Regierung ein und frage ihn: Ist denn da etwas gelaufen? Ich meine, 486 Fälle, das muss doch fast täglich gewesen sein. Dazu wollen wir eine Auskunft haben. Wir wollen nicht warten, bis der ORH irgendwann einmal etwas ermittelt. Das geht dann bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Es wird noch gegen weitere Personen ermittelt. Ich möchte, dass hier endlich intern in der Behörde aufgeklärt wird,

(Florian von Brunn (SPD): Substanz!)

und ich möchte, dass man nicht immer sagt: externer Ermittler und Staatsanwalt. Es ist eine Bankrotterklärung, wenn ich einen externen Ermittler brauche.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Kollege Magerl, ich wollte hier keineswegs bagatellisieren. Wir kennen uns. Ich habe das in einer ersten Formulierung vielleicht etwas missverständlich dargestellt. Ich habe es anschließend wirklich zurechtgerückt. Natürlich kann niemand wollen, dass so etwas passiert. Sie können sich vorstellen, dass es auch uns unwahrscheinlich zusetzt, dass so etwas passiert ist. Gut, wir tragen die Verantwortung mit. Wir sind in einer anderen Situation.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eben! – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Deswegen müssen Sie etwas tun!)

- Ja, Sie unterstellen, dass hier nichts getan wird.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ganz genau, und zwar ein Jahr lang! Nichts!)

- Herr Kollege Pfaffmann, wenn ich einen Aspekt habe, dann kann ich natürlich sofort darauf reagieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Natürlich, was denn sonst?)

Aber wir warten ab,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist genau das Problem! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist das Problem!)

bis wir alle Facetten, die es hier zu bedenken gibt, zur Verfügung haben. Das ist eben erst der Fall, wenn wir vom Staatsanwalt die Schwachpunkte mit aufgezeigt bekommen haben. Wir sind bisher der Auffassung, dass das genügt, und müssen feststellen, dass es nicht geht.

Aber ich sage es noch einmal: Es geht nicht, wenn kriminelle Machenschaften im Spiel sind. Das kann niemand ausschließen. Das kann man mit noch so guten Regelungen nicht ausschließen. Was dann noch an Defiziten bleibt, das lasst uns analysieren. Ich sehe diese großen Punkte nicht. Wir haben ja einiges angesprochen, was schon in Erwägung gezogen ist, auch in Ihrem Interesse. Und wenn es nicht 40, sondern 20 Ermittler sind: Sie müssen davon ausgehen, dass die Ermittler tagtäglich beschäftigt werden müssen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da gibt es in Bayern genügend zu tun!)

Wir haben nicht so viele Großanlagen, dass die Ermittler ständig unterwegs sein könnten. Das hat alles seinen Sinn. Wir haben das bedacht. Ich glaube, dass uns hier auch 20 neue Stellen gewaltig nach vorne bringen. Nochmal: Schnellschüsse helfen uns hier nicht. Wir müssen in dieser Situation sorgfältig nachdenken und Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein Jahr Zeit gewesen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt noch eine Zwischenbemerkung: der Kollege Scheuenstuhl. Bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Hünnerkopf, ich bin etwas überrascht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie immer!)

Ich lasse mich von der CSU gerne überraschen, aber ich wäre froh, wenn es einmal eine positive Überraschung wäre und keine negative.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Die Zeit des Abwartens, Kollege Hünnerkopf, wie es gerade von Ihnen genannt worden ist, ist eigentlich vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Es ist die Zeit des Handelns, nicht des Abwartens. Bei einer Million Eier am Tag – ich mache es einmal ganz einfach – sind das in zehn Tagen 10 Millionen Eier. 1,2 Millionen Hennen in einem Betrieb, das ist eine Riesenzahl. Und diese Zahl – das darf ich jetzt nebenbei noch erwähnen – ist natürlich nur möglich, weil die Käfighaltung noch zulässig ist; sonst könnte man so viele Hennen überhaupt nicht am Boden halten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in der indirekten Anhörung, in der Sondersitzung des Ausschusses, Nebelkerzen geworfen, Frau Ministerin: Alles ist in Ordnung in Bayern, alles passt. – Wie lange hören wir das noch? – Über ein Jahr lang warten wir darauf, dass Sie endlich handeln. Jetzt, nach einem Jahr, nachdem sich der Staatsanwalt eingeschaltet hat, kommt es endlich dazu, dass es einen Sonderermittler gibt. Die 40 von Ihnen versprochenen Stellen wurden auf 20 reduziert. Wahrscheinlich waren die anderen 20 überflüssig. Unternehmen Sie doch einmal etwas, damit Sie 20 weitere kriegen! Was muss denn noch passieren? – Wenn wir im Ausschuss nicht Dampf gemacht hätten, was wäre denn dann passiert? Was wäre passiert, wenn wir nicht unseren Florian von Brunn hätten und die Presse und den Rundfunk, die hier zusammen Dampf gemacht haben? – Nichts wäre passiert. Gar nichts hättet ihr gemacht.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Herr Kollege, was ist denn im Grunde genommen seit dem Sommer neu dazugekommen? Was ist neu dazugekommen? Dass ein Veterinär kriminell gehandelt hat.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich habe doch im Ausschuss gesagt, dass etwas nicht stimmt! Ihr habt nichts gemacht! Ausgelacht habt ihr mich!)

– Moment. Sehen Sie einem Menschen an den Augen an, ob er lügt und kriminell handelt? – Wenn wir diese Fähigkeit gehabt hätten, dann hätten wir eher etwas dazu sagen können.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wo ist die Dienstaufsicht?)

Es ist so, dass diese wesentliche Erkenntnis oder Information hinzugekommen ist.

Wir haben bereits Fakten geschaffen: 20 Ermittler – Entschuldigung –, 20 Mitarbeiter beim LGL sollen speziell hier eingreifen und überwachen. Das ist, glaube ich, schon ganz wesentlich. Wir werden auch überlegen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

welche Verbesserungen in Verbindung mit den Landratsämtern noch erreicht werden müssen. Das kann man aber jetzt nicht abschließen und sagen, jetzt wissen wir alles, wenn noch zusätzliche Ermittlungen stattfinden und wir nicht wissen, was dann noch dazu kommt und bedacht werden muss. Insofern geht hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Damit müssen Sie einfach leben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich noch einmal Frau Staatsministerin Scharf das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Hitze und mit Schaum vorm Mund und mit Polemik kommen wir in diesem Fall nicht weiter.

(Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Und mit Untätigkeit kommen wir noch weniger weit! – Dr. Paul Wengert (SPD): Sie reden sich um Kopf um Kragen!)

Die Staatsanwaltschaft ermittelt in diesem Fall. Wir wissen seit 4. Dezember, dass ein Veterinär, ein Kontrolleur in Untersuchungshaft sitzt. Ich habe dazu umfassend informiert. Wir geben jetzt ein Sondergutachten beim ORH in Auftrag.

Frau Kollegin Steinberger, ich wundere mich schon über Ihr seltsames Verständnis von Unabhängigkeit. Entscheidend ist doch, dass wir jemanden haben, der staatliche Organisation kennt und in diesem Sondergutachten genau hinschaut, um festzustellen, ob wir in der Struktur unserer Lebensmittelüberwachung künftig etwas ändern müssen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Herr von Brunn, Ihr bestelltes Gutachten, dieses Ergebnis, kennen wir; es war für uns nicht überraschend. Aber es ist nicht redlich und nicht angemessen, dass Sie hier zwei Dinge miteinander vermischen. Wir haben auf der einen Seite die generelle Frage, wie Behörden auf Salmonellenbefunde reagieren und damit umgehen. Wir haben auf der anderen Seite aber kriminelles Handeln. Für kriminelles Handeln bei Behörden ist überhaupt kein Platz. Da wird jetzt ermittelt. Ich bitte Sie, gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen den nötigen Respekt aufzubringen. Das gehört auch dazu.

Wenn Sie sagen, ich hätte nicht informiert, nicht aufgeklärt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich erwidern: Ich war zweimal im Ausschuss, ich habe hier auch schon einmal im Landtag berichtet. Dieser Vorwurf ist einfach haltlos.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist doch alles beschönigend!)

Sie fragen, was in der Zwischenzeit passiert ist: Wir haben im Nachtragshaushalt 20 zusätzliche Stellen für die Spezialeinheit in der Lebensmittelsicherheit ausgehandelt. Das war mein Vorschlag. Wenn Sie das Protokoll lesen, werden Sie feststellen, dass das immer unter Vorbehalt des Haushalts und der Zustimmung steht. Hier geht es nicht um Schuldzuweisung, sondern hier geht es darum, die Spezialeinheit so auszustatten, dass sie diese Großgeflügelbetriebe in ihrer Komplexität auch kontrollieren kann.

Sie sagen, es sei nichts passiert; das ist nicht richtig. Ich habe ein Drei-Säulen-Programm vorgestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem klar ist: Wir müssen die Kontrollen intensivieren, wir müssen die Eigenkontrollen begleiten, wir brauchen unbedingt bessere Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Umgang mit tierischen Lebensmitteln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wissen ganz genau, auch aus Umfragen, dass den Menschen heute nicht bewusst ist, wie man mit Lebensmitteln richtig umgeht.

(Zuruf: Mit Eiern?)

Wir wollen vor allen Dingen auch darauf hinwirken, dass das Vertrauen in unsere Kontrollbehörden wieder gestärkt und vor allen Dingen wieder hergestellt wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. – Zwischenbemerkung: Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Ministerin, Herr Kollege Dr. Hünnerkopf hat sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass das eine menschlich tragische Geschichte ist. Er hat auch davon gesprochen: Wir tragen dafür die politische Verantwortung. – Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, ich finde, Ihre Einlassung verdient Respekt. Eine solche Einlassung hätte ich mir auch von Ihnen gewünscht, Frau Ministerin. Stattdessen gehen Sie heute mit Eiseskälte und mit einer einzigartigen Schnoddrigkeit über die Dinge hinweg, dass man sich die Frage stellen muss: Sind Sie denn bereit, das anzuerkennen, was Ihr Kollege gesagt hat, dass es auch eine politische Verantwortung gibt? Sind Sie auch dazu bereit, diese politische Verantwortung zu tragen und mit letzter Konsequenz zu übernehmen, Frau Ministerin?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass mit Ihren Einlassungen eine Verbraucherschutzkrise zu einer handfesten Staatsaffäre wird; Sie provozieren geradezu einen Untersuchungsausschuss, und Sie provozieren weitere Spekulationen auch über die Weihnachtspause. – Das gilt im Übrigen auch für Ihre Rolle, Herr Staatsminister Huber. Ich finde, Sie sollten heute hier Rede und Antwort stehen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, erwarten Sie's, der Herr Staatsminister hat sich schon gemeldet.

Markus Rinderspacher (SPD): – Wunderbar. Sie sind am 14. August darüber informiert worden. Aus dem Gutachten eines der renommiertesten Lebensmittelrechtlers der Bundesrepublik Deutschland geht hervor: Hätte die Staatsregierung früher gehandelt, hätte sie früher informiert, hätte sie die Eier aus dem Verkehr gezogen, dann hätte möglicherweise ein Todesfall vermieden werden können. – Ein harter Vorwurf. Deshalb wollen wir wissen: Was ist am 14. August besprochen worden? Was waren die unmittelbaren Konsequenzen? Warum haben Sie, Herr Staatsminister, damals nicht gehandelt? Warum haben Sie gezögert? Wie bewerten Sie den Sachverhalt heute?

Dass wir heute im Hohen Hause erneut diskutieren müssen, ist doch darauf zurückzuführen, dass Sie die klassische Salamtaktik, wie das häufig in Affären der Fall ist, wieder anwenden: Da ein bisschen was aufklären, dort auf einen Hinweis reagieren. – Frau Ministerin, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, die Staatsanwaltschaft wurde durch die Presse, durch die

Journalisten, informiert, nicht durch das Handeln Ihrer Regierung oder Ihres Hauses. Das hätten wir erwartet, dass Sie entsprechend aufklären und den Staatsanwalt informieren und nicht der investigative Journalismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Noch einmal an Sie die Frage, weil meine Zeit zu Ende geht: Sind Sie dazu bereit, dafür die politische Verantwortung zu übernehmen und auch die notwendigen Konsequenzen daraus zu tragen?

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Rinderspacher, ich empfehle Ihnen, die Protokolle der Ausschusssitzungen zu lesen,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts als Empfehlungen!)

dann wissen Sie, was ich dazu gesagt habe, erstens.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das haben die Mitarbeiter gesagt! – Zuruf von der CSU: Lassen Sie sie doch ausreden!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt lassen Sie die Frau Staatsministerin bitte ausreden. Bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ich glaube, dass Polemik nicht angebracht ist, lieber Herr Rinderspacher. Sie bringen eine Schärfe und eine Hitze in diese Diskussion, die uns nicht weiterhilft. Ich sage Ihnen noch einmal: Dem Betrieb Bayern-Ei wurde am 7. August der Vertrieb von Eiern als Lebensmittel verboten und untersagt. Der Stall ist mittlerweile leer, es gibt dort keine Produktion mehr; der Geschäftsführer sitzt in Untersuchungshaft. Seit letzter Woche wissen wir durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, dass ein Tierarzt manipuliert hat, dass die Vorwürfe so massiv sind, dass auch dieser in Untersuchungshaft sitzt. Hören Sie endlich damit auf, die Dinge zu vermengen! Einen Vorfall, den wir vielfach aufgeklärt haben, und eine aktuelle Tatsache, nämlich die Festnahme eines Tierarztes, miteinander zu vermengen, ist einfach unredlich und nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung. - Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Staatsministerin, Sie sagen, dass wir die Protokolle der Ausschusssitzungen lesen müssen. Aber damit werden wir leider

nicht viel weiter kommen; denn da steht von Ihrer Seite nicht viel mehr drin

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So ist es!)

als Abwiegeln und die Aussage, alles sei nach Recht und Gesetz passiert, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten alles richtig gemacht.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja, so ist es!)

Also wenn Sie sich darauf berufen, dann kommen wir nicht weiter.

Ich möchte noch zwei Anmerkungen machen, weil Sie mich persönlich angesprochen haben. Ich habe nie die Unabhängigkeit des Obersten Rechnungshofes bezweifelt. Da haben Sie etwas falsch verstanden. – Und zu den 20 zusätzlichen Stellen für das LGL, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, also insgesamt 40: Wir haben Sie hier unterstützt. Wir haben den Antrag gestellt. Die CSU-Fraktion hat Sie da im Stich gelassen. Das muss man einmal klar sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vielleicht können Sie noch die folgende Frage beantworten. Man weiß, dass Herr Pohlmann schon vorbelastet ist. Eigentlich müsste man auf seine Betriebe ein besonderes Augenmerk legen, was aber nicht passiert ist. Sie haben am 4. Dezember erfahren, dass die Staatsanwaltschaft eingeschritten ist und einen Amtsveterinär inhaftiert hat. Was haben Sie denn vom Ministerium aus gemacht? Gab es daraufhin eine behördeninterne Ermittlung? Haben Sie sich sofort die Leute geholt, die in diesen Behörden arbeiten? Man kann ja nicht immer nur darauf warten, dass die Staatsanwaltschaft alles aufdeckt; man muss doch die erste Ermittlung behördenintern machen. Haben Sie das gemacht? Und was haben Sie da gemacht? Das möchte ich gerne noch hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Steinberger, wenn Sie vorhin zugehört haben, dann wissen Sie: Als ganz klare Maßnahme sind die sofortige Suspendierung dieses Amtstierarztes und die Entbindung einer weiteren Person bei der Regierung von Niederbayern von ihren Aufgaben erfolgt. Sie verwechseln hier immer staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und staatsanwaltschaftliches Handeln und Lebensmittelkontrolle des LGL. Das ist nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie hätten dem zuvorkommen müssen, Frau Ministerin! Sie müssen doch schneller sein als die Staatsanwaltschaft! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Ab ins Kloster! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Gantzer, den Zwischenruf habe ich schon mal gehört; den sollten Sie bitte nicht mehr bringen. Er weckt in mir zu viele Erinnerungen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist aber die Wahrheit!)

Ich sage nachher in meinen Schlussbemerkungen etwas dazu. - Jetzt darf ich das Wort Herrn Staatsminister Dr. Huber erteilen. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich direkt angesprochen worden bin, will ich das Wort natürlich ergreifen. Heute geht es schließlich auch um einen gravierenden Tatbestand – ex post betrachtet. Wenn wir hier und heute, am 10. Dezember 2015, retrospektiv betrachten, was hier alles abgegangen ist, kann man das nicht verharmlosen; das ist wirklich ein gravierender Vorgang.

Aber Sie sprachen mich ganz konkret zu einem 14. August an. Dazu will ich Ihnen gerne Auskunft geben. Ich will jetzt nicht übertreiben, aber ich rechne mal mit so 10.000 bis 15.000 Vorgängen, die im Jahr so durch meine Hände gehen. Ich habe selbst keinen Einblick in die betreffenden Akten mehr – natürlich, nachdem ich seit fast eineinhalb Jahren in einem anderen Haus bin. Ich werde Ihnen in geeigneter Form detailliert Auskunft geben, wenn ich mir diese Akten besorgt habe. Heute bin ich nicht in der Lage, zu sagen, was ich wo auf welchem Papier notiert habe. Auf jeden Fall – das ist in meiner Erinnerung noch hängen geblieben – hat es damals keinen großen Aufschlag gegeben; denn es war eine Meldung, dass es in einem Betrieb Salmonellenbefunde gegeben hat, wie sie täglich vorkommen. Man konnte damals sicherlich noch nicht erkennen, was daraus werden sollte. Das alles wissen wir heute besser, und ich möchte Sie bitten, diese Dinge nicht alle durcheinander zu werfen: Erstens haben wir ein staatsanwaltschaftlich verfolgtes, kriminelles Fehlverhalten. Zweitens haben wir eine Bewertung des Vorgehens von vor einem oder eineinhalb Jahren und der Frage, ob die Lebensmittel-Jurisprudenz dieses Landes eine richtige Bewertung abgegeben hat oder ob das externe Gutachten in Bezug auf Auslegung des Europa-

rechts etwas anderes eingefordert hätte. Drittens haben wir – und das ist entscheidend - -

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): - eine politische Verantwortung!)

- Darüber werden wir reden, wenn wir sehen, ob tatsächlich Fehlverhalten vorgelegen hat. – Die eigentliche Neuigkeit, über die wir heute hier gesprochen haben, ist – darauf sind alle Redner eingegangen -, dass wir erkannt haben, dass wir vor einer neuen Situation stehen. Bisher hat die Staatsregierung die Tätigkeit ihrer Kontrolleure immer darauf ausgerichtet, externe Dritte zu kontrollieren und zu prüfen, ob die irgendetwas falsch machen: Erzeuger, Verarbeiter, Händler. Jetzt haben wir seit ein paar Tagen die Situation, dass der Verdacht besteht, dass auch Kontrolleure kriminell waren. Mit dieser neuen Situation müssen wir umgehen und fragen, wie wir sicherstellen können, dass auch so etwas erkannt wird. Das ist eine organisatorische Frage, die man am besten von einem Externen beleuchten lässt; denn wenn ein Interner das prüfen würde, würden Sie es natürlich anzweifeln. Der Rechnungshof ist eine externe Stelle, die zudem etwas von Organisation versteht. Wir wollen, wenn wir die Erkenntnisse haben, was man zukünftig machen soll, um so kriminelles Fehlverhalten eigener Leute rechtzeitig zu erkennen, überlegen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen und was wir in der Organisation der Überwachung ändern müssen. Diese Arbeit steht jetzt an. – Den Bericht, den Sie wollen, bekommen Sie.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Staatsminister, dafür, dass Sie gleich noch einmal zurückkamen. - Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Staatsminister, in den vergangenen Wochen war ja immer wieder zu lesen, dass die Affäre Bayern-Ei auch im Kabinett intensiv behandelt worden sei. Wir sind heute ein Stück weit davon überrascht, dass Sie sagen, dass Sie zu maßgeblichen Vorgängen im August 2014 heute hier nicht Stellung beziehen können. Wir respektieren das, und wir sagen auch: Wir werden Ihren Bericht mit großem Interesse zur Kenntnis nehmen. Aber gestatten Sie mir doch die Zwischenbemerkung, dass wir etwas überrascht sind. Ja, Sie haben mit 10.000 bis 15.000 Vorgängen im Jahr zu tun. Aber uns verblüfft dann doch ein Stück weit, dass Sie jetzt, in der letzten Sitzung vor Weihnachten, zu Protokoll geben, dass Sie zu den entscheidenden Tagen im August 2014 heute überhaupt keinen Beitrag zur Aufklärung leisten können, obwohl sich das Kabinett und die gesamte Staatsregierung offensichtlich auf schriftliche Berichte

der Umweltministerin berufen, die sich mit diesem Vorgang befasst hat. Umso mehr sind Sie aufgefordert, uns den Bericht jetzt unmittelbar, am besten noch in der nächsten Woche, vorzulegen. Er ist überfällig, und ich halte es auch für etwas problematisch, dass Sie heute nicht im Geringsten dazu in der Lage sind, uns trotz der Aufklärungsprozesse innerhalb der Staatsregierung Hinweise zu geben, wie es damals wirklich gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Frau Steinberger, ist das eine Wortmeldung oder eine Meldung für eine Zwischenbemerkung? – Eine Wortmeldung. Gut. Wer ist jetzt mit der Zwischenbemerkung dran? – Frau Kollegin Sengl. Herr Staatsminister, darf ich Sie noch mal bitten? – Danke schön. – Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. - Frau Kollegin, bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, Ihre Erklärung ist genauso dürftig wie die der Staatsministerin Scharf. Das ist wirklich lächerlich. Man hat sein Ministerium nicht im Griff, wenn einem so was unter 1.000 Fällen passiert; ich weiß nicht, wie viele Fälle Sie zu bearbeiten haben. Wenn man es mit einer Firma wie der von Herrn Pohlmann zu tun hat, weiß man, dass sie alles andere als unbescholten ist. Wenn hier ein Salmonellenbefund auftaucht, müssen die Alarmglocken schrillen, und zwar im ganzen Ministerium.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Darüber können Sie heute mit der Erfahrung der Dinge, die inzwischen waren, sicherlich sehr überzeugt sprechen. Aber – wann war das? – am 14. August des letzten Jahres war das in dieser Form noch nicht gegeben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das müssen Sie doch heute wissen, Herr Huber! Sie können doch nicht blank sein bei einer solchen Sitzung, bei allem Respekt! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was sagt eigentlich der Ministerpräsident dazu? – Das ist doch unglaublich!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, der Herr Staatsminister hat doch zugesagt, dass er sehr schnell einen Bericht abgibt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt hört doch einmal auf, das ist doch lachhaft, eine Skandalisierung ohnegleichen! Das ist ja ein Witz!)

Der Herr Staatsminister Huber hat zugesagt, dass das Hohe Haus einen Bericht bekommt. Darum bitte ich, dass wir uns heute darauf verständigen können. - Jetzt fahre ich in der Liste der Wortmeldungen weiter; Herr Kollege von Brunn steht als Nächster darauf. Bitte, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin Scharf, Sie haben gerade dazu aufgerufen, hier nicht mehr polemisch zu argumentieren. Ich erinnere mich gut an eine Sitzung unseres Ausschusses zu diesem Thema. Damals haben Sie Mitarbeiter Ihres Hauses damit beauftragt, meine Webseite zu kontrollieren. Diese haben ein Foto mit einem nicht aus Bayern stammenden Huhn zu einem Artikel zu diesem Thema gefunden. Das wurde mir dann im Ausschuss vorgehalten. Das ist die Art, wie Sie mit diesem Thema umgegangen sind. Dafür verschwenden Sie Personalressourcen, anstatt die Leute in Ihrem Ministerium mit der Sachaufklärung zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Sie und Ihr Haus beschwerten sich darüber, dass Sie von uns in dieser Sache eine Vielzahl von Anfragen bekommen haben. Ja, wir müssen Ihnen alles aus der Nase ziehen. Wir machen aber trotzdem unseren Job, die Regierung zu kontrollieren. Hier wird es offenbar, dass das mehr als notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Sie vorhin davor gewarnt, jetzt alles auf eine individuelle Person abzuwälzen. Sie mauern, Sie blocken ab, Sie verzögern, und Sie desinformieren seit Monaten, auch im Ausschuss. Jetzt suchen Sie Ihr Heil in einem Bauernopfer.

Ich kann es nicht stehen lassen, wie Sie unser Gutachten abgetan haben. Hier geht es um ganz konkrete Punkte: Wieso dauert es so lange, mindestens sechs Wochen, bis Regelproben ausgewertet sind? Zu diesem Zeitpunkt kann man nichts mehr unternehmen, nicht einmal einen Rückruf durchführen; denn die Eier sind längst verkauft, in der Pfanne gelandet und aufgegessen. Eine präventive Wirkung entsteht dadurch nicht, weil der Unternehmer die Ware nicht mehr zurückrufen kann und ihm dadurch auch keine Kosten entstehen. Sie müssten einmal klar sagen, wie Sie es in Zukunft halten wollen. Dazu haben wir kein Wort gehört. Wie sieht es in solchen Fällen mit Lebensmittelwarnungen und mit der Information der Öffentlichkeit aus? Das ist der Punkt.

Die Bayerische Staatsregierung hat nicht dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit gewarnt wird, und sie hat nicht die richtigen Maßnahmen ergriffen. Das ist nicht

das Verschulden dieses einzelnen Tierarztes; oder soll dieser Mann jetzt auch dafür verantwortlich sein?

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist die politische Verantwortung!)

Herr Staatsminister Dr. Huber, unser Fraktionsvorsitzender hat gesagt, dass wir Sie beim Wort nehmen werden und auf Ihre Informationen warten. Eines möchte ich jetzt noch sachlich hinzufügen: Seit Mitte Juli 2014 sind Meldungen aus dem Europäischen Schnellwarnsystem eingelaufen. Andere europäische Länder haben diese Warnungen sehr ernst genommen. Jetzt erzählen Sie uns, über Ihren Schreibtisch würden jährlich über 15.000 Vorgänge gehen; Sie könnten sich nicht mehr an jeden einzelnen erinnern. Sie haben ein Problem in Ihrem Haus, wenn die zahlreichen Warnungen aus dem Europäischen Schnellwarnsystem wegen eines europaweiten Salmonellenausbruchs so weit unten rangieren.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Aiwanger hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIEN WÄHLER haben dieses Thema von Anfang an sehr fair begleitet und gesagt: Klärt erst einmal auf. Wir wollten nicht zu schnell mit Schuldvorwürfen in die Arena steigen. Was sich aber in den letzten Wochen aufgebaut hat und sich auch heute hier abzeichnet, spottet jeder Beschreibung. Meine Damen und Herren, so können Sie nicht weitermachen. Die CSU ist dabei, den Agrarstandort Bayern und den guten Ruf Bayerns zu beschädigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Agrarminister Brunner, wir sind einmal als "Feinkostladen Europas" losmarschiert. Jetzt sind wir bei einem Kabinett der faulen Eier angekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, muss das sein?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Redner der CSU, Herr Hünnerkopf, hat gesagt, es komme auch woanders einmal vor, dass es Tote gibt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hat er nicht gesagt!)

Er hat sich nichts dabei gedacht, als es hieß, die Ereignisse wären schon im Jahr 2014 gewesen, aber man hätte das nicht mehr so im Kopf gehabt. Die Firma Pohlmann, die mit Sicherheit kein unbeschriebenes Blatt ist, deckt die Eierproduktion in Bayern mit 25, 30 oder 40 % ab. Darauf müssen wir ein sehr viel größeres Augenmerk richten. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, dass die Kontrolleure vor Ort schon funktionieren würden und dass ein Großteil der bayerischen Eierproduktion eventuell durch einen korrupten Veterinär ins Gute oder ins Negative gesteuert werden kann. Es ist fahrlässig, wie Sie mit dem Agrarstandort Bayern umgehen. Das muss ich hier so feststellen.

Meine Damen und Herren, wir fordern hier volle Aufklärung. Diese Aufklärung müsste längst ein paar Schritte weiter sein als bei der Feststellung, dass wir Ende Januar wieder einen Bericht bekommen, bei dem wieder ein paar Zeilen, juristisch geprüft, verlesen werden. Sie verspielen hier sehr viel. Sie verspielen das, wofür viele kleine, mittelständische und in der bäuerlichen Landwirtschaft Tätige seit Jahrzehnten arbeiten, nämlich eine Qualitätsproduktion für den Ruf Bayerns nach außen. Diese Qualitätsproduktion wird hier durch stümperhaftes Regierungshandeln in wenigen Wochen beschädigt. Das Wort "Bayern-Ei" wird wahrscheinlich für längere Zeit als Volksbelustigung außerhalb Bayerns in die Annalen eingehen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Qualität aus Bayern!)

Wenn Sie unter dieses Theater nicht sofort einen Schlusstrich ziehen, wird man bei diesem Thema über Bayern spotten wie seinerzeit bei der Landesbank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, auch die anderen Sünden der CSU-Agrarpolitik in den letzten Monaten zu benennen: Die CSU hat sich im Agrarausschuss ablehnend zur Übernahme von "Tengelmann" durch "EDEKA" positioniert, wohl wissend, dass die Entscheidung im Wirtschaftsausschuss getroffen wird, wo dieser Übernahme zugestimmt wurde. Gegen den Willen der bäuerlichen Landwirtschaft wurde damit eine Marktkonzentration durchgedrückt. Für das "Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt" wurde jedoch so getan, als ob die CSU an der Seite der Bauern stünde. Meine Damen und Herren, was Sie hier abziehen, ist mindestens politische Bauernfängerei, wenn nicht politischer Betrug!

(Josef Zellmeier (CSU): Unsinn!)

- Das ist kein Unsinn. In einem Ausschuss wurde den Landwirten erklärt: Nein, nein, die Fusion wollen wir nicht. - Im Wirtschaftsausschuss, der die Federführung hat, wurde die Fusion jedoch unterstützt. Das ist Bauernfängerei in Reinkultur. Das beherrschen Sie ja sehr gut.

(Josef Zellmeier (CSU): In der CSU herrscht Meinungsfreiheit, im Gegensatz zu Ihrer Partei!)

Meine Damen und Herren, ich komme damit auf TTIP. Auch dort marschieren Sie vorne mit.

(Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Reden Sie einmal zur Sache! Das ist unglaublich!)

Bei genauerem Hinsehen merkt doch heute jeder, dass Sie mit Ihrem Pro-TTIP-Kurs all das noch verschärfen, was wir ohnehin kaum noch im Griff haben. Sie sind nicht mehr in der Lage, die Produkte in Bayern zu kontrollieren, und wollen noch mehr Agrarimporte aus Amerika. Da ist dann gewiss der richtige Stempel drauf, wenn wir uns darauf verlassen.

(Zuruf von der CSU: Sie haben keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Agrarpolitik kommen wir nicht mehr weiter. Wir FREIEN WÄHLER fordern eine stärkere bäuerliche und mittelständische Sicht. Herr Brunner, ich würde mir wünschen, dazu von Ihnen ein paar Takte zu hören. Ich glaube, es ist an der Zeit, zu begreifen, worum es hier geht. Es geht um den Agrarstandort Bayern. Eine frische Frau Ministerin ist hier vielleicht etwas überfordert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Es wird Zeit, dass Sie unter 5 % rutschen! Das ist ja nicht mehr mit anzuhören!)

Ich werfe ihr das gar nicht vor. Ich werfe das eher den alten Hasen vor. Vielleicht hat man hier einer jungen Ministerin, die gar nicht gewusst hat, wie ihr geschieht, ein paar faule Eier untergeschoben, damit Sie sie ausbrütet und andere in Deckung gehen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Das ist frauenfeindlich! – Josef Zellmeier (CSU): Billigste Propaganda!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt sind wir mittendrin. – Es wäre schön, wenn wir in unserer lebendigen Debatte ein bisschen auf die Inhalte achten würden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Steinberger, bitte.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ich möchte vom agrarpolitischen Exkurs des Herrn Kollegen Aiwanger wieder zurück zum Bayern-Ei-Skandal kommen. Wenn wir diesen Skandal nicht so bald wie möglich aufklären, wird er zur größten Beschädigung der Marke "Bayern" führen, die wir seit Langem hier erlebt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich es richtig verstanden habe, fordert die CSU-Fraktion, dass wir Ruhe geben und uns nicht mehr mit dem Thema Bayern-Ei beschäftigen sollen. Wir wären daran schuld.

(Josef Zellmeier (CSU): Sie wissen anscheinend schon mehr als alle anderen!)

Daran ist jemand anderes schuld, bestimmt nicht wir. Herr Staatsminister Dr. Huber hat gesagt, er könnte sich nicht mehr an alles erinnern, es wäre schon sehr lange her. Ich verstehe das. Ich glaube aber nicht, dass das, was im Juli/August 2014 im Verbraucherschutzministerium passiert ist, alltäglich ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Er wusste doch, dass er heute befragt wird!)

Im Europäischen Schnellwarnsystem gehen die Warnungen der Länder ein. Diese Warnungen gehen natürlich auch an das LGL und an das Ministerium. Nur zur Erinnerung: 10.07. - eine Warnung aus Frankreich; 10.07. - wieder eine Warnung aus Frankreich: lebensmittelbedingter Ausbruch durch Roh-Ei; 17.07. - Salmonella wurde nachgewiesen; 01.08. - vermutlich lebensmittelbedingter Ausbruch in Frankreich durch Mayonnaise; dann eine Nachricht aus Österreich am 31.07. - das alles war noch vor dem August 2014 -; am 12.08. eine Meldung aus Luxemburg; am 08.08. eine Meldung aus dem Vereinigten Königreich. - Wenn Sie jetzt sagen, Sie können sich daran nicht mehr erinnern, dann wundert mich das. Immerhin war das schon ein massiver, nicht alltäglicher Salmonellenausbruch. Zusätzlich haben wir die Feststellung einer Überschreitung der Salmonellose-Ausbruchsschwelle in Niederbayern und in der Oberpfalz im Juli 2014. Herr Huber, wenn Sie sich daran nicht mehr erinnern können, dann machen Sie sich bitte schlau. Ich bezweifle das; denn solche großen Ausbrüche gibt es bei uns nicht alle Tage. Das war massiv. Unserer Meinung nach ist darauf nicht richtig reagiert worden.

Noch ein Wort dazu, dass hier immer gesagt wird, es handle sich um einen Einzelfall. Es heißt immer, da ist ein schwarzes Schaf, die Staatsanwaltschaft ermittelt schon. Wenn man schaut, was in den letzten zehn Jahren alles passiert ist, gelangt man zu dem

Schluss, dass das kein Einzelfall ist, sondern ein System dahintersteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das "Straubinger Tagblatt" hat am Wochenende eine schöne Zusammenstellung gemacht mit der schönen Überschrift: Immer wieder Veterinäre.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In dem Artikel ging es darum, wann es Lebensmittelskandale in Bayern gegeben hat. Die Aufzählung beginnt im Januar 2001 mit dem Handel von Antibiotika auf Parkplätzen. Wir wissen noch, das war im November 2006. Es folgt der Gammelfleischskandal von Berger Wild, mit dem Minister Schnappauf sehr beschäftigt war. Das war im November 2006 und ist wohl gemerkt fast zehn Jahre her. 2014 wird dann das Handeln einer Mitarbeiterin des Veterinäramts Dillingen beim Putenfleischskandal bekannt. Es folgt im Jahr 2015 der Schlachthof in Coburg. Auch dort geht es um die Veterinäre, die nicht richtig kontrolliert haben. Nun haben wir Bayern-Ei im Jahr 2015. Angesichts dessen kann man doch nicht mehr von einem Einzelfall sprechen. Man kann nicht mehr davon ausgehen, dass alles gut ist, wenn man einen Veterinär austauscht. Die Sache hat System, deshalb müssen wir an das System heran. Es hilft nicht weiter, einfach nur Leute auszutauschen und Bauernopfer zu bringen. Das hilft nicht weiter.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir bereiten uns jetzt auf die Abstimmungen vor. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich erst über die anderen Anträge abstimmen und anschließend über den SPD-Antrag, weil diese Abstimmung in namentlicher Form erfolgt. Wir wären dann nämlich richtig in der Zeit und könnten die Abstimmung durchführen.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/9396 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/9395 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte

ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So stimmt man ab!)

Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9374 abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung, es kann begonnen werden. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 12.54 bis 12.59 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird uns dann bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir fortfahren können.

(Unruhe)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich möchte gerne in der Sitzung fortfahren. Ich habe Zeit.

(Unruhe)

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wertstoffgesetz ablehnen (Drs. 17/9375)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz! (Drs. 17/9397)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Wertstoffverwertung wirksam mitgestalten - Stellung der Kommunen stärken! (Drs. 17/9398)**

Ich eröffne die Aussprache. Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistages hat

am 17.11.2015 in einer Resolution – ich habe sie auch dabei - zum geplanten Wertstoffgesetz klar und eindeutig Folgendes formuliert: Bereits im Juni 2015 forderten die kommunalen Spitzenverbände Nachbesserungen. Doch statt die öffentlichen Entsorger zu stärken, schränkt der Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums die Rolle der Kommunen noch stärker ein. Die bayerischen Städte und Landkreise lehnen den Entwurf klar ab. - Sie sagen, in dieser Form soll das Wertstoffgesetz nicht in Kraft treten; denn es entstehe kein Kilogramm weniger Müll. Die Kommunen verlieren vielmehr massiv Erlöse für Altpapier und Altmetall. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen bis zu 20 % mehr Gebühren. Verpackungsmaterial und anderes Plastik wird zulasten der Umwelt entsorgt und nicht sinnvoll recycelt. Die Kommunen – das ist uns besonders wichtig – verlieren fast alle Möglichkeiten, ein für die Bürger gut funktionierendes System zu gewährleisten. Ich nenne als Stichwort nur die Wertstoffhöfe. Das Fazit des Bayerischen Landkreistages: Wertstoffgesetz ab in die Tonne!

Diese Position unterstützen inzwischen auch die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe, der Deutsche Landkreistag und einige Bundesländer, zum Beispiel Baden-Württemberg, sowie der Verband kommunaler Städte- und Abfallwirtschaftsbetriebe. Wir FREIE WÄHLER unterstützen diese Position voll und ganz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Antrag ist ehrlich und konsequent. Er spricht die Realität an. Wir müssen auf die Große Koalition in Berlin keine Rücksicht nehmen. Wir können sagen, wie die Realität ist und wo die Schwächen liegen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt zwei nachgezogene Dringlichkeitsanträge. Einer kommt von der CSU. Darin heißt es: "Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz!" Das ist doch kein Ehrgeiz. Wir wollen eine Verbesserung erzielen und nicht nur die Verschlechterung verhindern. Das ist uns viel zu wenig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Antrag ist eine unverbindliche Softversion dessen, was wir haben wollen. Sie müssten auf Ihrer Seite viel stärker auf den Tisch hauen, wenn es um die Sache gehen soll. Sie sagen, die kommunale Selbstverwaltung solle erhalten bleiben. Nein, das ist uns zu wenig. Für uns ist das ein absolutes Muss. Die kommunale Selbstverwaltung muss erhalten bleiben, die kommunale Selbstverwaltung muss gestärkt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der SPD ist etwas besser. Hinzufügen muss ich aber auch, dass konkrete Hinweise auf die tatsächlich vorhandenen Mängel fehlen. Wir wissen, dass Sie mit Ihrer Bundesumweltministerin ein bisschen sorgsamer umgehen müssen. Wir müssen auf die Bundesumweltministerin keine Rücksicht nehmen, Herr Kollege.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Vielleicht ist das besser so!)

Sie sprechen von "ambitionierten Forderungen" in dem Gesetz. Das sehen wir nicht so. Die Forderungen sind viel zu wenig und viel zu gering. Sie sprechen von einem "gewissen Verbesserungspotenzial". Das ist nach unserer Meinung insgesamt auch noch zu wenig. Wir sehen ein großes Verbesserungspotenzial, das wir nutzen müssen. Diese Forderung ist im Sinne der Verbraucher, im Sinne der Umwelt und im Sinne der Kommunen, meine Damen und Herren. Die Resolution des Landkreistages ist wichtig. Das ist unsere Position, die auch Sie vertreten müssen, wenn es Ihnen konkret um die Sache geht.

Natürlich weiß auch ich, dass die Beratung des Gesetzes im Bundestag und seinen Ausschüssen schon siebenmal verschoben worden ist. Das Gesetz war insgesamt gut gemeint. Mit einer neuen Wertstofftonne, der orangefarbenen Tonne, sollte eine bessere Verwertung ermöglicht werden. Das alles ist zwar gut gemeint. Wenn wir aber sehen, was bei dem insgesamt gut gemeinten Gesetz herauskommt, sind wir sehr enttäuscht. Wir verstehen, dass sich die Kommunen vehement dagegen wehren.

Kritisiert werden muss insbesondere, dass mit diesem Entwurf keine Müllvermeidung erzielt wird. Es geht lediglich darum, größere Mengen an Wertstoffen zu sammeln, mit denen man Geld verdienen kann. Die Müllvermeidung kommt praktisch gar nicht vor. Das Sammeln der Verpackungen darf nicht im Mittelpunkt des Gesetzes stehen. Zuerst muss Abfall vermieden werden. Das ist auch im Sinne unserer Umwelt ganz wichtig. Wenn es ein neues Wertstoffgesetz gibt, muss auf jeden Fall die Abfallvermeidung darin enthalten sein.

Es geht auch um die Sammelziele. 25 Kilogramm Verkaufsverpackungen werden gefordert. Das sind 10 Kilogramm weniger, als es jetzt der Fall ist, nämlich 35 Kilogramm. Den Bock zum Gärtner macht der Gesetzentwurf, wenn die Kontrolle über die Lizenzierung von Verkaufsverpackungen einem Gremium übertragen werden soll, in dem der Handel und die Hersteller vertreten sind, in dem die Kommunen aber nur eine Gastrolle haben. Nein, das darf nicht sein. Die Kom-

munen müssen im Mittelpunkt solcher Verhandlungen stehen. Sie dürfen als Gäste nicht außen vor bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann noch zu den Müllgebühren: Finanziert werden soll das neue Wertstoffgesetz über eine Abgabe vergleichbar der bestehenden Abgabe auf Verkaufspackungen, die beim Kauf dann im Kaufpreis enthalten sein wird. Dann werden die Kosten wieder dem Verbraucher aufgebürdet. Das schreibt auch der Landkreistag. Wenn es Defizite gibt, wird der Verbraucher zum zweiten Mal zur Kasse gebeten. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Verbraucher entlastet, nicht belastet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen stimmen wir FREIE WÄHLER mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund darin überein, dass die Zuständigkeit der Kommunen für die Erfassung wertstoffhaltiger Abfälle eine Mindestbedingung für ein ökologisches und sozial verträgliches Konzept sein muss. Wir wollen nicht, dass die Gebühren steigen. Wir befürchten aber, dass es in Teilen zu einer Privatisierung von Wertstoffgewinnen und zu einer Sozialisierung von Abfallkosten kommt. Das kann nicht im Sinne der Bürger in Bayern sein. Deswegen muss dieses Gesetz verhindert werden. Ich glaube, das wollen wir eigentlich alle.

Sie müssen zwar auf Ihre Große Koalition ein bisschen Rücksicht nehmen, Sie müssen aber auch schauen, wie die Kommunen von diesem Gesetz betroffen sind. Wir müssen dieses Gesetz gemeinsam verhindern. Wir wollen und müssen die kommunale Selbstverwaltung erhalten. Deshalb bitte ich Sie mit Nachdruck, diesen Gesetzentwurf abzulehnen und auf eine Lösung zu drängen, die der kommunalen Daseinsvorsorge den Rücken stärkt. Der vorliegende Gesetzentwurf – darin sind wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einer Meinung – muss abgelehnt werden. Wir sagen das, was auch der Landkreistag sagt: Wertstoffgesetz ab in die Tonne!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor ich in der Rednerliste mit Herrn Dr. Hünnerkopf weiterfahre, darf ich mit großer Freude meinen Vorgänger im Amt, Herrn Präsidenten Alois Glück, begrüßen. Lieber Herr Präsident, lieber Alois Glück, ganz herzlich willkommen! Es freut uns ganz besonders, dass Sie in Begleitung der Bergwacht heute hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Deswegen können wir Ihnen stellvertretend für alle ehrenamtlichen Kräfte heute ein ganz herzliches Dankeschön für Ihre großartige ehrenamtliche Arbeit sagen, die Sie leisten. Das gilt für alle, die in Bayern hervorragend im Ehrenamt aufgestellt sind. Danke schön, dass Sie da sind. Ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für Sie!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich in der Aussprache weiterfahren. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, bitte.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER fordern in ihrem Dringlichkeitsantrag, den Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz im Rahmen der Länderbeteiligung abzulehnen. Sie haben es gehört: Es handelt sich um einen Arbeitsentwurf.

Dieser liegt seit dem 21. Oktober vor. Darin werden erste Gedanken zu Papier gebracht. Jeder, der weiß, wie sich Gesetze entwickeln, weiß auch, dass an einem Arbeitsentwurf ständig Ergänzungen bzw. Verbesserungen vorgenommen werden. Unterschiedliche Interessen werden aufgegriffen und eingewoben. Wir reden noch nicht von einem Gesetzentwurf und schon gar nicht von einem Gesetz, sondern von einer ersten Arbeitsgrundlage.

Meine Damen und Herren, über das Thema Wertstoffgesetz wird seit vielen Jahren kontrovers diskutiert; insoweit haben Sie recht, Herr Kollege Fahn. Unter dieser Überschrift wird die gemeinsame Sammlung und Entsorgung von Verpackungen und sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen verstanden. Verbraucher sollen, so die Grundidee, zum Beispiel eine Bratpfanne und Verpackungsmaterial, zum Beispiel eine Konservendose, in dieselbe Tonne werfen dürfen. Das wird oft schon so gemacht und soll jetzt legalisiert werden. Die gemeinsame Wertstofffassung und -entsorgung sollen auf eine langfristig tragfähige Grundlage gestellt werden.

In diesem Zusammenhang wird besonders über die künftige Organisation der Sammlung diskutiert. Verschiedene Kommunen und kommunale Verbände, auch die FREIEN WÄHLER, setzen sich für ein Modell ein, in dem die Verantwortung für die Erfassung aller Wertstoffe allein bei den Kommunen liegt. Dieser erste Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums – er datiert vom 21. Oktober; ich habe es gesagt – ist unverbindlich und zeigt Ansätze auf, wie ein Wertstoffgesetz gestaltet werden könnte.

Anders, als die FREIEN WÄHLER in ihrem Antrag fordern, greift der Entwurf Regelungen der derzeit gel-

tenden Verpackungsverordnung auf und entwickelt diese zu einem Wertstoffgesetz weiter. Damit geht das Bundesumweltministerium auf dem einmal beschrittenen Weg, die Produktverantwortung zu stärken, weiter. Hersteller und Vertreiber von Erzeugnissen sind verantwortlich für deren Entsorgung und können dabei auf die Unterstützung privatwirtschaftlich organisierter dualer Systeme zurückgreifen. Die Bedeutung der Produktverantwortung darf auch in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden.

Pro Einwohner und Jahr lassen sich unter Nutzung der Wertstofftonne Erzeugnisse aus Metall und Kunststoff bis zu einem Gewicht von 5 kg – nur damit Sie eine Vorstellung von der Größenordnung bekommen – recyceln. Das duale System hat in diesem Zusammenhang bisher oft von "Fehlwürfen" der Endverbraucher gesprochen, da nicht nur Verpackungen, sondern auch Haushaltsabfälle aus Kunststoff und Metall in die entsprechende Tonne geworfen wurden. Künftig soll dies regulär möglich sein und in das duale System eingebracht werden können. Über die Frage, ob dieses Anliegen vom Grundsatz verwerflich ist, mag sich jeder seine Gedanken machen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das bewährt sich doch heute schon nicht!)

– Wir sehen das etwas anders. – Daneben sind weitere Änderungen vorgesehen, zum Beispiel die Erhöhung der Verwertungsquoten im Interesse der Umwelt, der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes.

Lieber Kollege Fahn, die Vermeidung ist immer ein sehr wichtiger Aspekt; das ist klar. Aber beim Wertstoffgesetz geht es um das, was anfällt, und um dessen Wiederverwertung. Die Intention ist, dies noch zu optimieren, das heißt, die schon hohe Recycling- bzw. Wiederverwertungsquote weiter zu verbessern. Wir können auch hier immer wieder feststellen: Das Besere ist der Feind des Guten.

Der Arbeitsentwurf ist als interessante, spannende Diskussionsgrundlage geeignet. Den Grundgedanken tragen wir mit. Eine verfrühte Festlegung hielten wir für deplatziert und wollen sie deshalb vermeiden.

Die Staatsregierung wird auf Arbeitsebene die bayerischen Belange in die Diskussion einbringen; davon können Sie ausgehen. Das ist schon im Gange und wird weiterhin mit der nötigen Sorgfalt betrieben. Die berechtigten Belange von Kommunen und Bürgern werden dabei selbstverständlich berücksichtigt. Das ist in der Vergangenheit so gewesen und wird auch in Zukunft so sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Berücksichtigt" ist zu wenig! Die müssen im Zentrum stehen!)

– Ich bitte Sie! Sie glauben doch nicht im Ernst, die Bayerische Staatsregierung werde die Interessen unserer Kommunen übersehen.

Die Staatsregierung wird sich vehement dafür einsetzen, dass beispielsweise die bayerischen Wertstoffhöfe, wie wir sie kennen, als bewährtes Element dieses Systems erhalten bleiben. Das steht außer Frage.

Einen Angriff auf die kommunale Daseinsvorsorge können wir in dem Arbeitsentwurf wirklich nicht erkennen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die kommunalen Spitzenverbände erkennen das sehr wohl!)

Insoweit werden von den FREIEN WÄHLERN unnötige Ängste geschürt; das muss man einfach so sagen.

Einige wesentliche Punkte will ich noch ansprechen. Eine bürgerfreundliche Wertstoffentsorgung ist von wesentlicher Bedeutung für die Akzeptanz der Kreislaufwirtschaft. Daher ist es unser Anliegen, dass sie aufrechterhalten und intensiviert wird. Eine faire Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den privaten Entsorgern aus dem Mittelstand ist in diesem Zusammenhang elementar. Aber nicht nur die Entsorgung, sondern auch die Erfassung von Wertstoffen muss flächendeckend gesichert sein. Neue Impulse zur Abfallvermeidung und für ein hochwertiges Recycling – Herr Fahn, Sie haben es angesprochen – sind sicherlich wünschenswert, aber momentan nicht im Fokus.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Arbeitsentwurf – ich kann mich wiederholen – enthält unverbindliche Anregungen und die Punkte, die zu regeln sein werden. In diesem Stadium kann sich die Staatsregierung nicht festlegen. Es gilt weiterhin, die unterschiedlichen Interessen auszutarieren und zu schauen, wie man zu einem Ergebnis kommt, mit dem beide Seiten leben können. Das ist Inhalt unseres Antrags; das wüssten Sie, wenn Sie ihn genau gelesen hätten. Schon aufgrund dieser Formulierung ist unser Antrag zustimmungsfähig.

Die Tonalität bzw. der Duktus des Antrags der FREIEN WÄHLER lassen uns keine andere Wahl, als diesen abzulehnen.

An die SPD gerichtet möchte ich sagen: Der Nachzieher war vielleicht nötig, weil das Thema hier behandelt wird.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Die CSU hat doch auch einen Antrag nachgezogen! Scheinheilig!)

Eine einfachere Möglichkeit wäre es, über den kleinen Dienstweg Einfluss zu nehmen, wenn es für notwendig erachtet wird.

Im Übrigen ist anzumerken, dass die in dem Antrag enthaltene Behauptung, nur 15 % der Plastikverpackungen würden stofflich recycelt, falsch ist. Mittlerweile hat sich der Anteil auf das Dreifache erhöht. Das soll nicht heißen, dass er nicht weiter gesteigert werden könnte. Mir scheint der Antrag der SPD mit heißer Nadel gestrickt worden zu sein. Es ist auch nicht zu erkennen, dass in dem Antrag die Interessen der anderen Partner des Entsorgungssystems berücksichtigt werden. Daher müssen wir auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Kurz vor Weihnachten als vorletzter Redner! Ich habe ja so viel Redezeit; so viel habe ich noch nie auf dem Schirm gehabt. Das verdanke ich Ihnen, Herr Ministerpräsident. Ich bedanke mich herzlich dafür.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Kollege Hünnerkopf – das darf ich an dieser Stelle ruhig einmal sagen. Wir haben selbstverständlich einen Nachzieher gebracht, weil die Ablehnung, die von den FREIEN WÄHLERN beschrieben worden ist, mit uns natürlich so nicht zu machen ist. Die Koalitionspartner haben sich auf gemeinsame Eckpunkte für ein sogenanntes Wertstoffgesetz verständigt, um das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft weiter voranzutreiben und um endlich einen rechtlichen Rahmen zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wertstofffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe – das ist das Besondere – zu schaffen. Zweifelsohne enthält der Arbeitsentwurf – ich darf "Arbeitsentwurf" betonen – des Gesetzes zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrenntfassung von wertstoffhaltigen Abfällen ambitionierte ökologische Forderungen, die ich an dieser Stelle besonders loben muss. Von den FREIEN WÄHLERN wird dies aber nur in einem Nebensatz erwähnt.

Neben einer dynamischen Recyclingquote und an der Recyclingfähigkeit orientierten Lizenzentgelten hat man sich auf Bundesebene auch auf die Erweiterung der Produktverantwortung auf stoffgleiche Nichtverpa-

ckungen aus Kunststoff und Metall geeinigt. Diesen Begriff muss man erklären. Was eine Verpackung ist, kann sich jeder vorstellen. Alles andere sind Nichtverpackungen, wenn sie denn stoffgleich, insbesondere aus Metall und Kunststoff, aber ohne elektronische Bauteile sind.

Momentan werden lediglich 15 % der Kunststoffpackungen stofflich verwertet. Herr Kollege Hünnerkopf, wenn man das thermische Recycling – so heißt es – mit einrechnet, sind es natürlich mehr. Wir wollen aber die stoffliche Verwertung vorantreiben, nicht die thermische Verwertung. Ich glaube daher, dass es wichtig ist, dass durch die Einführung des dringend notwendigen Wertstoffgesetzes vor allem wichtige Verbesserungen beim Recycling hochwertiger Kunststoffe zu erwarten sind. Es gibt ambitionierte Ziele, wie bereits erwähnt. 80 % sollen erfasst und auch recycelt werden. Für mich als Chemiker ist das ein Ziel, das wir hoffentlich erreichen werden – ich drücke mich jetzt vorsichtig aus. Ziele sind aber dazu da, damit man nach vorne blickt. Ich habe früher in meiner Tätigkeit als Umweltschutzingenieur am Landratsamt Ansbach viele Gesetze, Verordnungen und Grenzwerte gesehen, zu denen man gesagt hat: Wie werden wir sie einhalten? Die Industrie hat es dann doch geschafft.

Wir sind uns natürlich mit den Kolleginnen und Kollegen in Berlin einig, dass es bei den Verbesserungen vorangehen muss. Worüber man allerdings diskutieren kann, ist die Frage, wem die Organisationsverantwortung obliegen soll. Wir wollen eine echte Mitbestimmungsmöglichkeit für Kommunen an der Sammlungsgestaltung, da die kommunale Ebene auf diesem Gebiet sehr viel Erfahrung vorweisen kann und, wenn gewünscht, auch regionale Firmen einbinden kann. – Das vielleicht als kleiner Hinweis zum Nachzieher der CSU.

Selbstverständlich soll die in Teilbereichen hervorragend laufende Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Kommunen weitergeführt werden. Wenn Firmen gut sind, glaube ich nicht, dass diese befürchten müssen, nicht mehr dabei zu sein.

Wir können natürlich nicht akzeptieren, dass die Kommunen bei Schlechtleistung eines Unternehmens lediglich ein Rügerecht haben. Das können wir nicht hinnehmen. Die Kommunen müssen schon das Heft in der Hand haben, statt sich durch irgendwelche langen Klagewege kämpfen zu müssen. Die Verantwortung muss also ganz klar bei den Kommunen liegen.

Ich glaube, auch bei den ökologischen Aspekten können wir noch Verbesserungen erreichen, wobei ich zu den 80 % schon etwas gesagt habe.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

– Kollege Fahn, Sie lehnen das ja komplett ab. Sie müssen vorsichtig sein. Über die Details haben wir schon kurz diskutiert. Sie lehnen dieses Anliegen aber pauschal ab. Dazu muss ich sagen: Das ist nicht unser Stil. Wir sagen: Endlich passiert etwas; endlich kommen Ministerin Hendricks und Florian Pronold und greifen das Problem auf. Die jahrelange Hängepartie wird hoffentlich beendet.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Danke schön, lieber Paul, auch um diese Zeit kurz vor Weihnachten. Wir wollen die ökologischen Aspekte in den Vordergrund rücken – das habe ich bereits genannt. Wir wollen eine echte Lenkungswirkung der Lizenzgebühr. Vorgesehen ist: Wenn jemand ein Produkt hat, das man nicht recyceln kann, wird ihm gesagt: Wenn du es nicht schaffst, bereits in der Produktion auf das Recycling und auf die Wiederverwertung einzugehen, dann musst du mehr Geld dafür bezahlen. Das ist der richtige Weg. Mit Sicherheit gibt es hier aber noch Diskussionsmöglichkeiten und Diskussionsbedarf. Die Große Koalition wird natürlich darüber diskutieren.

Wichtiger wäre für uns alle natürlich, dass die Abfallvermeidung im Vordergrund steht, dass man einen Stoff so oft wie möglich verwendet und verwertet. Ich glaube, wir brauchen nicht darüber zu streiten, dass es technische Grenzen gibt. Die Vermeidung muss aber im Vordergrund stehen. Daher sollten wir gemeinsam nochmals einen Versuch unternehmen. Allerdings frage ich mich, ob das Gesetz tatsächlich entsprechend gestaltet werden kann. Die Abfallvermeidung wäre aber ganz besonders wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute den Kommunalpolitikern viel Vertrauen geschenkt. Danken möchte ich deshalb an dieser Stelle auch einmal allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, egal ob sie jetzt 6, 12, 18 oder 24 Jahre lang diesen wichtigen, aber auch sehr harten Job gemacht haben. Ich durfte 18 Jahre Bürgermeister sein. Ich kenne keinen Bürgermeisterkollegen, der sich nicht mit ganzem Herzen für seine Gemeinde eingesetzt hat. Die gestrige Bemerkung von Minister Söder war einfach nicht notwendig. Jeder aktive und ehemalige Amtsträger, egal welcher Partei, hat in diesem Hohen Haus entsprechenden Respekt verdient. Dazu gehört auch Paul Wengert, der 18 Jahre lang Bürgermeister war und sich mit Sicherheit für seine Kommune genauso stark engagiert hat wie alle anderen auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte um Zustimmung zum Gesetzentwurf bzw. zu unserem Nachzieher.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt Herr Kollege Magerl. Bitte.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir das Thema zweifelsohne noch ausführlicher und öfter im Ausschuss haben werden, schenke ich Ihnen vorweihnachtlich etwas, was Sie nicht haben, nämlich Zeit, und mache es sehr kurz.

Wir werden allen drei Anträgen zustimmen. Ich meine auch, dass der Entwurf so verkorkst ist, dass er zurückgezogen werden sollte. Dieses Ansinnen wird aber wohl keine Mehrheit finden. Deswegen stimmen wir den anderen Anträgen zu, mit denen versucht wird, wenigstens Verbesserungen zu erreichen.

Ich sehe mir das alles an. Abfallvermeidung ist zwar nicht originär der Punkt, aber sie ist etwas, für das mein Herz schlägt, zu dem ich sage, dass wir die Anstrengungen noch deutlich verstärken müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was ein entsprechendes Gesetz auf diesem Gebiet leisten müsste – das jetzige Gesetz tut dies leider nicht –, sind Verbesserungen für die Umwelt, sind deutlich höhere Recyclingquoten, ist ein effizientes System und ist vor allen Dingen ein bürgerinnen- und bürgerfreundliches System. Das müsste aus meiner Sicht das Gesetz leisten. Der jetzige Entwurf leistet dies nicht. Deshalb lehnen wir ihn auch ab.

Der jetzige Entwurf verschärft die bestehenden Probleme. Er macht die Müllentsorgung nicht ökologischer und soll im Prinzip ein schlechteres System – Stichwort DSD – zementieren. Das kann es nicht sein.

Bei einem neuen Gesetz müssen wir darauf achten voranzukommen, statt einen Rückschritt zu machen, wie ich hier befürchten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege Magerl. – Jetzt noch einmal Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Hünnerkopf, Sie haben den Ton unseres Antrags angesprochen. Herr Hünnerkopf, ich muss Ihnen sagen:

Das ist der Ton des Landkreistages. Ich habe dessen Resolution sogar hier.

Präsidentin Barbara Stamm: Nach der Geschäftsordnung ist das, was Sie jetzt machen, eigentlich gar nicht erlaubt.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): – Gut. – Das ist der Ton des Bayerischen Landkreistages. Dies ist ganz wichtig. Es handelt sich zwar um einen Entwurf; dieser wird aber schon intensiv in den Gremien diskutiert. Wir müssen rechtzeitig dagegen vorgehen. Uns ist es zu wenig, dass Sie sagen, der Entwurf sei spannend und werde von Ihnen mitgetragen, wir würden unnötig Ängste schüren. Ich muss darüber lachen. Der Städtetag, der Landkreistag und kommunale Abfallbetriebe sagen und kritisieren genau dies. Schüren sie also auch Ängste? Schüren die Kommunen auch Ängste? Das kann ich nicht begreifen, Herr Hünnerkopf. Was Sie hier sagen, ist auch sachlich falsch. Es besteht, wie gesagt, die Gefahr, dass die Kommunen ihre Einflussmöglichkeit verlieren.

Ich bin seit 25 Jahren im Umweltausschuss des Kreistages Miltenberg. In der nächsten Kreistagssitzung am 17. Dezember steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Am Schluss der Einladung steht: Wir bitten Sie, die vom Bayerischen Landkreistag ausgearbeitete Resolution dem Kreistag vorzulegen und zuzustimmen. Mit dieser Resolution sollen wir uns an unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten wenden. Das werden wir im Landkreis Miltenberg am 17. Dezember beschließen. Ich habe die Anregung schon aufgenommen. Deshalb haben wir heute diesen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: War das jetzt ein Antrag, oder was war das? Soll namentlich abgestimmt werden, nachdem von der Bedeutung dieser Anträge gesprochen wurde?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Über unseren ja!)

– Namentliche Abstimmung zu einem bedeutenden Thema. Kolleginnen und Kollegen, da machen die Schlussworte heute große Freude, kann ich nur sagen.

Jetzt habe ich keine Wortmeldungen mehr. Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten, weil ich keine Freude habe, jetzt die Schlussworte zu sprechen. Ich unterbreche also für 15 Minuten und rufe dann zur namentlichen Abstimmung auf.

(Unterbrechung von 13.31 bis 13.46 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann. – Ich kann nur abstimmen lassen, wenn Sie alle Ihre Plätze wieder eingenommen haben.

Da wir die Anträge in der Abstimmung wieder trennen, lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/9375 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/9398 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung zum Antrag der CSU auf Drucksache 17/9397. Die Urnen stehen bereit. Ist das Hohe Haus mit einer Verkürzung der Zeit auf drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

Ich höre keinen Widerspruch. Ich bitte, nun die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 13.47 bis 13.50 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis geben wir noch bekannt.

Jetzt möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzes auch in Bayern!", Drucksache 17/9374, bekannt geben. Mit Ja haben 62 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9376 bis 17/9380 und 17/9399 bis 17/9401 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit hat das auch seine Richtigkeit.

Kolleginnen und Kollegen, damit wären wir am Ende der Sitzung. Es war für uns alle ein arbeitsreiches Jahr. Im Rahmen der heutigen wichtigen und grundsätzlichen Debatten haben wir deutlich machen können, dass ein lebendiges Parlament gut und richtig ist. Angesichts der Vorweihnachtszeit hätte ich mir jedoch gewünscht, dass vor einigen Formulierungen zunächst überlegt wird, ob sie nicht verletzen könnten. Das kann vielleicht schnell verziehen, aber nicht vergessen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir bitte noch ein Wort von meiner Seite. Eine Parlamentspräsidentin lebt mit den Parlamentsdebatten und ihren Inhalten. Die heutige Debatte hat mich in eine Zeit zurückgeführt, in der wir auch sehr intensiv und emotional miteinander diskutiert haben. Ich nenne nur das Stichwort BSE. Kollege Professor Gantzer hat mich damals kurz vor der Weihnachtspause ins Kloster geschickt. Daran habe ich mich heute erinnert, weil er diesen Zwischenruf wieder gemacht hat. Ich kann nur darum bitten, sich im Rahmen der Ausschussarbeit miteinander auf den Weg zu machen. Die Aufklärung sind wir den Menschen in Bayern schuldig. Das ist auch für das Vertrauen in unsere Arbeit wichtig.

Heute hat Frau Staatsministerin gesagt, dass ein neues Veterinärkonzept auf den Weg gebracht werden soll. Ich mache sonst keine Buchempfehlungen. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses jedoch mein Buch empfehlen, das ich im Jahre 2001 bei meinem Rücktritt in Anwesenheit der Presse überreicht habe. Ich habe gesagt: Das ist die Neuaufstellung des Veterinärbereichs in Bayern. Vielleicht kann man in das Buch noch einmal hineinschauen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nicht alles wird aktuell sein. Ich könnte mir jedoch vorstellen, dass man das eine oder andere, was ich damals an Umstrukturierungsmaßnahmen vorgeschlagen habe, für die Zukunft berücksichtigt.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt komme ich zu den Schlussworten.

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Wir bedanken uns beim Ministerpräsidenten nicht nur für seine heutige Anwesenheit, sondern auch für seine Gesprächsbereitschaft über die Fraktionen hinweg. Herr Ministerpräsident, Ihnen persönlich und den Mitgliedern der Staatsregierung sage ich ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten des Landtags, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates, den Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden der Ausschüsse und Kommissionen sowie ihren Stellvertretern. Ein herzliches Dankeschön richte ich auch an die Landtagsbeauftragten für die kollegiale und immer sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit. Einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen. Ein ganz besonderer Dank gilt auch den Beamtinnen und Beamten der Polizei. Außerdem danke ich unseren Sanitäterinnen und Sanitätern, die das ganze Jahr über an unserer Seite sind. Sie sind auch da, wenn wir Veranstaltungen in unserem Hause haben.

(Allgemeiner Beifall)

Danken darf ich auch den Damen und Herren von Presse, Hörfunk und Fernsehen für ihre Berichterstattung. Einen besonderen Dank richte ich an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts. Das gilt vor allem für die Betreuung der Sitzungen des Plenums, der Untersuchungsausschüsse und der Kommissionen. Ich danke dem Plenarreferat, dem Ausschussdienst, dem Rechtsreferat, den Stenografen, den Offizianten, dem technischen Dienst und der Medientechnik.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der vielen Veranstaltungen, vor allem der Fraktionen, die wir im Hause durchführen, möchte ich einen ganz besonderen Dank an unsere Hausmeister richten. Sie bewältigen tagein, tagaus ein bewundernswertes Arbeitspensum, damit wir unsere Arbeit verrichten können. Sie müssen sehr viel schleppen und organisieren. Wir machen zwar die Veranstaltungen, sie sind jedoch mit der Vor- und Nacharbeit beschäftigt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke auch unseren fleißigen Reinigungskräften. Außerdem danke ich unseren Bediensteten an der Pforte, die besonders wachsam sind. Wir haben im Haus ein Sicherheitskonzept. Danach bin ich immer wieder gefragt worden. Mir ist in den letzten Tagen und im Rahmen der Diskussionen im Präsidium bestätigt worden, dass wir auch weiterhin ein offenes Haus bleiben wollen. Dennoch werden wir uns unser Sicherheitskonzept in den nächsten Wochen anschauen – ohne große Hektik. Wir werden in Ruhe darüber beraten, ob wir bei diesem Konzept bleiben können oder noch besondere Vorkehrungen vornehmen müssen. Ich danke für die Zusammenarbeit und

die Wachsamkeit besonders unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Pforte. Wir werden die Westpforte personell verstärken, da die Arbeit dort angesichts der vielen Besucher von einer Person nicht mehr bewältigt werden kann. Das wollte ich schon ankündigen.

Lieber Herr Worm, dieser Dank gilt natürlich auch Ihnen, unserem Amtschef. Sie tragen ganz entscheidend dazu bei, dass das Landtagsamt in der Dienstleistung so aufgestellt ist.

Ich möchte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsgaststätte danken. Ich denke, sie haben in diesem Jahr unseren besonderen Dank verdient, nicht nur, was uns anbelangt, sondern vor allen Dingen, was die Betreuung der Besucher und Besucherinnen angeht. Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Allgemeiner Beifall)

Dann darf ich noch einen Satz von Franz von Sales anfügen, der gesagt hat:

Du darfst auf keinen Fall deinen inneren Frieden verlieren, auch dann nicht, wenn die ganze Welt aus den Fugen zu geraten scheint.

Dieser Satz macht deutlich, was uns in diesem Jahr ganz besonders bewegt hat und was uns weiterhin begleiten wird. Aber wir können auf unser stabiles Wertefundament vertrauen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieses stabile Wertefundament ist in unserer Bayerischen Verfassung festgeschrieben, die im nächsten Jahr ihren 70. Geburtstag feiert. Wir können auf unsere Bürgerinnen und Bürger vertrauen, die Tag für Tag die Werte unserer Verfassung leben.

Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit, die wir auch über die Fraktionen hinweg persönlich miteinander pflegen. Damit darf ich jetzt meine Schlussworte beenden und Frau Kollegin Aures das Wort erteilen.

(Allgemeiner Beifall)

Inge Aures (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, dass ich heute im Namen der Oppositionsfraktionen die Weihnachtsgrüße an Sie überbringen darf. Der heutige Tag wird sicher ein historischer Tag werden, nicht deswegen, weil wir die Salmonellendebatte hatten oder weil es unsere 62. Sitzung ist. Nein, er wird in die Weltgeschichte eingehen, weil die Weltklimakonferenz in Paris auf einem guten Weg ist. Ich hoffe, dass dort gute Entscheidungen getroffen werden, die unser Leben insgesamt beeinflussen. Wir hoffen, dass diese ent-

scheidenden Verbesserungen, die anstehen, auch uns im Land Bayern zukünftig helfen werden.

(Allgemeiner Beifall)

Unser Rückblick auf das vergangene Jahr ist wiederum von humanitären Katastrophen und von terroristischen Anschlägen geprägt. Viele Menschen haben auf kaputten Schlauchbooten im Mittelmeer und bei verheerenden, unmenschlichen Angriffen, den Terroranschlägen in Paris, ihr Leben verloren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese dramatischen Vorgänge berühren unsere Herzen, und wir sind in Gedanken bei den Opfern und bei deren Familien.

Wir spüren aber auch, dass unsere Bevölkerung nach wie vor mit uneigennütziger Energie Tag für Tag die Menschen ehrenamtlich versorgt und betreut, die vor Angst, Verfolgung, Krieg und Terror zu uns geflohen sind. Wir Politiker und Politikerinnen müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir dies in Bayern ohne dieses ehrenamtliche Engagement nicht hätten bewältigen können. Deshalb sind wir den Ehrenamtlichen gegenüber heute zu großem Dank und zu großem Respekt verpflichtet. Ich freue mich, dass heute auch Vertreter der Bergwacht da sind. Auch diese sind immer mit involviert. Sie sind heute gewissermaßen stellvertretend für die Ehrenamtlichen hier: Meinen Dank möchte ich ausdrücklich an alle Helferinnen und Helfer sowohl bei den Kirchen als auch bei allen Wohlfahrtsverbänden richten.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte heute auch ganz bewusst den Bogen zur inneren Sicherheit in unserem Land spannen. Die Menschen müssen sich in ihrer Heimat wohlfühlen. Sie dürfen keine Angst haben. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir unsere Polizei haben, dass sie uns als Partner stets zur Seite steht. Das wird uns immer ganz besonders bewusst, wenn wir selbst bei Demonstrationen sind und von Weitem das Skandieren von Pegida hören. Da sind wir froh, dass wir uns auf die Polizei verlassen können. Meine Damen und Herren, die Polizei ist zwar gut gerüstet; aber wir brauchen immer noch mehr Stellen, um diese Sicherheit wirklich zu gewährleisten. Das gilt auch für Lehrerinnen und Lehrer. Aber da hoffen wir ab dem 01.01.2016 auf eine massive Verstärkung. Der Haushalt hat es ja jetzt hergegeben.

Bei uns auf dem Land, bei uns in der Provinz sichern die Flüchtlingskinder derzeit teilweise den Erhalt der Klassen. Man sollte darüber nachdenken, dass in der Bildungspolitik auch der demografische Wandel berücksichtigt werden muss. Das Land Bayern wird bis zum Jahr 2032 einen Zuwachs von rund 2 % zu verzeichnen haben. Wir in Oberfranken verlieren 7,9 %.

Ich denke, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Bayern und die Statistik aus dem Jahr 2011 deutlich machen, dass das, was jetzt in der Verfassung steht, noch nicht erreicht ist. In ganz Bayern beträgt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 36.317 Euro, in Oberbayern 43.394 Euro und beispielsweise bei uns in Oberfranken 29.834 Euro. Meine Damen und Herren, ich denke, da muss man nicht rechnen können, um zu sehen, dass die Diskrepanz von 13.000 Euro, eine Differenz von rund 31 %, fast ein Drittel ausmacht. Ich denke, da gibt es für den ländlichen Raum noch viel zu tun. Franken und die Oberpfalz zähle ich da einfach zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Franken ist im Jahr 1806 unfreiwillig zu Bayern gekommen. Da hatte uns Napoleon sozusagen unfreiwillig verkauft. Da gibt es ein Zitat aus der "Süddeutschen Zeitung". Der Erbe des großen Staatsmannes Rudolf-Konrad Graf von Montgelas hat eine Stiftung gegründet und den ganzen Besitz dort eingebracht. Da zitiere ich aus dem Gespräch des Vorfahren Maximilian von Montgelas, der mit dem König Max I. Joseph von der Schaffung des neuen Bayerns, um Franken und Schwaben erweitert, gesprochen hat. Ich zitiere sinngemäß: 1806 fragte der König: Sagen Sie, Montgelas, warum wollen Sie die Franken eigentlich haben? Die passen doch gar nicht zu uns. Darauf antwortete Montgelas: Die brauche ich unbedingt. Das ist die einzige Möglichkeit, den altbayerischen Schlendrian auszutreiben.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Wir hoffen also auf große Unterstützung. Wir hinken noch etwas hinterher.

Meine Damen und Herren, das neue Jahr 2016 wird uns erneut vor große Herausforderungen stellen. Wir werden Lösungen finden müssen, bei der Alters- und Kinderarmut angefangen. Wir müssen hören, wie sich der neue Länderfinanzausgleich tatsächlich auswirken wird. Wir haben ja heute schon darüber debattiert. Wir müssen sehen, wie dieser abgewickelt wird. Und wir brauchen im sozialen Wohnungsbau massive Verstärkung. Da ist sicher für alle eine Aufgabe vorhanden. Die Pflege unserer Mitmenschen und die Versorgung der immer älter werdenden Bevölkerung sind ebenfalls unsere Anliegen, genauso wie weitere Verbesserungen in der Kinderbetreuung.

Ich glaube, dass alle im Landtag vertretenen Parteien das gleiche Ziel haben, aber wir haben halt unterschiedliche Perspektiven. Irgendwann aber kommen wir zum Ziel. Deshalb ist es manchmal bitter zu sehen, dass wir heuer die Immunität von Kolleginnen

und Kollegen aufheben mussten; denn es gibt wirklich andere Sachen zu tun.

Das Thema Stromtrassen, das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zur 10-H-Regelung, wird uns im neuen Jahr weiterhin begleiten.

Das Jahr 2016 steht auch im Zeichen von "500 Jahre Bayerisches Reinheitsgebot". Unser Bier hat Konjunktur. Doch ich möchte heute ausdrücklich sagen, dass das fränkische Reinheitsgebot älter ist. Dass die Franken schon vorher ihr Bier geschützt haben, zeigt das Datum 12. Oktober 1489. Das bayerische Pendant kam erst 27 Jahre später, also am 23. April 1516. Die Bayernherzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. haben dieses Gebot erlassen; aber denken Sie bei den Festivitäten daran, was es mit Franken auf sich hat.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte den Dank abschließen, und zwar auch mit der Liste. Frau Präsidentin, ich beginne bei Ihnen und dem ganzen Präsidium. Ich möchte mich im Namen unserer Oppositionsfraktionen für das gute Miteinander bedanken. Das Gleiche gilt auch für den Herrn Ministerpräsidenten. Wir sind uns nicht in vielen Sachen mit Ihnen einig, und wir leiden manchmal unter der Großen Koalition, aber es gehört einfach mit dazu, dass wir für die ländliche Bevölkerung gemeinsam an einem Strang ziehen.

Lieber Herr Worm, Sie sind der Direktor des Landtagsamts und haben eine hohe Verantwortung übernommen. Ich denke, stellvertretend für Ihr ganzes Team darf ich dem Herrn Ludwig, der ja schon in Pension gegangen ist, Danke sagen und der Frau Fröhlich weiterhin eine gute Hand wünschen. Wir freuen uns auf das gute Miteinander. Wir sind bisher immer gut miteinander gefahren.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte den Personalrat ausdrücklich einbeziehen und auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen. Die Geschäftsstellen sind für uns von großer Bedeutung. Das gilt auch für die Ministerien, die mit ihrer Ministerialbürokratie sozusagen alles abdecken. Diesen Dank möchte ich also auch zusammenschütten. Ich möchte auch die Leiter der Ausschussbüros ausdrücklich einbeziehen, weil sie sehr viel Arbeit zu leisten haben.

Ich danke den Offizianten, Herrn Jungnickel – das hat einen Nachteil: Er ist ein Preuß'. Wir freuen uns, dass wir heute Georg Geisenfelder verabschieden können. Er ist heute zum letzten Mal im Plenum. – Lieber Schorsch, alles Gute für die Zukunft! Bleiben Sie gesund! Das ist das Allerwichtigste.

(Allgemeiner Beifall)

Mein ausdrücklicher Dank gilt ebenso dem Referat – ich nenne es immer so – "Spitze Feder". Frau Hochholzer-Ulrich und Frau Bauer sorgen mit den Damen und Herren des Stenografischen Dienstes dafür, dass alles, was wir hier sagen, auch zu Papier gebracht wird. Sie merken selber: Die Dialekte sind oft schwer zu übersetzen und vor allem schwer zu schreiben. Also vielen Dank für dieses wirklich Gute! Was Sie immer daraus machen, das wundert einen immer wieder.

(Zuruf: Vor allem das "B" und das "T"!)

– Ganz genau, bei den Franken tun wir uns hart.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt gleichermaßen unserer Polizei und dem Sanitätsdienst, natürlich auch den Pförtnerinnen und Pförtnern unter der Führung von Frau Gimpel.

Ich danke ebenso dem Küchenpersonal und dem Gaststättenpersonal, Frau Mühlegg und vor allem dem Christian.

Ich möchte ausdrücklich den Besucherdienst in meinen Dank einschließen, Frau Lux mit ihrem Mitarbeiter-Team. Sie müssen im Jahr 50.000 Besucher hier durchschleusen. Das ist wirklich ein Kraftakt – das kann ich Ihnen sagen –, wenn manche zu spät kommen und dann der ganze Plan durcheinandergerät.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso gilt mein Dank der Bibliothek. Ich spanne den Bogen von der Druckerei über die Hausmeisterdienste bis zu den Technikdiensten und, vor allem, zu den guten Feen, die immer für die Hausreinigung sorgen. Das ist für uns ganz besonders wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im neuen Jahr wird der Landtag erneut Themen behandeln. Ich denke, das Salmonellen-Thema ist noch nicht zu Ende. Die Startbahn wird kommen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Oh! – Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

– Als Thema. Keine Angst, Herr Huber, uns Franken ist das wurscht. Die Hauptsache ist unser Flughafen in Nürnberg.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Freut euch nicht zu früh! Nur als Thema! – Volkmar Halbleib (SPD): Der Ministerpräsident ist schon erschrocken!)

Ich lese es Ihnen vor: Im neuen Jahr werden wir im Landtag erneut viele Themen besetzen, und dann – – Pünktchen, Pünktchen, dann habe ich sie alle aufgelistet. Da habt ihr wieder nicht gescheit zugehört.

(Allgemeine Heiterkeit – Thomas Kreuzer (CSU): Wir haben schon richtig zugehört, Frau Aures!)

– Sie hören immer das, was Sie hören wollen; das weiß ich schon.

Lieber Herr Bachmeier, Sie sind der Chef der Landtagspresse mit den Damen und Herren – wir haben es gehört – von Fernsehen, Rundfunk und der schreibenden Zunft. Ich möchte mich auch bei Ihnen bedanken. Sie haben es nicht immer leicht mit uns, wir aber auch nicht mit Ihnen; das möchte ich noch sagen. Ich denke, dass wir gerade mit Blick auf die Demokratie in Bayern ein freies Land haben, eine freie Presse, und wir stolz darauf sein können, unsere freien Journalisten zu haben, Journalisten, die sich trauen, Themen aufzugreifen. Dafür sage ich Ihnen im Namen aller Oppositionsparteien ein herzliches und ein ernst gemeintes Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte Ihnen und Ihren Familien gesegnete Weihnachtsfeiertage wünschen und vor allem ein gutes Neues Jahr. Rutschen Sie gut hinüber, und halten Sie es danach dann einfach so wie Karl Valentin; der hat gesagt: Wenn die stude Zeit vorüber ist, wird's auch wieder ruhiger. – Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. – Jetzt hat der Ministerpräsident das Wort. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand konnte im Januar dieses Jahres absehen, welche Ereignisse und Entwicklungen uns in diesem Jahr beschert sein würden: diese schrecklichen Terroranschläge, diese barbarischen Terroranschläge, die uns alle tief betroffen gemacht haben, die uns aufgewühlt haben, und auf der anderen Seite ein Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik Deutschland, wie wir ihn in unserer Geschichte noch nicht erlebt haben.

Wir haben auch in diesem Jahr – ich sagte es schon zu Beginn dieses Jahres – sehr viel gearbeitet. Dafür bedanke ich mich bei allen Fraktionen des Bayerischen Landtags.

Zwei Dinge sind besonders prägend und bleibend gewesen: Das eine war das Engagement unserer Bevölkerung, das in diesem Jahr außergewöhnlich war. Wir sind ein Ehrenamtsland, in dem jeder dritte Bürger und jede dritte Bürgerin im Ehrenamt engagiert ist. In dieser Ausformung, wie wir das seit etlichen Monaten mit der Zuwanderung in unser Land erleben, war es doch noch einmal etwas Besonderes. Es war das Engagement der Bevölkerung direkt; ich denke an München, ich denke an die Wohlfahrtsorganisationen, die Sozialverbände, die Hilfsorganisationen. - Es freut mich, dass die Bergwacht mal eine Stunde der Entspannung im Bayerischen Landtag hat. Hoffentlich haben Sie auch eine gute Meinung von uns, wenn Sie wieder gehen. - Es waren die Kirchen. Ich möchte ausdrücklich sagen: Danke! Vergelts Gott! Das war nachhaltig. Das war sehr, sehr gut. Ich möchte für unseren Freistaat Bayern sagen: Ohne dieses Engagement hätte die menschenwürdige Versorgung der Zuwanderer – und die stand für uns immer an erster Stelle – nicht funktionieren können.

(Allgemeiner Beifall)

Wir verdanken das unserer Bevölkerung. Bei allem, was wir oft über uns selbst sagen und was auch oft nach Selbstlob klingt, ausnahmslos, sollten wir dieses Prägende des Jahres in Erinnerung behalten, nämlich dieses Engagement unserer Bevölkerung. Es macht deutlich, dass dieser Freistaat Bayern auf den Schultern unserer Bevölkerung ruht. Die Bevölkerung trägt dieses Land.

Ich bin so oft außerhalb der bayerischen Grenzen unterwegs und rede über diesen Freistaat und auch über die Stämme. Liebe Frau Aures, jeder Stamm Bayerns ist ein starkes Stück: die Franken, die Altbayern - Niederbayern, Oberpfälzer, Oberbayern -, unsere Heimatvertriebenen, die Sudetendeutschen

(Zuruf: Schwaben!)

– und die Schwaben.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich wollte nur mal testen, welcher Stamm sofort unruhig wird, wenn er nicht an zweiter Stelle genannt wird. – Wenn ich das außerhalb Bayerns sage, dann ist die Kehrseite unseres Erfolges immer ein Stück Neid. Das gehört im Leben dazu.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist auch eine Form der Anerkennung!)

Aber die Anerkennung und der Respekt werden uns nicht versagt. Ich habe von der Kanzlerin und vielen Verantwortlichen in Berlin im Hinblick auf dieses En-

gagement unserer Bevölkerung immer wieder den schönen Satz gehört: Das können nur die Bayern, das schaffen nur die Bayern. – Auch Ihr Parteivorsitzender, lieber Herr Rinderspacher, hat mir das gesagt. Das erhöht die Glaubwürdigkeit der Aussage: Das schaffen nur die Bayern. – Das hört man als Ministerpräsident dieses Landes natürlich gerne. In der Begründung kommt immer dieses Engagement, das über die Medien, über die Fernsehschirme vermittelt wird. Ich glaube, das ist etwas Bleibendes. Das wirkt über dieses Jahr hinaus. Dieses Land ruht auf den Schultern seiner Bürger.

Ich möchte ein Zweites sagen, was in diesem Jahr auch besonders sinnbildlich war. Ich sage das deshalb, weil der öffentliche Dienst sehr häufig nicht unbedingt in hellem Licht gesehen wird, sondern genau im Gegenteil. Wenn ich mir überlege, was in diesem Jahr die Polizei, die Justiz, die Rathäuser, die Landratsämter, die Bezirksregierungen, die Ministerien, die Fachbehörden

(Ingrid Heckner (CSU): Die Schulen!)

geleistet haben – die Schulen gehören für mich zu den Fachinstitutionen –, dann meine ich, sollten wir am Ende eines sehr bewegten und aufgewühlten Jahres, wo wir alle in dieser Welt buchstäblich auf einem Pulverfass sitzen, schon auch mal mit Respekt auf die Leistungsfähigkeit unseres öffentlichen Dienstes schauen. Der öffentliche Dienst ist exzellent, und das hat er mehrfach bewiesen: bei der Deutschen Einheit, die er organisiert und durchgeführt hat – wir haben den neuen Ländern auch geholfen -, bei Katastrophen wie der Hochwasserkatastrophe und jetzt wieder bei der Organisation der gesamten Zuwanderung. Ich möchte allen Damen und Herren, die im öffentlichen Dienst Bayerns beschäftigt sind, danken. Wir haben einen hervorragenden öffentlichen Dienst!

(Allgemeiner Beifall)

Ich sage dies auch deshalb, weil wir heute schon spüren, dass es durch die demografische Entwicklung immer schwerer wird, Menschen für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Deshalb müssen wir unseren öffentlichen Dienst attraktiv halten – nicht um zusätzliche Bürokratie in unserem Land zu schaffen, sondern um unsere staatliche Gemeinschaft modern und effizient zu managen.

Wir haben daneben viele, viele andere Fragen bearbeitet. Es war ein Arbeitsjahr. Wir haben uns um die Zuwanderer gekümmert – in aller Differenziertheit, manchmal auch im Streit -, wir haben uns aber auch für die Anliegen der einheimischen Bevölkerung eingesetzt. Es war immer mein Motto: Wir haben eine doppelte Verantwortung, eine Verantwortung gegen-

über den Menschen, die hier leben, und gegenüber denjenigen, die zu uns kommen, gegenüber denjenigen, die mal als Gastarbeiter zu uns gekommen sind, gegenüber denjenigen, die hier geboren sind, die vertrieben wurden, die ausgesiedelt sind. Das war dann mehr in den Achtziger- und Neunzigerjahren. Das sind die Menschen, die hier leben und die hier groß geworden sind.

Wir waren vor nicht allzu langer Zeit mal 11 Millionen Einwohner Bayerns; jetzt gehen wir auf 13 Millionen Einwohner zu. Das heißt: Bayern ist ein weltoffenes Land; es ist uns gelungen, die Integration in Richtung der Werte – wir haben es gehört – zu organisieren. Deshalb ist Bayern auch ein Land der gelingenden Integration, weltoffen und attraktiv. Die Menschen kommen zu uns. Ich kenne bis zum heutigen Tag keine Fluchtbewegung aus Bayern heraus. Die Menschen leben gerne hier.

Diesem Land geht es gut. Das ist die Leistung der Bevölkerung – ich sagte es -, aber Grundlage dafür sind auch politische Entscheidungen, die nicht zuletzt hier gefällt werden. Wir werden außerhalb Bayerns – auch das sagte ich – vielfach beneidet. Das nimmt man gerne in Kauf. Aber der Respekt wird uns nie versagt. Das ist die Leistung, die wir gemeinsam mit den Menschen in diesem Lande erbringen. Dafür noch einmal Dank an alle hier im Parlament, an alle um das Parlament herum. Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank an alle einzelnen Gruppierungen an. Wir sind hier schon sehr professionell betreut; das kann man wirklich sagen.

Ich bedanke mich auch bei der Presse. Es ist immer wieder ein schöner Erfolg, wenn wir gemeinsam ein Jahr unverletzt überstehen – auf beiden Seiten. Ich glaube, der fränkische Spruch "Passt scho" trifft es am besten und ist am kürzesten. Aber ihr könntet durchaus ein bisschen liebenswürdiger und barmherziger werden; das würde unsere Demokratie nicht beschädigen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich will jetzt keinen Ausblick auf 2016 geben. Aber dieses Jahr hat uns gelehrt, dass die Abteilung Unvorhergesehenes ein ständiger Wegbegleiter der Politik ist. Das Wichtigste wird meistens das, was man für das nächste Jahr nicht geplant hat, aber trotzdem eintritt – das, was uns der Herrgott auf den Tisch legt und was wir dann als verantwortliche Politiker annehmen und möglichst gut lösen müssen.

Ihnen allen wünsche ich, dass Sie den Versuch unternehmen können, etwas zu entschleunigen, ein paar gute, ruhige, besinnliche Tage zu verbringen, und

einen guten Jahreswechsel. Wir könnten ja einmal für ein paar Tage oder Wochen vereinbaren, nicht übereinander zu reden, sondern gar nicht zu reden. Das wären ganz erholsame Feiertage.

Ich wünsche vor allem der SPD-Fraktion für die nächsten drei Tage einen guten Parteitag – allerdings nur so gut, dass ich mich nicht ärgern muss. Schließlich wünsche ich auch unserer Schwesterpartei einen guten Parteitag trotz meiner Anwesenheit.

(Allgemeine Heiterkeit)

Alles Gute! – Danke.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, vielen Dank – einmal für das, was Sie uns mit auf den Weg gegeben haben, zum anderen für Ihre guten Wünsche. Wir wünschen Ihnen auch, dass es gelingt, doch für einige Tage zu entschleunigen. Wir alle brauchen das, Sie insbesondere. - Die Weihnachtszeit dient immer dazu, dass wir den Menschen Zeit schenken können, die wir das Jahr über nicht immer im Blick haben. Deswegen sollten wir diese Zeit nutzen.

Für 2016 alles, alles Gute, Gottes Segen, vor allen Dingen Gesundheit! – Wir erleben doch immer wieder, dass Kolleginnen und Kollegen von uns plötzlich sehr, sehr krank werden und lange nicht bei uns sind oder waren. Stellvertretend für alle, denen wir unsere guten Wünsche mit auf den Weg geben, möchte ich unserer Kollegin Petra Dettenhöfer einen herzlichen Gruß und beste Wünsche für eine weiterhin gute Genesung zuzurufen. Wir freuen uns, wenn sie bald wieder bei uns ist.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/9397 betreffend "Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz!" bekannt geben: Mit Ja haben 120 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 16. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Mit einem so überwältigenden Ergebnis und allen guten Wünschen schließe ich die Sitzung. Kommen Sie gut nach Hause, passen Sie auf sich auf - bis zum Wiedersehen!

(Schluss: 14.28 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.12.2015 zu Tagesordnungspunkt 25: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Implementierung einer Koordinierungsstelle "Queer" in Bayern (Drucksache 17/6817)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	45	94	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion SPD; Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzes auch in Bayern! (Drucksache 17/9374)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva	X		
Bauer Volker		X		Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans			
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina				Huml Melanie		X	
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus	X			Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette			
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	62	88	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion CSU; Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz! (Drucksache 17/9397)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst				Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas	X		
Bachhuber Martin	X			Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Gottstein Eva		X	
Bauer Volker	X			Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Güller Harald			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Guttenberger Petra	X		
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans			
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut	X			Dr. Herz Leopold		X	
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes	X		
Dorow Alex	X			Hofmann Michael	X		
Dünkel Norbert				Holetschek Klaus	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard	X		
Eck Gerhard	X			Huber Erwin	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Huber Marcel	X		
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin	X		
Fackler Wolfgang	X			Huber Thomas	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Fehlner Martina				Huml Melanie	X		
Felbinger Günther		X		Imhof Hermann	X		
Flierl Alexander	X			Jörg Oliver	X		
Dr. Förster Linus	X			Kamm Christine	X		
Freller Karl	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert	X			Karl Annette			
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander	X		
				Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia	X		
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	120	16	0